

I. Austr.

10. 71

J. austr.

10ⁿ

C^vgoernig

Geschichte

Triester Stadt, Kirchen und Baudenkmale

Plan- und Ansicht

Die Triester Stadt und ihre Umgebung, eine in drei Theile getheilte Beschreibung, welche die Geschichte, die Topographie, die Naturgeschichte, die Kunst- und Gewerbe- und die Literaturgeschichte derselben enthält.

Von Johann Baptist Sauer

Triest

1857

Verlag von J. B. Sauer

Geschichte

der

Triester Staats-, Kirchen- und Gemeinde-Steuern.

Eine Darstellung

des Ursprunges und der Entwicklung aller in dieser Stadt seit
den ältesten Zeiten nachweisbaren und der bis auf unsere Tage
erhobenen Abgaben

von

Carl Freiherrn v. Czoernig

k. k. Finanz-Commissär.



TRIEST

In Commission bei **F. H. Schimpff.**

1872.

Veröffentlichung

der

Triester Staats-, Kirchen- und Gemeinde-Verwaltung

Seine Darstellung

des Ursprungs und der Entwicklung aller in dieser Stadt seit
den ältesten Zeiten nachweisbaren und der bis auf unsere Tage
erhaltenen Anlagen



TRIEST
In Commission bei F. M. Schönbach
1871

Vorrede.

Zur eingehenden Prüfung und Beurtheilung des Steuersystems eines Reiches ist es ohne Zweifel erforderlich, dass die Geschichte der einzelnen Abgaben seit so früher Zeit, als es die erhaltenen Quellen gestatten, festgestellt, der thatsächliche und rechtliche Ursprung jeder einzelnen Leistung erhoben und die Wirkung der Gesammtheit der in verschiedenen Perioden bestandenen Steuern auf die Deckung der Staats-, Gemeinde- und Kirchenbedürfnisse einerseits, auf den Zustand des Nationalreichthums andererseits constatirt werde.

Dermalen kann wohl in keinem Staate eine solche umfassende Entwicklungsgeschichte der Abgaben geliefert werden, da die Gemeinde- und Kirchensteuern vorwiegend örtlicher Natur sind, ihre Entstehung und Ausbildung nur an Ort und Stelle mit Erfolg studirt werden können, und nur hinsichtlich der Staatssteuern ein allgemeines, leichter zu übersehendes System besteht.

Es ist daher vor allem nothwendig, dass die einzelnen Bausteine des Gebäudes zusammengetragen, dass Monographien der Geschichte des Steuerwesens einzelner städtischer oder provinzieller Gemeinwesen geliefert werden.

Einen kleinen Beitrag zur Ausführung dieses Unternehmens glaubt der Verfasser in der folgenden Darstellung der Entwicklung des Systems der in Triest erhobenen Abgaben zu liefern.

Die Verhältnisse dieser provinzielle Selbstständigkeit geniessenden Stadt, welche unter dem Schutze Oesterreichs das weitaus wichtigste See-Emporium des Kaiserstaates wurde, und die sich auch heute noch in ununterbrochenem Aufschwunge befindet, verdienen

trotz des geringen Umfanges ihres Gebietes vor jenen anderer städtischer Gemeinwesen eine eingehende Prüfung.

Da sowohl für den Staat, als für die Gemeinde und auch für die Kirche Abgaben bestehen, oder in früherer Zeit bestanden, wurden die zu Gunsten jeder dieser drei Corporationen eingehobenen Steuern abgesondert behandelt.

Es wurden ferner Notizen zur Geschichte der Entwicklung des Handels und der Gewerbe in Triest geliefert, insoferne dieselbe mit dem Gegenstande dieses Werkes im Zusammenhange steht.

Die gegenwärtige Arbeit greift bis in jene ferne Zeit zurück, aus welcher noch jetzt erhaltene Urkunden des Bestandes von Steuern in Triest Erwähnung thun, nämlich bis zum Jahre 804 n. Chr. Doch beginnen reichere Quellen erst seit dem Anfange des dreizehnten Jahrhunderts zu fließen, und seit jener Zeit bis zu unseren Tagen wurde der factische und rechtliche Ursprung jeder einzelnen Steuer, so weit es die Quellen zulassen, festgestellt, ihre Entwicklung verfolgt, bei vielen auch das Erlöschen oder die Umwandlung in eine andere Abgabe, oder endlich der Wechsel der Körperschaft, zu deren Gunsten sie eingehoben wurde, dargestellt.

Dem Verfasser kam dabei vorzüglich der Umstand zu Statten, dass in Triest eine im ganzen trefflich erhaltene Urkundensammlung, das „Archivio diplomatico triestino“ besteht, deren Benützung ihm von dem derzeitigen Conservator, Herrn Advocaten Dr. Carl Gregorutti mit zuvorkommender Bereitwilligkeit gestattet wurde.

Der Gefertigte fühlt sich verpflichtet, demselben hiefür seinen wärmsten Dank auszusprechen.

Triest, im März 1872.

Czoernig.

I. Abtheilung.

Allgemeines.

Cap. I.

Quellen der gegenwärtigen Arbeit.

I. die Triester Statuten.

Die ältesten erhaltenen Statuten tragen das Datum des Jahres 1150, wurden aber, wie Kandler (s. unten) nachweist, erst 1318 niedergeschrieben und enthalten die bis zu letzterem Jahre beschlossenen Gesetze. Als Beweis hiefür sei erwähnt, dass im Texte derselben die gegen die Familie Rampho wegen des im J. 1313 von ihr versuchten Aufstandes erlassenen Massregeln vorkommen, und dass die ältesten Nachtragsanmerkungen zu diesem Codex aus dem J. 1319 herrühren. Sie sind in lateinischer Sprache geschrieben, enthalten verschiedene Beimengungen aus der *lingua romana rustica* *) und bestehen aus 4 Büchern, welche bezüglich der Eintheilung der Materien einigermaßen folgende Grundzüge erkennen lassen.

1. Buch: Eintheilung der städtischen Aemter.
2. Buch: Criminal-Recht.
3. Buch: Civil-Recht.
4. Buch: Steuerwesen.

Doch ist die Sonderung nicht streng durchgeführt, besonders das vierte Buch sehr gemischten Inhaltes, und es entstanden die innerhalb jedes einzelnen Buches zusammengefassten Gesetze offenbar in verschiedenen Epochen, (1150—1318).

Kandler veröffentlichte 1849 diesen Codex durch den Druck, aber ohne die Rand- und Schlussanmerkungen, welche der Zeit von 1319 bis 1350 angehören, und bisher nicht edirt wurden.

*) Vg. hierüber Peticari, degli scrittori del trecento e de' loro imitatori, Mailand, 1831, Bd. I. S. 310.

Auch diese sehr zahlreichen, oft sehr wichtigen Zusätze zum Codex 1150 sind bei der gegenwärtigen Arbeit in Betracht gezogen worden.

Die Statuten des J. 1150, sowie die Anmerkungen zu denselben, berufen sich an verschiedenen Stellen auf noch ältere Statuten; der Inhalt dieser letzteren ist dort zum Theil wiederholt, aber sonst ist nichts über diese ihrem Texte nach verloren gegangenen ältesten Gesetze bekannt.

Die 1350 publicirten Statuten fassen den Inhalt der älteren Gesetze, nach dem Bedürfnisse der Zeit abgeändert, und mit den nöthigen Zusätzen und Ergänzungen zusammen.

Sie sind nach den oben angegebenen Materien systematisch in vier Bücher eingetheilt, in gut leserlicher Fraktur, mit interessanten Miniaturbildern in den Anfangsbuchstaben der Capitel auf Pergament geschrieben, durchweg wohl erhalten, und noch nie im Drucke erschienen.

Auch diesem Codex sind am Schlusse Nachtragsverordnungen beigelegt, welche bis zum Jahre 1364 reichen.

Die Gesetzsammlung 1365 ist ebenfalls in vier, nach denselben Materien, wie jene vom J. 1350, geordnete Bücher eingetheilt.

Auch dieser sind eine bedeutende Zahl von Nachtragsverordnungen beigelegt, die sich jedoch nur zum geringsten Theile auf das Steuerwesen beziehen, und deren späteste das Datum des J. 1420 tragen.

Die Statuten aus dem J. 1365 sind wohl erhalten und vollständig; sie erschienen nie im Drucke. *)

Im J. 1421 wurde eine neue Fassung der Triester Statuten vorgenommen.

Dieser Codex ging, mit Ausnahme einiger Blätter, verloren.

Eine Abschrift des zweiten und dritten Buches desselben wurde in neuerer Zeit aufgefunden und befindet sich im Triester diplomatischen Archive; die in diesen beiden Büchern behandelten Materien haben jedoch mit dem Gegenstande dieses Werkes nichts gemein.

Sodann erliess Kaiser Ferdinand I. 1550 neue Statuten, in welchen die älteren Gesetze, nach Ausscheidung der obsolet oder ungiltig gewordenen, neu zusammengefasst wurden,

*) Alle aus den Jahren 1319 bis 1420 stammenden Gesetze, welche in der gegenwärtigen Arbeit erwähnt werden, sind, wofern nicht ausdrücklich eine andere Quelle genannt wird, den Statuten-Codices der Jahre 1318, 1350 und 1365 oder den ihnen beigelegten Rand- und Nachtragsnoten entnommen.

Der Codex ist wie alle früheren Gesetzsammlungen auf Pergament und in lateinischer Sprache geschrieben, vom Kaiser selbst unterzeichnet und erschien 1625 und 1727 im Druck.

II. Die übrigen von den österreichischen Landesfürsten für Triest erlassenen Gesetze.

Einzelne, auf die Steuern der Stadt Triest Bezug nehmende Verordnungen der Herrscher von Oesterreich aus dem 15. und 16. Jahrhunderte finden sich im Archivio diplomatico triestino und im Codice diplomatico istriano.

Aus der folgenden Periode bis Maria Theresia sind zahlreiche Erlässe der österreichischen Regenten erhalten, welche sowohl legislative Neuerungen, als auch Schlichtung von Kompetenzconflicten zwischen der Gemeindevertretung und dem landesfürstlichen Capitän bezweckten und auch die Controlle und Verrechnung der städtischen Einnahmen betrafen; sie befinden sich im Archivio diplomatico triestino, und wurden vom Verfasser benützt.

Die seit 1740 bis auf den heutigen Tag erlassenen normativen Regierungsverordnungen sind in gedruckten Gesetzsammlungen vereinigt, welche der gegenwärtigen Arbeit gleichfalls als Quelle dienten.

III. Codice diplomatico istriano, eine Sammlung von Urkunden, welche auf die Geschichte Istriens und Triest's Bezug haben, von Dr. P. Kandler zusammengestellt wurden, und seit 1862 in Triest (Lloyd) im Drucke erschienen. Es wurden 3 Bände veröffentlicht; für zwei weitere erliegt das gesammelte Material im Archivio diplomatico triestino und wurde vom Verfasser ebenfalls benützt. Die Urkunden führen keine fortlaufenden Nummern, auch fehlt die Angabe der Seitenzahl.

IV. Historia antica e moderna Sacra e profana della città di Trieste del Frà Ireneo della Croce, Venedig 1698. Nur die erste Hälfte gedruckt; das vollständige Manuscript erliegt im Archivio diplomatico triestino.

V. Storia Cronografica di Trieste dalla sua origine sino all'anno 1695 del Canonico D. Vincenzo Scussa triestino, cogli annali dal 1695 al 1848 del procuratore civico Cav. Pietro Kandler, Triest 1863.

VI. L' Archeografo triestino, raccolta di opuscoli e notizie per Trieste e per l' Istria. Edizione promossa dal Gabinetto di Minerva,

4 Bde., Triest 1829—1837. L' Archeografo triestino, raccolta di memorie, notizie e documenti per servire alla storia di Trieste, del Friuli e dell' Istria, editrice la società del Gabinetto di Minerva, erscheint seit 1869 in periodischen Heften.

VII. Raccolta delle Leggi, Ordinanze e Regolamenti speciali per Trieste, pubblicata dal procuratore civico (Dr. P. Kandler). Erschien seit 1861 in zwanglosen Heften, und wurde dem Buchhandel nicht übergeben. Zur gegenwärtigen Arbeit wurden folgende Aufsätze der Raccolta benützt:

Emporio e Portofranco di Trieste.

Il Consiglio.

Li Feudi.

La Magistratura.

Le Perticazioni e li Urbani.

Le Tavole.

Il Bollo della Carta.

L' Annona.

Le Misure.

VIII. Eine bedeutende Anzahl anderer, im Verlaufe dieser Arbeit angeführten Urkunden, welche im Archivio diplomatico triestino erliegen.

Es ist dies eine von der Stadtgemeinde Triest angelegte Sammlung von Documenten und anderen Schriften, welche auf ihre Geschichte Bezug nehmen. Dieselben sind theils im Original, theils abschriftlich vorhanden und reichen bis zum Ende des vorigen Jahrhunderts.

Die Benützung dieser reichhaltigen Sammlung wird durch den Herrn Podestà der Stadt Triest, oder den Herrn Conservator des Archivs gestattet, und es ist deren Studium, trotzdem sie noch nicht vollständig geordnet ist, für jede Arbeit, die sich mit der Geschichte Triest's beschäftigt, geradezu unerlässlich.

IX. Endlich einige neuere Regierungserlässe, welche in der Registratur des Triester Stadtmagistrates aufbewahrt werden.

Cap. II.

Uebersicht der Geschichte der Triester Steuern.

Seit jener frühen Zeit, aus welcher noch erhaltene Urkunden der Steuern Triest's Erwähnung thun, lassen sich drei Gewalten unterscheiden, welche diese letzteren ausschrieben und einhoben: Die autonome Gemeinde, der Staat, die Kirche.

Ich beginne mit der Darstellung der factischen und rechtlichen Grundlage, auf welcher die zu Gunsten der Gemeinde eingeführten Abgaben beruhen.

Triest, welches schon zu Zeiten der Römer eine Municipalverfassung besass, stand damals unter der Leitung zweier Duumviren und eines Rathes der Decurionen.

Der Bestand Triest's als städtisches Gemeinwesen wurde nicht durch die byzantinische Herrschaft, nicht durch die Invasionen der Langobarden, nicht durch die Wirren der folgenden Zeiten, noch durch die zeitweiligen Occupationen der Venetianer zerstört und lässt sich sonach dessen Continuität im Wesentlichen auf eine sehr frühe Periode zurückführen.

So bestand diese Organisation schon seit Jahrhunderten. Feindliche Nachbarn bekriegten und schädigten die Stadt, welche immer und immer wieder in sich selbst, in dem Gemeingeiste ihrer Bürger die Mittel zur Aufrechthaltung ihrer Existenz als Gemeinwesen suchte und fand, bis sie, dem Ansturme des allzumächtigen Venedig nicht mehr gewachsen, jenem Nachbarfürsten die Hoheit über sich übertrug, von dem und dessen Hause sie die Hoffnung hegte und auch erfüllt fand, dass sein Schutz der so sehr heimgesuchten Stadt den langersehnten Frieden und die Möglichkeit aufblühenden Gedeihens sichern würde.

Das ehrwürdige Alter des Gemeindeverbandes begründet es, dass die ältesten erhaltenen Statuten gewisse Steuern, wie jene von Wein und Fleisch als schon seit alten Zeiten bestehend bezeichnen; ebenso alt dürfte die auf die Gewinnung des Salzes gelegte Abgabe sein (s. Cap. 9). Die Zeit des Entstehens dieser Abgaben lässt sich daher nicht feststellen; es erscheint aber die Vermuthung als begründet, dass dieselben noch aus der Zeit des römischen Municipiums herrühren, in welchem sie, wie in anderen nach römischen Gesetzen

regierten Niederlassungen den unter dem Namen vectigal erscheinenden Einnahmszweig der Gemeinde ausmachten.

Ueber der Gemeindeautonomie stand das staatliche, die Regalien involvirende Hoheitsrecht, nach Verdrängung der Byzantiner und Zertrümmerung der langobardischen Macht zuerst von den Karolingischen Kaisern selbst, sodann von Königen Italiens, hierauf durch die Bischöfe der Stadt ausgeübt, später von diesen der Gemeinde verkauft, welche durch mehr als ein Jahrhundert unter der fast nur nominellen Oberhoheit des römisch-deutschen Kaisers beide Gewalten in ihrer Hand vereinigte: mehrmals eroberten die Venetianer die Stadt, welche zunächst durch Unterwerfung unter die Patriarchen von Aquileja sich zu schützen suchte; schliesslich gedieh durch freiwillige Unterwerfung das Souverainetätsrecht an das Haus Habsburg.

Von Seite der Kirche fand eine weitere Besteuerung statt, deren Entwicklung umsomehr geprüft werden muss, als in den älteren Zeiten Abgaben kirchlichen Ursprunges in andere übergingen, und weil es insbesondere hinsichtlich jener Periode, während welcher die Bischöfe Herren von Triest waren, wichtig zu erheben ist, welche Steuerleistungen ihnen als Bischöfen und welche als Regenten gebührten.

Zur Nachweisung des factischen und rechtlichen Ursprunges der verschiedenen Triester Abgaben ist es erforderlich, hier die wesentlichsten Momente der Geschichte Triest's von jenem Zeitpunkte an hervorzuheben, seit welchem die Steuern dieser Stadt urkundlich erwähnt werden.

Istrien und das Exarchat wurden um die Mitte des 8. Jahrhunderts unserer Aera durch die Langobardenkönige Aistulf und Desiderius den Byzantinern entrissen; die Küstenorte der ersteren Halbinsel gelangten aber dann *) wieder an die Byzantiner zurück.

Im Jahre 789 eroberte Karl der Grosse im Langobardenkriege Istrien, und auch die von den Griechen besetzten Orte dieser Halbinsel. Letztere zogen sich offenbar ohne Widerstand zurück, denn Constantinos Porphyrogenetes erwähnt nichts von einem Istriens halber erfolgten bewaffneten Zusammenstosse mit den Franken. Hätte ein solcher

*) Muratori Rerum Italicarum Scriptores Bd. X. S. LXIX enthält einen zwischen 781 und 788 geschriebenen Brief des Papstes Hadrian an Carl den Grossen, des Inhalts, dass die Byzantiner den istrischen Bischof Mauritius, welcher in Istrien die Pensiones Beati Petri (Abgaben an den päpstlichen Stuhl) einheben wollte, geblendet haben, weil sie glaubten, dass er Istrien an den Frankenkönig ausliefern wolle.

stattgefunden, so würde dieser Schriftsteller, der so viele einzelne Umstände der gleichzeitig in Dalmatien von den Byzantinern geführten Kriege angibt, ihn gewiss nicht mit Stillschweigen übergangen haben.

Die Abgesandten Carls des Grossen, der Priester Izzo und die Grafen Cadolao und Ajo verhandelten in Risano im Jahre 804 mit den Istrianern unter dem Patriarchen Fortunatus von Grado, um ihre Wünsche und Klagen zu vernehmen. In der hierüber aufgenommenen Urkunde (welche im Cod. dipl. istr. nach dem Codex Trevisano der biblioteca Marciana in Venedig und einer in Wien aufbewahrten Abschrift wiedergegeben ist) wird erwähnt, dass unter der byzantinischen Herrschaft Triest jährlich 60 solidos mancosos an den oströmischen Kaiser zu Handen des magister militum in Pola gezahlt habe. Laut derselben Urkunde bestand damals auch der Kirchenzehent in Istrien.

König Lothar, Sohn Hugo's verleiht in einer Urkunde vom 8. August 948 *) den Bischöfen von Triest die Herrschaft über die Stadt Triest und einen Umkreis von 3 Miglien; nebst anderen Hoheitsrechten schenkt er dem Bischof Johannes „omnes res juris nostri Regni atque districtus et publicam quaerimoniam, ed quidquid publicae parti nostrae rei pertinere videtur“, also auch die Einkünfte des königlichen Fiscus.

Der König schenkt ferner: „Nec non et murum ipsius Civitatis totumque circuitum cum turribus, portis, et porterulis, ed quidquid ut dictum est, ad partem nostrae rei publicae inibi pertinere videtur.“ Unter letzterem sind offenbar die an den Thoren eingehobenen Zölle zu verstehen, insoferne sie dem Könige gehörten; nebenher bestanden wohl Communalabgaben fort.

Wenn auch in der Urkunde von Lehenspflichten des Bischofs keine Rede ist, so unterliegt es doch keinem Zweifel, dass obige Verleihung, so wie alle ähnlichen gleichzeitigen jure feudi geschah und der Bischof Vasall des Königs war.

Die Lotharische Schenkung wurde 1230 vom Kaiser Friedrich II. bestätigt.

So waren nun die Bischöfe die Herren von Triest, übten seit 1203 das Münzrecht aus und erhoben jene Abgaben, welche sie nach der unten folgenden Auseinandersetzung später theils selbst behielten, theils veräusserten.

*) Cod. dipl. istr.

In einer Urkunde, deren früher angezweifelt Datum von Kandler*) auf den 21. Februar 1236 richtig gestellt wurde, verkaufte der Bischof Johannes der Gemeinde Triest seine Hoheitsrechte, behielt sich aber den Kirchenzehent und die Lehenzinse vor. Die Gemeinde zahlte 500 aquilejische Mark als Kaufpreis und überliess dem Bischof und dem Capitel nebst anderen Rechten „Mutam dicti Comunis et Civitatis januae Riburgi, ad honorem Dei et Beatae Mariae et S. Justi Martyris et pro perpetua reparatione Ecclesiae eorumdem exigendam a forensibus venientibus vel exeuntibus cum mercantantiis secundum modum et formam consuetos per Commune hucusque et non alias. Item etiam pro ratione dictae Mutae ipsi Episcopus, Canonici, Capitulum et Ecclesia in perpetuum portent onera quae Commune faciebat in reedificatione pontium, murorum, et aliarum rerum Civitatis cum lignaminibus.“

In diesem Vertrage wurde der Gemeinde auch das Münzrecht übertragen, welches sie ausübte, wie erhaltene Münzen aus dem Jahre 1236 bewiesen. Später aber zog Johannes' Nachfolger, der Bischof Wolricus (Odorlicus) die abgetretenen Hoheitsrechte wieder an sich. Auch er cedirte, durch Kriegsauslagen, sowie durch die von ihm an den Papst entrichteten schweren Abgaben in Geldverlegenheit verfallen, mit Vertrag vom 8. Mai 1253 unter Zustimmung seines Capitels der Gemeinde Triest, für welche ihre „Consules“**), Johannes Rampho, Vitalis Alborio und Bonifacius verhandelten, in finanzieller Beziehung das „jus Collectae vini, et jus Petrolii, et jus Calcificum, et Pellipariae“ um 800 aquilejische oder Triester Denare.

Kandler meint in der Vorrede zu den von ihm edirten Statuten vom J. 1150, dass die Collecte vom Wein hier nicht mit dem Kirchenzehent gleichbedeutend sei, welcher vom Bischof und vom Capitel erhoben wurde, sondern dass sie eine wahre Staatssteuer war, vielleicht jene, welche früher den byzantinischen Kaisern in der Summe jährlicher 60 solidi mancosi oder Zecchinen gezahlt und dann später in eine Abgabe von Wein umgewandelt wurde, welcher damals und bis zum Beginne des 18. Jahrhunderts stets den Hauptreichthum Triest's bildete. Diese Abgabe von Wein wäre dann in der später wiederholt erscheinenden Form der Lieferung von jährlichen 100 Orne Wein an den Landesfürsten aufgetaucht, welche thatsächlich eine reine Staatssteuer war.

*) Statuti di Trieste del 1150.

**) Diese Würde ist aus jener der Duumviren hervorgegangen, von welchen die römische Colonie Triest geleitet wurde.

Diese Ansicht Kandler's scheint vollkommen richtig zu sein, denn auch später, nach dieser formell nie widerrufenen Cession erscheint der kirchliche Weinzehent als dem Bischof und Capitel gehörig.

Man vergleiche hierüber die unten erwähnte Abtretungsurkunde vom Jahre 1295, sowie das im Cap. 4 vom Kirchenzehent Gesagte.

Das weiter in der Urkunde vom J. 1253 erwähnte *jus Petrolii* wird von Kandler a. a. O. für eine in jener Zeit auch in Istrien bestandene Staatssteuer auf das Oel, welches in „*pile di pietra*“, steinernen Gefässen, aufbewahrt wird, gehalten. Es ist jedoch auch möglich, dass dieser dunkle Ausdruck allerdings eine Staatssteuer auf Oel bedeute, welche aber bei der Auspressung aus den Oliven die mittelst steinerner Vorrichtungen geschah (bei welchem Anlasse auch der Kirchenzehent eingehoben wurde) und nicht für Aufbewahrung des Oeles in steinernen Gefässen erhoben wurde.

Das ferner erwähnte Recht über die Schuhmacher und Gärber dürfte ein Jurisdictionsrecht über diese Corporationen gewesen sein.

In der gleichen Urkunde werden der Gemeinde Triest weitere, hier nicht näher in Betracht zu ziehende Hoheitsrechte im Gerichtsverfahren, in der Verwaltung etc., übertragen. Doch behält sich der Bischof die Münze und die Zölle vor.

Neue Geldverlegenheiten drängten den Bischof Brixia (Brissa di Toppo) zu einer weiteren Cession, welche vom 10. März 1295 datirt ist, und welche sich auf den Rest der bischöflichen Hoheitsrechte erstreckte.

Der Bischof behielt sich jedoch abermals die Muta (Zoll), die Münze, den Kirchenzehenten und die Lehenzinse vor. Der Kaufpreis war 200 Mark *fixeriorum bonorum denariorum Aquilejensis vel Tergestinae monetae*.

Die Oberherrlichkeit des römischen Kaisers dauerte fort, doch zeigte sie sich bezüglich Triest's mehr in der Aufschrift der notariellen Acte und in der Fertigung der Notare als „*imperiali auctoritate notarius*“ als anderswie.

In einer Urkunde vom J. 1289 *) bekennet der Triester Bischof Ulvinus sein Bisthum sowie das Münz- und Zoll-Regal vom Patriarchen von Aquileja zu Lehen zu haben; letzterer war aber als Markgraf von Istrien Lehensmann des Kaisers.

Seit dem Hohenstaufen Friedrich II. bis zur Zeit des Luxemburgers Carl IV. kommen keine Urkunden über Triest vor, welche

* Raccolta delle leggi speciali per Trieste, Art. „*Li Feudi*“.

von Kaisern ausgestellt sind. Der letztgenannte verlieh 1354 seinem Bruder, dem Patriarchen Nicolaus von Aquileja das kaiserliche Vicariat über Triest.

Diese Verleihung ist ein Beweis der Rechtscontinuität der kaiserlichen Hoheit über Triest; doch erscheint es nirgends, dass für Rechnung der Kaiser irgend eine Abgabe in Triest eingehoben wurde.

Dem Dogen von Venedig wurde ein Tribut von Ribolla-Wein gegeben*), und zwar in der Menge von jährlichen 50 Orne. Diese Abgabe wurde auch nöthigenfalls vom Dogen mit Gewalt eingetrieben**).

Doch scheint diese Leistung nicht die Anerkennung eines Hoheitsrechtes zu bedeuten, sondern es dürfte dieselbe vielmehr aus der sehr alten Provinzialbesteuer zur aquilejischen Flotte, als deren Nachfolgerin die venetianische galt, anzusehen sein. Diese letztere scheint verpflichtet gewesen zu sein, hiefür das Meer von Corsaren frei zu halten. So vermuthet Kandler a. a. O. S. XLIV.

Bestätiget wird diese Ansicht durch eine im Cod. dipl. istr. enthaltene Urkunde vom J. 932, worin das benachbarte Capodistria dem Dogen Pietro Candiano jährliche 100 Amphoras guten Wein für geleisteten Schutz verspricht; dies scheint sich hauptsächlich auf den Schutz zur See zu beziehen, welchen zu gewähren Venedig vorzugsweise in der Lage war. Später scheinen als Gegenleistung für diese Abgabe den Triestern Handelserleichterungen in Venedig bewilliget worden zu sein.

Erst während des Krieges vom J. 1508 zwischen Kaiser Maximilian und den Venetianern hörte Triest auf dem Dogen Wein zu liefern.

Laut einer im Arch. dipl. triest. aufbewahrten Urkunde verlangte der Doge Andrea Gritti 1523 die seit Alters her dem Dogen

*) Die Rub. LXXII des I. Buches der Statuten vom (angebl.) J. 1150 bestimmt die Termine, an welchen jeder einzelne Bürger seinen Antheil an dieser Abgabe einliefern soll, und enthält Strafandrohungen für Säumigkeit.

**) Die Statuten Triests vom J. 1365 bestimmen, dass der nach Venedig zu sendende Wein durch eine Abgabe aufgebracht werden soll, welche die Richter oder Rectoren nach ihrem Gutdünken jährlich auferlegten. Sie konnte für einen masarius oder eine masaria (Wirthschaft) höchstens eine Urna Wein betragen; kleinere Besitzungen zahlten weniger. Nach erfolgter Ausschreibung wurde die Steuer eingehoben, aber nicht in Wein, sondern in Geld, mit dem Ablösungsbetrage von 20 soldi für jede Urna.

Von dem Ertrage wurde der nach Venedig zu liefernde Wein angekauft, der hier auch *vinum datum pro honoraciis* genannt wird.

geschuldeten 50 Orne Ribollawein von den Triestern, welche diese Leistung, die hiemit verschwindet, sofort verweigerten.

Triest war nach der letzten bischöflichen Cession vom Jahre 1295 thatsächlich frei, und es stammen aus dieser Periode die jetzt noch erhaltenen Codificationen der Statuten vom J. 1318, 1350 und 1365, mit vielen aus den Zwischenjahren datirten Nachtragsverordnungen, welche beweisen, dass eine rege legislatorische Thätigkeit um jene Zeit in der Stadtvertretung herrschte.

In Anbetracht der gesetzlichen Gleichheit der Stadtbürger unter einander gegenüber den festgesetzten Abgaben, bei dem Mangel oder doch der verschwindend kleinen Anzahl von Unfreien, hinsichtlich welcher auch in den Triester Statuten keine auf ihre Eigenschaft als Unfreie begründeten Leistungen vorkommen, hat die Periode der verfassungsmässigen Staatswirthschaft*) in dem Triester Gemeinwesen schon zur Zeit der Redigirung der ältesten erhaltenen Gesetze begonnen.

So geregelt die innere Verwaltung war, erwies sich die Stadt doch nach Aussen hin gegenüber dem stets mächtiger werdenden Venedig zu schwach, um ihre Selbständigkeit zu wahren; mehrmals von diesem angegriffen, erlag Triest stets, und war vorübergehend seiner mächtigen Nachbarstadt unterworfen.

In dieser Bedrängniss suchten die Triester Hilfe bei den Nachbarn; 1366 ergaben sie sich dem Patriarchen Marquard von Aquileja und verpflichteten sich seiner mensa jährlich 100 Mark, und 100 urnae Wein zu liefern, wogegen der Patriarch einen Capitän und eine Besatzung zur Vertheidigung Triest's versprach.

Des Patriarchen Schutz erwies sich als unzureichend, immer drohender wurde die Haltung Venedigs; da ergab sich Triest am 31. August 1369 an die Herzoge Albrecht und Leopold von Oesterreich. Die Unterwerfung war eine unbedingte, die Stadt verlangte keine Vorrechte, sondern nur gleiche Behandlung mit den anderen österreichischen Städten, alle Gemeindecinkünfte sollen an die Herzoge fallen; jedoch behielt sich die Stadt vor, weder an Venedig noch an eine andere fremde Macht ausgeliefert zu werden. **)

*) Stein, Lehrbuch der Finanzwissenschaft, Leipzig, 1871, unterscheidet zwei Perioden, die jetzige der verfassungsmässigen, und die frühere der unfreien Staatswirthschaft. Diese kann aber nur dort vorkommen, wo es Unterworfene, Besiegte gibt, deren nach Willkür der Herrscher erzwungene Leistungen die Haupteinnahme des Staates ausmachen.

**) Die Urkunde ist im Cod. dipl. istr. abgedruckt, welcher sie dem geheimen Hof- und Staatsarchiv in Wien entnahm.

Die Uebergabe an Oesterreich kam aber nicht zum Vollzuge, weil die Venetianer am 17. November des genannten Jahres Triest eroberten, welches sie auch bei dem im folgenden Jahre geschlossenen Frieden behielten. Die Herzoge traten ihnen in demselben ihre Rechte auf Triest um die Summe von 75,000 Goldgulden ab. *)

Nachdem die Stadt abermals vorübergehend in der Hand des Patriarchen war, erlangte sie im Turiner Frieden 1381 ihre Selbstständigkeit wieder.

Durch so viele Kriegsunfälle auf das ärgste geschädigt, knüpfte Triest neue Unterhandlungen mit Herzog Leopold von Oesterreich an, um sich durch Unterwerfung unter seine Hoheit seines mächtigen Schutzes zu versichern.

Das Diplom **) des Herzogs, mit welchem er die Unterwerfung der Stadt annimmt, wurde in Graz am 30. September 1382 ausge-

*) Die Urkunde hierüber befindet sich im Venediger Archivio generale und wurde im Archeografo triestino 1868 abgedruckt.

**) Eine vicedominell beglaubigte Abschrift dieses Diploms erliegt im Arch. dipl. zu Triest.

„Et sic expresse quod easdem condemnationes, vina infrascripta, datia, mutae, et thelonia, et alia qualibet, quae ad dictum dominium Tergesti pertinent, exigantur et recipiantur per eos, quos Nostra, vel haeredum, et successorum Nostrorum Dominatio ad eas vel ea colligenda duxerit deputandos.

Sed altera medietas earundem condemnationum debet remanere praefatis Nostri Civibus et Comuni de Tergesto, ut inde possint Capitaneum ibidem de sua provisione quatuor millium librarum parvulorum satisfacere, et Nos ipsorum Dominum, haeredesque et Successores Nostros de vino infrascripto, quod pro censu annuatim nobis dabitur, ac etiam Medicos, et Offitiales Civitatis praedictae de suis salariis expedire, muros, portas, pontes et stratas reparare, et alia facere, quae necessitas dictae Civitatis postulat, ed requirit.

Item Nos Dux saepedictus, haeredesque et Successores Nostri potestatem obtinemus imponendi apud Civitatem praedictam, Datia, Mutas, Gabellas et Theolonia, eaque, et eas intra Portas vel extra pro nostro libitu recipiendi, tamen cum conditionibus infrascriptis videlicet: quaecumque mercimonia extra Civitatem Tergesti extrahuntur super mare de eisdem datia, mutae, gabellae, et theolonia erunt nostro Dominio exolvenda, excepto solo Vino Rivolii, de quo nihil poenitus persolvetur.

Simili quoque modo quaecumque mercimonia in Tergestum veniunt super mari, de his datia, mutae, et theolonia prout fuerint imposita persolventur. Exceptis eis, que in Civitate Tergesti traducuntur per mare, et quae ad esum et usum civium et incolarum ibidem pertinent, ut Frumentum, Sal, Vinum, Uvae et alia Esculenta.

Haec a datiiis, mutis, et theoloniis esse debent penitus libera praeter fraudem. Quaecumque etiam animalia per Civitatem Tergestinam, et districtum ad alias partes veniunt super terram, de his Nobis, et nostro Dominio datia, mutae, et theolonia prout fuerint imposita debebunt. Animalia vero, et Jumenta

stellt, und enthält in Bezug auf die von Triest zu entrichtenden Steuern folgende Bestimmungen:

Zur Erhaltung des herzoglichen Capitaneus und seiner Leute zahlt die Stadt jährlich 4000 Libbrae parvorum. Es wird ferner ausdrücklich festgesetzt, dass die Hälfte aller Geldstrafen, die unten erwähnte Leistung an Wein an den herzoglichen Hof, die Zölle und anderen Abgaben, welche zu der Hoheit über Triest gehören, stets dem Herzoge gebühren und durch die von ihm und seinen Nachfolgern zu bestellenden Einnehmer einzuheben seien.

Die andere Hälfte der Geldstrafen soll der Triester Gemeinde verbleiben, damit sie ihre Auslagen bestreiten kann. Als solche werden aufgezählt: der Gehalt des Stadtcapitäns jährlicher 4000 Libbrae, die Weinlieferung an den Herzog, die Gehalte der Aerzte und Gemeindebeamten, und die Erhaltung der Mauern, Thore, Brücken und Wege.

Dem Herzoge und seinen Nachfolgern steht das Recht zu, der Stadt Daze, Zölle und andere Abgaben aufzuerlegen, und diese inner- oder ausserhalb der Thore nach seinem Gutdünken einheben zu lassen, jedoch unter den nachfolgenden Bedingungen:

Von allen Waaren, welche zur See ausgeführt werden, kann der Herzog Zölle und Gefälle verlangen, mit Ausnahme des Ribolla-Weines, dessen Ausfuhr ganz abgabenfrei bleiben soll.

Ebenso kann der Herzog von den Waaren, welche auf dem Seewege nach Triest eingeführt werden, Abgaben in der Art, wie sie schon früher bestanden, einheben.

Steuerfrei sollen jedoch jene zur See nach Triest gebrachten Güter sein, welche zur Nahrung oder zum sonstigen Gebrauche der Bürger und Einwohner dieser Stadt bestimmt sind, wie Getreide, Salz, Wein, Trauben und andere Lebensmittel.

Von Thieren, welche auf dem Landwege nach Triest kommen, gebühren dem Herzoge die bestehenden Zölle und Abgaben.

Sind jedoch diese Thiere, oder andere zu Land eingeführte Gegenstände für den Gebrauch der Stadt oder ihres Bezirkes bestimmt, so sollen sie abgabenfrei sein, bloss für die wiederauszuführenden Güter ist dem Herzoge Zoll zu entrichten.

et alia qualibet ad usum hominum per terram in Civitate Tergestina, et ipsius districtu venientia dum tamen ad loca alia non ducantur, debent esse a datiis, mutis, et theoloniis libera simpliciter, et de plano.

Idem et ultimo quod dicta Civitas, et habitatores Tergesti in redditibus et introitibus suis non debeant impediri in aliquo.

Ferner soll die Stadt Triest dem Herzoge und seinen Nachfolgern jährlich am 2. November 100 Urnae vini Rivolii vom besten, der in jedem Jahre zu haben ist, geben.

Schliesslich wird festgesetzt, dass die Gemeinde Triest und ihre Einwohner in ihren Bezügen und Einkünften nicht geschmälert werden sollen.

Hinsichtlich der zuletzt erwähnten, der Gemeinde zustehenden Einkünfte bestätigte Herzog Albrecht von Oesterreich mit Urkunde vom 30. October 1388 *) das Recht der Stadt auf die Einhebung ihrer datia, muta und theolonia.

Aehnliche Bestätigungen der Triester Freiheiten und Rechte ertheilten seit Ferdinand I **) (1552) fast alle österreichischen Herrscher bei ihrem Regierungsantritte; sämmtliche ältere Privilegienbestätigungen ***) sind in dem Diplom gleichen Inhaltes erwähnt, welches Carl VI am 23. December 1713 erliess.

Seit dem Jahre 1382 verblieb Triest im Verbande der übrigen Länder des habsburgischen, später habsburgisch-lothringischen Herr-

*) Cod. dipl. istr.

**) In dem Diplome, mit dem dieser Herrscher den Statutencodex vom Jahre 1550 publicirt, findet sich folgende beachtenswerthe Clausel: Wir bestätigen und veröffentlichen hiemit die besagten Statuten. Wir behalten jedoch Uns, und Unseren Nachfolgern, den durchlauchtigsten Erzherzogen von Oesterreich ausdrücklich das Hoheitsrecht und die Macht vor, diese Statuten und Gesetze, ganz, in einem, oder in mehreren Puncten abzuändern oder zu verbessern, wie die Verhältnisse der Dinge und Zeiten, und der Vortheil der genannten Stadt es erheischen, und wie es Uns und Unsern Nachfolgern angemessen erscheinen wird. „Illud demum tenore praesentium approbamus, confirmamus et publicamus. Salva tamen, et reservata expressè Nobis posterisque, et Successoribus nostris Serenissimis Archiducibus Austriae suprema, principalique superioritate, nec non facultate et potestate haec ipsa statuta, leges et Decreta nostra in totum, aut in uno, vel in pluribus articulis immutandi, corrigendi, et emendandi, sicuti rerum et temporum necessitas, dictaeque Civitatis nostrae utilitas suaserit, ac nobis et posteris nostris visum fuerit convenire“.

In ähnlicher Weise schrieb Erzherzog Ferdinand an den Stadtrath von Triest in einem im Arch. dipl. triest. aufbewahrten Erlasse vom 14. April 1612: Wenn Euch Unser Stadthauptmann laut den ihm von Uns gegebenen Befehlen Aufträge ertheilt, so gehorcht ihm stets pflichtgemäss, damit Wir nicht Anlass finden, kraft Unseres vollen Machtbefugnisses andere Verfügungen zu treffen oder Eure Statuten abzuändern oder einzuschränken. „Sique superinde Capitaneus noster (uti habet a nos in mandatis) aliquid praemoneret, illi parere in hoc, sicuti et semper, ex debito curetis, ne aliter Sanciendi detur nobis occasio, sive alterando, sive perstringendo, juxta plenariam potestatem nostram, statuta vestra.“

***) Vgl. Raccolta delle leggi speciali per Trieste, Art. Città e Porto franco di Trieste, S. 80.

scherhauses und war mit Ausnahme der kurzen Periode von 1519 bis 1522, in welcher es Carl V. unterstand, speciell jenen Fürsten dieses Hauses unterthan, welche die innerösterreichischen Provinzen beherrschten.

Die von 1809 bis 1813 durch die französische Herrschaft herbeigeführte Unterbrechung ungerechnet, ist es nun bald ein halbes Jahrtausend, dass Triest die Geschieke der altösterreichischen Länder theilt.

Sowie sich im Laufe dieser Zeit alle wirthschaftlichen Verhältnisse vollständig geändert, der Volkswohlstand und die Wissenschaften einen ungeahnten Aufschwung genommen haben, andererseits dem Staate durch die von ihm allmählig übernommenen neuen Pflichten und Verpflichtungen weitaus erhöhte Bedürfnisse erwachsen sind, so musste auch das Steuersystem des Mittelalters, um den wachsenden Anforderungen des modernen Staates zu entsprechen, wenn auch allmählig, aber von Grund aus geändert werden.

Die Geschichte der Triester Steuern lässt sich in zwei grosse Perioden eintheilen: in der älteren, welche bis zu der Zeit der französischen Occupation dauerte, sehen wir eine sehr grosse Anzahl einzelner Verbrauchssteuern bestehen, welche durch ihre Menge und Höhe die von den Bürgern auf jede mögliche Weise vermiedene directe Steuer zu ersetzen bestimmt waren.

Sie fielen meist der Gemeinde zu, wenige, später in feste Renten umgewandelte dem Bischofe als Ablösung für die von ihm abgetretenen Hoheitsrechte; seit der Ergebung an Oesterreich bezog der Landesfürst den Zoll am Hafenthor, die Hälfte der Geldstrafen *) und eine jährliche Abgabe von 100 Eimer Wein **).

Allmählig mit der wachsenden Verschmelzung der Theile des grossen österreichischen Staatskörpers zu einem Ganzen wuchsen die Bedürfnisse der Centralregierung und es wurden theils früher bestandene Abgaben erhöht, wie der Zoll durch Ferdinand II., theils und

*) Das „Geldstrafengefäll“ wurde erst mit Beschluss der Organisirungs-Commission vom 14. Juni 1814 aufgehoben.

**) Manchmal dürfte gerade nicht der beste Wein an den Hof gesendet worden sein. Das Arch. dipl. triest. bewahrt ein Schreiben Ferdinand III. vom 4. November 1642, worin er dem Stadtrathe vorwirft, dass die abgelieferten 100 Yhrn Wein seit einigen Jahren von so schlechter Beschaffenheit gewesen seien, „dass sy gleichsamb dass Fhuerlohn nit verdient.“

Die Stadt löste diese Leistung im Jahre 1749 ab.

zwar meist unter ausdrücklicher Motivirung durch die dringende Noth der Staatsfinanzen, neue eingeführt, wie jene vom Tabak, Salz und vom Schlachtvieh.

Die neuen Staatssteuern waren theilweise auch der Gemeinde vom Nutzen; das Salzmonopol (s. Cap. 21) wurde im Vertragswege eingeführt, das Fleischkreuzergefäll (s. Cap. 24) ergab der Stadt einen fünfmal grösseren Ertrag als der Staat aus demselben bezog.

Nachdem Kaiser Carl VI. durch Bewilligung des Freihafenprivilegiums den Grund zu dem späteren Aufschwunge des Triester Handels gelegt hatte, erliess seine grosse Tochter Maria Theresia jene Massregeln, denen eigentlich diese Stadt verdankt, dass sie geworden ist, was sie ist, das weitaus wichtigste Emporium des österreichischen Seehandels. Diese Kaiserin ersah auch mit richtigem Blicke die Belästigung, welche dem Handelsverkehre aus der Vielzahl der bestehenden städtischen Verbrauchsabgaben erwuchs, und desshalb schaffte ihre Regierung eine Anzahl *) dieser Gefälle ab und zwar theils nachdem sie der Staat durch entgeltliche Cession erworben hatte, wie die Steuer von Fischen, dem Schiffsverkehr und vom Oel, theils, wie das Waggeld, im Verordnungswege, ohne jeden Widerspruch Seitens der Gemeinde.

Andererseits bewilligte die Kaiserin der Stadt zur Deckung der Kosten des Spitals- und Armenwesens ein neues Gefäll vom auswärtigen Weine, welches später zur Quelle eines der grössten Einnahmsposten der Gemeinde wurde.

Das französische Regiment führte für Triest, wie für die übrigen Bestandtheile der illirischen Provinzen, die Grundsteuer, Kopf- und Patentsteuer, sowie einen höheren Stempeltarif ein.

Bei dem Rückfalle an Oesterreich erheischten es die durch die langen Kriege so sehr gesteigerten Staatsbedürfnisse, der in dem mittlerweile erlassenen allg. bürgerlichen Gesetzbuche festgestellte Grundsatz der Gleichheit aller Bürger vor dem Gesetze, dass auch Triest den gleichen Lasten wie die übrigen Länder des Kaiserstaates

*) Kandler sagt zwar in der *Raccolta delle leggi speciali per Trieste*, Art. „Emporio e Porto franco di Trieste“ S. 216 und 262, dass Maria Theresia alle Stadtgefälle, mit Ausnahme des Dazes vom Weinschanke abgeschafft habe; allein das ist unrichtig, denn am Schlusse und nach ihrer Regierung erscheinen Abgaben vom Holz, zwei städtische Salzsteuern, jene für das Dichtmachen der Fässer, für Ausschank von Bier und Branntwein, für Abmessung von Flüssigkeiten, endlich ein Antheil der Stadt an der Staatsverzehrungssteuer vom Schlachtvieh (Fleischkreuzer). Vgl. die im Cap. 27 aufgeführten Ausweise der städtischen Einnahmen vom Jahre 1778 und 1783.

unterworfen werde, und es wurde diese Stadt von nun an in finanzieller Beziehung im Allgemeinen nach denselben Grundsätzen wie die übrigen Provinzen in Gesetzgebung und Verwaltung behandelt.

Doch wurde der Handelsverkehr noch durch vierzig Jahre durch Befreiung der in ihm vorkommenden Schriften von der Stempelsteuer geschützt und gegenwärtig noch dauert das Freihafenprivilegium fort, auch wurde den Wünschen der Stadt hinsichtlich der Staatsverzehrungs- und der Hauszinssteuer insoferne Rechnung getragen, als diese beiden Steuern in Form einer jährlichen Aversualsumme entrichtet werden.

Zur Bedeckung der städtischen Bedürfnisse bestehen in dieser zweiten, 1814 begonnenen Periode wenige, aber sehr ertragreiche communale Verbrauchsteuern; ferner fließen die zu einigen directen Staatssteuern bewilligten Zuschläge in die Gemeindecasse.

Cap. III.

Ueber die älteren Triester Münzen, Maasse und Gewichte.

Eine ausführliche Abhandlung über die in der Aufschrift des Capitels genannten Gegenstände gehört nicht in den Rahmen dieses Werkes, und ebenso erlaubt es dessen Zweck und Umfang nicht, hier eine Darstellung des schwankenden, meist sich beständig verringernden Werthes der gebrauchten effectiven und Rechnungsmünzen im Verhältnisse zur vollwichtigen Metallmünze, noch eine Uebersicht der Veränderungen des Werthverhältnisses zwischen Gold und Silber zu geben.

Die folgenden kurzen Bemerkungen dürften genügen, um die in den älteren Triester Statuten vorkommenden Ausdrücke zu erklären.

Die Hauptmünze Triest's im 13. und 14. Jahrhundert war der silberne Triester oder Aquilejische Denar, nach seiner Prägstätte, Friesach in Kärnten, auch frixerius oder frixacensis genannt; sein Silberwerth betrug im 13. Jahrhundert etwa 10 kr. ö. W., und verringerte sich später allmählig.

Rechnungsmünzen waren die Lira di denari, welche 20 Denare enthielt, daher 2 fl. ö. W. entsprach, und die bei weitem häufiger vorkommende Libbra parvorum (Lira di soldi oder di piccoli), welche

in 20 soldi zu je zwölf parvi (piccoli oder bagatini) eingetheilt wurde und damals einen Werth von 1 fl. 56 kr. ö. W. hatte. Später ward die letztere immer geringwerthiger; im 18. Jahrhundert galt sie nur mehr 20 kr. Oest. Währg.

Der Zecchino veneto, welcher dem deutschen Goldgulden nahezu entsprach, hatte einen Silberwerth von 6 fl. 40 kr. ö. W. und wurde von den handelsklugen Venetianern stets vollwichtig ausgeprägt, wesshalb er lange Zeit hindurch die gesuchteste Handelsmünze der Mittelmeerländer bildete.

Nach Prof. Francesco Giavi's Beilage zu „Documenti per la storia del Friuli dal 1317 al 1325 raccolti dall' Ab. Giuseppe Bianchi, Udine 1844“ entsprachen die Werthe der damaligen Aquilejischen Münzen folgenden heutigen Werthen:

Im Jahre 1325.

	österr. Lire
1 piccolo veneto	0.017659
1 soldo o veronese	0.211914
1 denaro aquilejese o frisachese	0.247231
1 grosso (= 2 soldi veneti = 7 piccoli veneti)	0.5651
1 lira di 20 soldi veneti (= 19 soldi)	4.2383
1 zecchino	13.5625
1 marca di denari aquilejesi	39.55726

Im Jahre 1351 *)

	österr. Lire
1 piccolo veneto	0.018229
1 soldo o veronese = 12 piccoli	0.21875
1 denaro aquilejese o frisachese (= 1 soldo 2 piccoli)	0.255206
1 grosso (= 2 soldi 8 piccoli)	0.5833
1 Lira di 20 soldi veneti	4.0375
1 Lira di 20 danari aquilejesi o frisachesi	5.10417
1 Zecchino	14.—
1 marca di denari aquilejesi	40.—

Eine Auseinandersetzung der später in Triest geltend gewesenen alten Reichs-, dann Conventions- und der jetzigen österreichischen Währung dürfte überflüssig sein und die Bemerkung genügen, dass

*) Ueber das Werthverhältniss des Venetianer Zecchins zur Silbermünze am Ende des 14. Jahrhunderts vgl. Archeografo triestino, Bd. I., 1869—70 S. 303 ff.

hinsichtlich der groben Münze die Münzordnung Kaiser Ferdinand I. vom J. 1559, dann die österreichisch-bairische Münzconvention vom J. 1750 auch für Triest wirksam waren, dass aber die Venediger Scheidemünze in der Circulation die österreichische verdrängte, und dass zum Schutze dieser letzteren mehrfache landesfürstliche Edicte ergingen, welche deren Annahme bei Strafe befahlen.

Die Maasse und Gewichte entsprachen den folgenden Werthen des metrischen Systems:

Die alte Triester Orna = 66.03944 Liter.

Der Miglio = 1378.675 Metes.

Der Braccio = 0.683396 Meter.

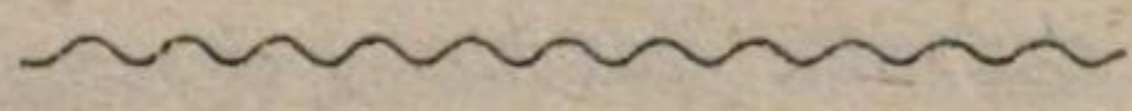
Ein Moggio = 4 staji; der staro oder stajo = 83.3172 Liter hatte 4 quarte.

Die Libbra sottile, deren 400 eine Last (Carica) machen = 301.2297 Gramm.

Die Libbra grossa = 476.9987 Gramm.

Im J. 1744 wurden die österreichischen Maasse und Gewichte statt den früher bestandenen eingeführt, und diese letzteren vom J. 1759 an ganz aus dem Verkehr gesetzt. *)

Das Gesetz vom 23. Juli 1871 führte für alle Maasse und Gewichte das metrische System ein, welches vom 1. Jänner 1876 an im Verkehre ausschliesslich angewendet werden soll.



*) Raccolta delle leggi speciali per Trieste, Art. "Le Misure."

historisch der große Einfluss der Abrechnung Kaiser Friedrichs
vom J. 1159, dann die österreichisch-bairische Münzvereinbarung vom
J. 1250 auch der Trient entstanden, waren, dass aber die Vereinigung
Scheidungen in der Circulation die österreichische verdrängte, und
dass auch Sanktionen dieser letzteren in der österreichischen Münze
ergriffen, welche deren Annahme bei Strafe setzten.

Die Münze und Gewichte entstanden aus folgenden Ursachen
des metrischen Systems:

Die alte Triester Ounce = 66.0394 Later
Der Moggio = 1378.075 Mili
Der Braccio = 6.02396 Meter
Ein Moggio = 4 stoff, der stark über 100 = 8.172 Later
hatte 4 partes.
Die Libbra seitlich, deren 400 eine Last (Barra) machen =
301.2397 Gramm.

Die Libbra gross = 176.9987 Gramm.
Im J. 1744 wurden die österreichischen Klassen und Gewichte
statt der früher bestehenden eingeführt, und diese letzteren vom J.
1758 an ganz aus dem Verkehr gesetzt.
Das Gesetz vom 23. Juli 1871 führte für alle Klassen und Ge-
wichte das metrische System ein, welches vom 1. Jänner 1876 an
im Verkehr ausschließlich angewendet werden soll.

Die Münze und Gewichte entstanden aus folgenden Ursachen
des metrischen Systems:
Die alte Triester Ounce = 66.0394 Later
Der Moggio = 1378.075 Mili
Der Braccio = 6.02396 Meter
Ein Moggio = 4 stoff, der stark über 100 = 8.172 Later
hatte 4 partes.
Die Libbra seitlich, deren 400 eine Last (Barra) machen =
301.2397 Gramm.
Die Libbra gross = 176.9987 Gramm.
Im J. 1744 wurden die österreichischen Klassen und Gewichte
statt der früher bestehenden eingeführt, und diese letzteren vom J.
1758 an ganz aus dem Verkehr gesetzt.
Das Gesetz vom 23. Juli 1871 führte für alle Klassen und Ge-
wichte das metrische System ein, welches vom 1. Jänner 1876 an
im Verkehr ausschließlich angewendet werden soll.

II. Abtheilung.

Kirchensteuern.

Cap. IV.

Die Abgaben an die Kirche.

Die Einführung des Kirchenzehentes dürfte für Triest aus der justinianeischen Zeit datiren. Hinsichtlich anderer Bisthümer sind solche Verfügungen des genannten Kaisers bekannt; einen weiteren Beweis per analogiam für diese Ansicht bietet eine im cod. dipl. istr. abgedruckte Urkunde des Bischofs Euphrasius von Parenzo aus dem J. 543, worin die Leistungen an seine Kirche folgendermassen festgesetzt werden:

Ihm ist von dem Ertrage der Weingärten und Aecker, welche der Kirche gehören, der vierte Theil (die sog. Quartae) abzuliefern; die Canonici sollen von den Gütern der Laien aus der ganzen Diöcese die Decima von allen Bodenproducten und Thieren erhalten. Bezüglich der Quartae, welche ein Pachtschilling waren, wird gesagt: Sicut antea antiqui praedecessorum suorum fecerunt.

Die Decima wird nicht als schon früher bestanden erwähnt, daher sie höchst wahrscheinlich um diese Zeit eingeführt wurde.

Der Kirchenzehent, wenn er in die Hände von Laien übergegangen war, wird später mehrfach decuma laica genannt, und erwähnt, dass der Berechtigte der Kirche ein Viertel des Zehentertrages abzuliefern habe, welches ebenfalls quartae oder quartese genannt wird.

Justinian zog die Bischöfe zur Mitwirkung an der Staatsadministration heran und befestigte ihre Stellung auf alle Weise. Wenn auch keine Urkunde vorliegt, welche bezüglich des Triester Bischofs

solches erwähnt, so ist doch voranzusetzen, dass auch er der gleichen Verfügung unterzogen wurde.

Aus dem J. 602 erwähnt Ireneo della Croce (abgedruckt im Cod. dipl. istr.) dass Bischof Firminus von Triest das istrische Schisma (sonst auch Schisma der tre capitoli genannt) abgeschworen habe und zur katholischen Einheit zurückgekehrt sei; es scheint das Bisthum, und dies gilt auch von den kirchlichen Abgaben, in ununterbrochener Continuität, die zeitweiligen Sedisvacanzen ausgenommen, fortbestanden zu haben.

Im J. 1152 schenkte Bischof Wernhard den Triester Canonici den Kirchenzehent *); diese Schenkung wurde später wiederholt bestätigt, so 1204 durch Bischof Gebhard (Vuebaldo), 1233 durch Leonhard, 1235 durch den Papst Gregor IX.; 1216 wird unter Bischof Conrad erwähnt, dass der bischöfliche Weinzehent von den Canonici bezogen werde. Beltrando, päpstlicher Legat, Visitator in Istrien, erklärte 1326,**) dass den Canonici von Triest nicht nur der Zehent von Wein und Getreide, sondern auch jener von Oel, Hirse und Hülsenfrüchten gebühre. Bezüglich der letzteren Fruchtgattungen scheint also der Zehent neu eingeführt worden oder doch früher streitig gewesen zu sein.

Das Capitel hatte aber hiefür als Gegenleistung eine jährliche Zahlung an den Bischof zu entrichten. Der Chronist Scussa erwähnt, dass die Canonici von Triest, welche 1352 schon durch 2 Jahre diese Zahlung an den Bischof unterlassen hatten, deshalb vor den Cardinallegaten Aegydius nach Udine berufen wurden.

Auch die im Stadtgebiete gelegenen Salinen waren zehentpflichtig. Bezogen nun auch Bischof und Clerus von Triest reichliche Zehente von ihren Diöcesanen, so wurden sie selbst wieder von der päpstlichen Kammer auf eine sehr eindringliche Weise besteuert.

*) Aus den erhaltenen, im Cod. dipl. istr. gesammelten Urkunden ist zu entnehmen, dass auch die Triester Bischöfe Laien mit dem Kirchenzehenten belehnten. Im Jahre 1301 schenkt Petrus, Sohn des Alborius, dem bischöflichen Capitel den Zehent dreier Häuser in Triest, welchen er vom Triester Bischof zu Lehen besass.

In einer anderen Urkunde aus dem gleichen Jahre wird erwähnt, dass der Zehent für das Haus des Nikolaus Ade in Triest jährlich 3 urnae Wein betrug.

Aus Civilprocessen des 14. Jahrhunderts erhellt, dass der Zehent, den ein Haus zu entrichten hatte, eigentlich die dazu gehörigen Grundstücke betraf und nach deren Umfang bemessen werde.

**) Scussa.

Die unter Gregor VII. so sehr gestiegene Macht des päpstlichen Stuhles machte sich bald auch durch finanzielle Ansprüche an die einzelnen Bisthümer geltend.

Scussa erwähnt, es gehe aus den alten Rechnungen des Capitels hervor, dass schon in früher Zeit *collette* oder *prestolazioni*, welche später auch als *annate* und *decime* bezeichnet werden, zu Gunsten der Päpste durch sie, oder ihre in der Nähe befindlichen Legaten ausgeschrieben wurden.

Eine solche habe im J. 1272 stattgefunden, und 137 Lire *veronesi* betragen.

Neben den zu Gunsten des Papstes oder seiner Legaten eingehobenen *Collecten* gab es auch Sammlungen freiwilliger Beiträge zu anderen kirchlichen Zwecken: so sammelte 1276 der päpstliche Legat *Ardicius de Tridino* für das gelobte Land.

Im 14. Jahrhundert nahmen diese *Collecten* den Charakter einer jährlich wiederkehrenden Leistung an; die Kirchengüter sind zu diesem Behufe eigens eingeschätzt worden, wie dies zum Beispiele im J. 1371 geschah.

Der Betrag der päpstlichen *Collecte* wird von Scussa, wie folgt, angegeben:

1320: 63 Goldgulden; um 1322: jährlich 64 Goldgulden; 1346 erhob der Triester Bischof *Francesco d' Emilia*, welchen Papst *Clemens VI.* als *Nuntius* nach Ungarn sandte, als *Collecte* zu seinen Reisekosten von seinem Clerus und den Diöcesanen 32 Goldgulden. 1350 erhält *Guido*, Cardinal von *Sta. Cecilia*, als *prestolazione* 63 Goldgulden; 1352 werden 63 Goldgulden erhoben.

Von 1357—1360 betrugen die *Collecte pontificie*, hier auch *decime* genannt, welche die Diöcese Triest zu zahlen hatte, für diese drei Jahre zusammen 55 Goldducate und 40 Soldi, 1383 50 Ducaten, 1387: 50 Gulden, 1389: 32 Ducaten, dann 66 Lire und 15 soldi, 1392: 40 Gulden, 1393: 26 Ducaten; 1407, aus Anlass des Schismas zwischen Rom und Avignon, 160 Goldgulden.

1405 beklagen sich die *Canonici* von Triest in Rom über die Habgier der Einheber der päpstlichen *Collecte*, 1420 über die Höhe der letzteren die in diesem Falle von Scussa „*annate*“ genannt wird.

Gegen diejenigen, welche mit der päpstlichen *Collecte* in Rückstand blieben, wurde mit grösster Strenge vorgegangen, ja sogar die Excommunicirung verhängt. Bischof und Clerus von Triest verfielen 1357 in diese Censur, weil sie mit 256 Gulden gegen den päpstlichen

Legaten Aegydius im Rückstande waren. Doch wurden sie später vom Banne losgesprochen. Aus dem gleichen Grunde wurden dieselben 1359 wieder excommunicirt und im gleichen Jahre wieder losgesprochen.

Eben solches geschah nach Scussa's Chronik fast in jedem der folgenden Jahre.

Als die Triester Bischöfe 1236, 1253 und 1295 ihre Hoheitsrechte an die Gemeinde verkauften, behielten sie sich und ihrem Capitel immer den Kirchenzehent vor, den sie für sich einzuheben fortfuhren. Im Laufe der Jahrhunderte ergab aber diese Kirchensteuer in der Stadt selbst ein immer geringer werdendes Erträgniss, so dass Bischof und Capitel von Triest mit Urkunde vom J. 1459 *) den Zehent von der Stadt ganz aufgaben, und sich blos jenen des Territoriums, sowie den zehnten Theil des Salzes aus den städtischen Salinen vorbehielten. Als Ersatz dafür gab ihnen die Gemeinde den früher ihr gehörigen Daz auf Holz, Heu und Stroh in das volle Eigenthum, ohne dass die Kirche verpflichtet wurde, hiefür die Brücken und Wege zu erhalten, wozu diese Abgabe früher bestimmt war.

Der Ertrag dieses Dazes wird annähernd mit jährlich 300 Libbrae angegeben und festgesetzt, dass derselbe an die Gemeinde zurückfallen soll, wenn diese der Kirche eine gesicherte Ablösungsrente von 300 Libbrae per Jahr bezahlen werde.

Schon 1497 verpachtete aber der Bischof diesen Daz um nur 180 Lire. **)

Im Jahre 1236 cedirte die Gemeinde von Triest ihrem Bischof das früher von ihr ausgeübte Recht, den Zoll auf die ein- und ausgeführten Waaren zu erheben; die Zollstätte (Muta) war bei der Janua Riburgi; die Abgabe betrug den vierzigsten Theil vom Werthe der Waaren, hiess deshalb auch quarantesimo, und es behielten sich die Bischöfe dieselbe in allen folgenden Cessionen ihrer Hoheitsrechte an die Gemeinde vor. Nachdem Triest sich den habsburgischen Herzogen unterworfen hatte, hielten auch diese eine Zollstätte neben jener des Bischofs, welcher sein Recht bis zum J. 1523 ausübte.

Dass der kaiserliche Stadthauptmann den Bischof zuweilen im Bezuge dieses Zolles schädigte, erhellt aus einer Urkunde Kaiser

**) Cod. dipl. istr.

**) Cod. dipl. istr.

Friedrich III. vom Sonntag vor dem St. Peterstag 1491, worin dieser Missbrauch abgestellt wurde*).

Der Ertrag, den der Bischof aus der Verpachtung seiner Zollstätte zog, betrug u. A. 1496: 158 Ducaten; 1497: 158 Ducaten; 1498: 58 Ducaten; 1499: 160 Ducaten.**)

Im Jahre 1523 zog Ferdinand I. den bischöflichen Zoll an sich (S. Cap. 20) und bewilligte dafür eine jährliche Ablösungssumme von 250 rhein. Gulden.

*) Cod. dipl. istr.

**) Raccolta delle leggi speciali per Trieste, Art. „Lo Rimboscamento.“

III. Abtheilung.

Gemeindesteuern.

Cap. V.

Die städtischen Getränkesteuern.

Stadt und Territorium von Triest entrichteten seit den ältesten Zeiten diese Abgabe, welche den im Kleinen, in taberna, ausgeschänkten Wein traf; schon in den ältesten uns erhaltenen Statuten werden hierüber noch ältere, verloren gegangene Gesetze berufen, welche damals noch so in Kraft gewesen sein müssen, dass das Statut vom (angebl.) Jahre 1150 wohl mehrer Nebenreglements über den Weindaz, nicht aber den damaligen Tarif enthält; derselbe erhellt erst aus einer diesem Codex beigelegten Anordnung vom Jahre 1340.

Mannigfache, der Hauptsache nach immer aufrecht erhaltene, oft alljährlich wieder kundgemachte Verordnungen regelten die Entrichtung dieser Steuer.

Der älteste Codex ordnet an, dass die Weinwirthe schwören mussten, ihren Pflichten gegen die Gemeinde und die Gäste gewissenhaft nachzukommen.

Ein Zusatz zu den Statuten vom J. 1365 verfügt, dass die Wirthe, ihre Frauen und Familienmitglieder schwören mussten, nur unvermischten und versteuerten Wein auszuschänken. Der Eid, dass keine Uebertretung dagegen begangen wurde, musste auf jedesmaliges Verlangen des Dazpächters wiederholt werden, bei Geldstrafe und Ersatz des Dazes.

Die Fässer mussten schon 1318 nach ihrem Inhalte gestempelt (zimentirt) sein.

Der Wirth durfte in jenem Jahre den Wein bei Strafe von 10 libr. parv. nicht theurer als um 6 solidi parv.*) für die urna ausschänken; er durfte keinem Gaste, bei Verlust der Forderung, um mehr als 10 sold. par. creditiren, es sei denn, dass ihm hierüber ein Faustpfand gegeben wurde.

1550 wird verboten, die bozza (deren die urna 144 enthielt) um mehr als 3 bezzi oder 18 bagatini zu verkaufen.

Das Reglement vom letzteren Jahre verfügt, dass Weinmengen unter einer halben orna als im Kleinen verkauft angesehen werden und dieser Steuer unterliegen; nur wenn Kaufleute oder Frächter so kleine Mengen zum Nachfüllen der Fässer kaufen, soll dies nicht als Verkauf im Kleinen betrachtet und versteuert werden.

Schon in den ältesten Statuten wird ausdrücklich das Gebiet Triest's, unter namentlicher Bezeichnung der Dörfer, dieser Steuer unterworfen; 1550 ebenso, und wird das Gebiet folgendermassen specificirt:

„Nempe super moles, sive muros portus, aut in ipso portu, vel in mari quantum est a promontoriis, sive pontis Campi Martii, Zuchi, et Muselae, et a rivo Diselae, ac a Trivio, sive quadrivio, quod est in via, qua itur a Santa Anna ad Vicum, sive villam Silvulae, a templo Sanctae Mariae Magdalenae, a pictura, sive Pilono, quod est in regione, sive contrata sex fontium, et a farneto Communis, ac a via nova usque ad loca inculta, sive bareta in quibus sunt castaneae, intelligendo quicquid est recto tramite intra hos confines versus Tergestum.“

Fremde, welche im Triester Gebiete Weingärten besaßen, zahlten im 15. Jahrhunderte eine besondere Geldabgabe (s. Cap. 15).

Der älteste uns bekannte Satz dieser Steuer betrug nach einer Verordnung vom J. 1340 1 grosso für jede urna des vom Wirth selbst erbauten und ausgeschenkten Weines; wer gekauften Wein ausschänkte, zahlte 2 grossi per urna.

1350 galt derselbe Satz, doch wurde noch im gleichen Jahre durch ein jenem Codex beigefügtes Gesetz angeordnet, dass aller im Kleinen verkaufte Wein, ob Eigenthum des Wirthes oder nicht, 1 soldo für die urna zahlen soll.

Im selben Jahr bestand auch ein Daz auf den Weinverkauf im Grossen. Er betrug 1 grosso veneto für die urna. Befreit davon waren die Fremden, die Wein einkauften und wegtransportirten.

*) Diese Summe erscheint dem Steuersatze gegenüber zu klein; wahrscheinlich soll es statt solidi „grossi“ heissen.

tirten. 1358 wurde jedoch dieser Daz vom Weinverkauf im Grossen aufgehoben.

In den Statuten v. J. 1365 wird diese Abgabe *Dacium magnum vini* genannt; sie betrug einen grossus von der urna.

An zwei mir nicht klaren Stellen heisst es jedoch, dass an Daz für jede urna des in taberna ausgeschänkten Weines 20 mensurae, oder deren Werth — später wird gesagt: 20 solidi — entrichtet werden sollen.

Wenn unter mensurae die bozza zu verstehen ist, so war das ein Werthdaz, und betrug $\frac{5}{36}$ des Roherlöses des Wirthes.

In einer bald nach 1366 erlassenen Verfügung wird aber der Daz für den Weinschank auf 1 grossus von der urna festgesetzt.

Der Tarif des J. 1550 und alle folgenden regeln diesen Daz nach dem Verkaufspreise des Weines.

Es ist in ersterem festgesetzt, dass wenn die bozza um 18 bagatini, d. i. 3 bezzi negri veneziani, verkauft wird, an Daz für jede orna (= 144 bozze), welche im Kleinen ausgeschänkt wird, 48 soldi und 8 piccoli entrichtet werden sollen.

Wird der Wein um 12 bagatini, d. i. 2 bezzi negri verkauft, so beträgt der Daz für jede orna 32 soldi und 8 piccoli. Wird der Wein um einen anderen Preis verkauft, so ist der Daz im Verhältnisse zu bemessen.

Da der soldo gleich 2 bezzi negri oder 12 bagatini war, betrug dieser Daz 22.685% vom Bruttowerthe des im Kleinen ausgeschänkten Weines.

Bildete bis zur Zeit Carls VI. das Weinerträgniss der städtischen Grundstücke nebst dem Salze das Haupteinkommen der Bürger, der Daz vom Weinschank eine der wesentlichsten Gemeindecinkünfte, so that auch die Stadt ihr Möglichstes, um die Erzeugung und den Verbrauch dieses ihres Hauptproductes zu einem privilegierten vor jeder Concurrenz gesicherten zu machen. Diese eigentlich der Handelsgeschichte angehörigen Massnahmen sind mit der geschichtlichen Entwicklung des Triester Weindazes zu enge verknüpft, um nicht wenigstens in Kürze hier erwähnt zu werden.

Schon die ältesten noch bestehenden Statuten verbieten bei Geldstrafe und Verfall der Waare, dass fremder Wein in Mengen über 1 orna nach Triest eingeführt werde, sowie, dass ein Triester Bürger einen auswärtigen Weingarten kaufe oder in Pfand nehme, letzteres bei Strafe des doppelten Werthes des Grundstückes.

Im J. 1327 wurde auch das Einbringen auswärtiger Trauben, selbst jener, welche die Winzer als Arbeitslohn erhielten, verboten.

Eine Ausnahme von dem Verbote der Einfuhr fremder Weine machte eine dem stets regen Triester Handelsgeiste entstammte Verordnung aus dem J. 1333. Nach ihr durften Schiffer, welche ihr Schiff theilweise mit Istrianer Wein befrachtet hatten, straffrei in den Triester Hafen einlaufen, um dort ihre Weinladung zu vervollständigen, doch durften sie nichts ausschiffen.

Im Laufe des 15. Jahrhunderts beklagten sich die Triester unter Berufung auf ihre verbrieften Rechte oft bei dem Landesfürsten über die gesetzwidrig vorkommende Einfuhr fremder Weine; ihren Klagen ward stets Gehör gegeben, so z. B. von Friedrich IV. 1478.

Der Codex vom J. 1550 verbietet die Einfuhr fremder Weine, mit Ausnahme jener, welche von Grundstücken herkommen, die Triester Bürgern gehören.

Ferner durfte Jedermann eine quarta Malvasia- oder Romania-Wein beziehen. Den Kaufleuten war der Durchzug mit fremden Weinen erlaubt.

Der kaiserliche Stadtcapitän und dessen Zolleinnehmer durften für ihren und ihrer Familie Gebrauch fremde Weine einführen. Diese Begünstigung scheint im Laufe der Zeit vom Capitän dahin ausgedehnt worden zu sein, dass er nicht nur für die Garnison fremden Wein dazfrei bezog, sondern auch den Ausschank solchen Weines an Nichtsoldaten duldete. Dieser Vorgang wurde aber von Kaiser Leopold I. 1679*) gerügt und abgestellt.

In den Statuten von 1550 wird auch dem Nonnenkloster S. Benedetto die freie Einfuhr fremder Weine erlaubt; 1562, obschon mit Widerstreben der Stadt, auch dem Bischof.

Das Verbot der Einfuhr der Weine und Trauben, die nicht im Gebiete gewachsen sind, wurde 1561,*) dann wieder in verstärkter Weise vom Erzherzog Maximilian Ernst 1610*) wiederholt.

Das Recht Wein zu bauen, war den Bürgern der Stadt vorbehalten und erstreckte sich nicht auf die Bauern des Gebietes, denen u. A. Kaiser Friedrich IV. 1491 die Cultur der Weinrebe verbot.

So sehr war man darauf bedacht, die Weinpreise und damit das Haupteinkommen der Bürger in gleicher Höhe zu erhalten, dass durch die Statuten vom J. 1550 sogar die Anpflanzung neuer Weingärten im Gebiete den Bürgern selbst, bei 25 Lire Strafe und Vernichtung der neuen Anpflanzung, verboten waren. Es war blos gestattet, neue Reben zum Ersatze der alten, unfruchtbar gewordenen, nachzupflanzen.

*) Arch. dipl. triest.

Eigene Gerichtspersonen waren beauftragt, alljährlich nach neuen unberechtigten Weinpflanzungen zu forschen und diese zu zerstören.

Freilich zogen sie dadurch die Rache der Beschädigten auf sich; so wurden *) dem Richter Giovanni di Basileo nach Vornahme dieser Amtshandlung 1558 alle ihm gehörigen Reben von unbekannten Frevlern abgeschnitten.

Das Privilegium der Stadt, dass nur in ihrem Gebiete gebauter Wein daselbst ausgeschänkt werden dürfe, ward lange aufrecht erhalten.

Es entstand eine neue Reihe von landesfürstlichen Erlässen, welche die Einfuhr fremder Weine und Trauben verboten; so von Erzherzog Maximilian Ernst vom 3. April 1610,**) von Erzherzog Ferdinand am 26. Februar und 28. September 1611**) u. a. m.

Noch immer machte die Stadt den Bauern des Gebietes den Weinbau streitig; erst in einem von Kaiser Ferdinand II. am 28. August 1627 bestätigten Vergleiche bewilligte der Stadtrath den Bauern der Dörfer Prosecco, Contovello und Sta. Croce die Cultur der Weinrebe.

Dem Bischof ward von Josef I. am 5. September 1705**) die dazfreie Einfuhr jährlicher 50 orne Wein bewilligt.

Es war Gewohnheitsrecht geworden, dass die Besatzung ihren Weinbedarf dazfrei einführen durfte, doch wiederholten sich immer die Klagen der Stadt über unbefugten Weinausschank seitens der Soldaten; erst unter Maria Theresia, die zum letztenmale diese Beschädigung des städtischen Gefälls verbot, verstummen die Klagen ganz.

Kaiser Carl VI. erlaubte den fremden ansässigen Handelsleuten, Manufacturisten und Künstlern so viel ausländischen Wein einzuführen, als sie zu ihrem Hausgebrauche benöthigten, doch war ihnen der Ausschank desselben untersagt.

Im thesesianischen Patente vom 29. November 1749**) heisst es: Da der Triester Stadtwein blos für einige Monate ausreicht und über den Sommer meistens sauer und ungeniessbar wird, sollen die Triester ihre Weine vom 1. October bis letzten März ausschänken dürfen, und fremde Weine während dieser Periode nicht zugelassen werden. Später darf Jedermann fremde Weine (mit Ausnahme des venetianischen) in die Stadt zum Consum bringen. Aber auch während der erstgenannten sechs Monate dürfen fremde Kaufleute etc. für ihren Hausgebrauch Weine aus den Erblanden beziehen.

*) Scussa's Chronik.

**) Arch. dipl. triest.

Der Präsident der Commercial-Intendenz soll alljährlich im Einvernehmen mit dem Stadtrichter eine Taxe festsetzen, nach welcher der Triester Wein ausgeschänkt werden muss und je nach dem Ausfalle der Weinlese bestimmen, ob das Privilegium des alleinigen Ausschankes der Triester Weine 4, 5, oder 6 Monate dauern soll. Es ist im Patente ausdrücklich angeordnet, dass die Triester Weine ohne Bezahlung einer Staatsabgabe in Loco consumirt werden: für andere Weine muss bei der Einfuhr in Triest diese Abgabe (Zoll) gezahlt werden, doch darf die „Zunta“ das ganze Jahr hindurch frei von jeder Staatsabgabe aus den Erblanden nach Triest eingeführt werden.

Als die Erbauung der Neustadt auf den ehemaligen Stadtsalinen begonnen hatte, entstand ein Streit zwischen der Gemeinde und der orientalischen Compagnie, welche letztere sich das Recht anmasste, den Weindaz der Neustadt, wo sie ausgedehnten Grundbesitz hatte, einzuheben. Der Streit wurde zu Gunsten des Municipiums entschieden, als die Neustadt (damals borgo delle saline genannt) in die Verwaltung desselben überging.

In den Jahren 1732 und 1733 *) erflossen kaiserliche Entschliessungen, welche durch ein Decret Maria Theresia's vom 9. Jänner 1745 bestätigt wurden, und eine grössere Consumgebühr für den fremden, in die Stadt gebrachten Wein festsetzten. Wenn der Nachweis geliefert wurde, dass dieser Wein aus den österreichischen Staaten ausgeführt wurde, so sollte diese Abgabe nach Abzug des dem Staate gebührenden Durchfuhrzolles der Partei zurückgestellt werden.

Das Patent der General-Commercial-Intendenz vom 5. März 1757 veränderte die Grundlage des Systems des städtischen Weindazes, indem es anordnete, dass die Abgabe für den Weinausschank in der Stadt für jeden Eimer so viel betragen solle, als jene Summe, um welche 8 Mass desselben Weines verkauft wurden.

Der Weinschank auf den im Hafen liegenden Schiffen wurde ganz verboten; für jenen im Territorium blieben die Statuten des J. 1550 in Kraft, doch sollen die dortigen Wirthe denselben Massregeln der Beaufsichtigung, Anmeldung u. s. w. unterliegen, welche für die städtischen Weinwirthe im erwähnten Patente angeordnet wurden.

Zur Gründung eines Armenhauses und Spitals wurde vom 1. October 1769 an **) ein neuer Zuschlag zum Weindaz eingeführt.

*) Raccolta delle leggi speciali per Trieste, Art. „Emporio e Portofranco di Trieste“ S. 153.

**) Das Patent im Arch. dipl. triest.

Er betrug 1 Gulden für jeden Eimer Wein und 2 Lire für jeden Eimer Giunta, welche von auswärts nach Triest eingebracht wurden. Befreit waren die österreichischen, wenn ihr Ursprung gehörig nachgewiesen wurde, dann die in Flaschen anlangenden fremden Weine.

Dieser Daz wurde in das Eigenthum der Gemeinde gewiesen, welche dafür das Kranken- und Armenhaus zu erhalten hatte.

Die Abgabe, auch dazio dei poveri genannt, ist der erste eigentliche Daz auf diese Einfuhr ausländischer Weine in Triest; die österreichischen Weine zahlten bei der Einfuhr in diese Stadt bloß die Abmessungsgebühr (s. Cap. 7) mit 3 kr. für den Eimer, die Weine des Stadtgebietes gar nichts.

Im Jahre 1770 bestanden somit diese Abgabe von der Einfuhr, die Gebühr für die Abmessung und der eigentliche Ausschankdaz für Wein.

Mit dem Patente vom 28. Mai 1779 *) bewilligte Maria Theresia der Stadt zur Entschädigung für den Entgang des Waggeldes, welches sie zur Erleichterung des Handelsverkehrs aufgehoben hatte, die Einhebung eines Dazes vom Ausschank von Bier und Branntwein. Diese Abgabe betrug für den Eimer den Verkaufswerth von 8 Mass.

Die französische Regierung nahm der Stadt den Weindaz weg und erklärte ihn als Staatsgefäll; nach deren Verdrängung erhielt die letztere denselben von Oesterreich wieder als Gemeindecinnahme zugewiesen.

Das bezügliche Decret der Organisirungs-Hofcommission ordnete an, dass die von den Franzosen aufgehobenen Begünstigungen, nämlich die frühere Befreiung der Flaschenweine, der österreichischen und Territorialweine abgeschafft bleiben sollen.

Das Dazreglement vom 29. Jänner 1821 setzte den Ausschankdaz mit $22\frac{1}{2}\%$ vom Werthe der im Kleinen verkauften Weine und Spirituosen fest.

Die kaiserliche Regierung beschloss 1825 eine allgemeine Staatsaccise einzuführen, welche in der That am 1. November 1829 ins Leben trat.

Die ursprüngliche kaiserliche Entschliessung vom 25. Mai 1829 hatte angeordnet, dass die allgemeine Staatsverzehrungssteuer auch in Triest eingeführt, hingegen die alten städtischen Daze aufgehoben werden sollen. Die Stadt wurde zur Nachweisung der Rechtstitel, auf Grund welcher sie diese Abgaben bisher bezog, aufgefordert und ihr eine Entschädigung für den Verlust derselben zugesichert. Eine Administrativ-Commission, gegen deren Entscheidungen die Parteien

*) Raccolta delle leggi speciali per Trieste, Art. „Annona“.

gerichtliche Berufung einlegen konnten, sollte die Ansprüche der bisher Berechtigten prüfen; zur Bedeckung der Gemeindebedürfnisse wurde die Bewilligung von Communalzuschlägen zur Staatsverzehrungssteuer in Aussicht gestellt.

Für Triest wurde ein Tarif festgesetzt, welcher Branntwein und Bier in der Erzeugung und Einfuhr, hingegen Wein (1 fl. 40 kr. pr. Eimer), Schlachtvieh, Wild, Fische, Körnerfrüchte, Gemüse, Obst Butter, Käse, Oel, Wachs, Milch, Eier, Unschlitt, Holz und Kohlen blos in der Einfuhr nach Triest besteuerte. Es wurden Aemter an den Einbruchsstrassen nach Triest aufgestellt, um diese Steuer einzuheben, und somit wurde Triest unter die geschlossenen Städte gereiht, welche nach dem obigen Verzehrungssteuergesetze im Gegen-satze zur Verzehrungssteuer des flachen Landes eine Linien-Steuer zu entrichten hatten.

Das Gesetz beließ dem Hofe gehörige Verbrauchsgegenstände und Mengen, für welche die Abgabe weniger als 3 kr. beträgt, steuerfrei und regelte das Verfahren bei seiner Einführung und bei Uebertretungen.

Die Gemeinde fühlte sich durch diese Anordnungen in ihrem wesentlichsten Einkommen geschmälert und erhielt endlich über ihre Vorstellungen durch die kaiserliche Entschliessung vom 3. September 1829 das Zugeständniss, dass die Verzehrungssteuer für Triest im Wege einer Abfindung mit der Gemeinde an den Staat entrichtet werden solle.

Es folgten langwierige Verhandlungen über die Höhe des zu leistenden Aversuales.

Die Staatsverwaltung forderte für Triest und sein Gebiet zuerst 470,000, dann 460,000 fl., und es wurde während des ersten Vierteljahres des Bestehens der Steuer, d. i. vom 1. November 1829 bis 31 Jänner 1830 die Abfindung auf Grund einer Jahressumme von 440,000 fl. entrichtet.

Von da an wurde das Aversuale auf jährlich 350,000 fl. C. M. festgesetzt, nicht ohne dass die Stadt sich auch durch diesen Betrag beschwert gefühlt hätte. Im Militärjahre 1830 wurden von der Gemeinde die neuen, dem Tarife des obigen Gesetzes vom 25. Mai 1829 entnommenen Abgaben eingehoben und ergaben ein Erträgniss von 258,450 fl. um 91,550 fl. weniger als das Aversum betrug.

Daneben aber wurde in der Einhebung der alten städtischen Daze fortgefahren.

Das Aversum wurde fortan im Wege des gegenseitigen Ueber-einkommens auf einige Jahre festgestellt, nach deren Ablauf dem

vermehrten Wohlstande der Stadt entsprechend erhöht, und beträgt 1872 805,705 fl. 50 kr. (S. auch Cap. 24.)

Die Verschmelzung der alten Daze mit den neuen durch Einführung der Staatsverzehrungssteuer nothwendig gewordenen Verbrauchsabgaben fand im J. 1831 statt. Den damaligen Tarif konnte der Verfasser nicht erhalten und es folgt daher die Darstellung der nächsten Reglemente für die städtischen Tranksteuern und für die Schlachtviehabgabe vom 15. Juni 1840.

Jenes für die städtische Getränkdaze unterscheidet deren drei: der Einfuhrdaz, welchem Wein, Bier, Trauben und Most unterliegen, wird bei der Einbringung dieser Artikel nach Triest entrichtet, beträgt für Weine des Territoriums 1 fl., für die dortige giunta oder vino piccolo $\frac{1}{2}$ fl. vom Eimer, für die aus anderen österreichischen Provinzen kommenden Getränke das Doppelte dieses Satzes, für ausländische Weine 4 Gulden vom Eimer.

In Triest gebrautes, oder aus anderen österreichischen Provinzen dahin gebrachtes Bier bezahlt 2, ausländisches Bier 3 fl. C. M. für den Eimer.

Für Trauben, welche in Mengen von mehr als 20 Pfund eingeführt werden, wird $\frac{1}{2}$ kr. per Pfund, wenn sie aus dem Territorium kommen, anderenfalls 1 kr. per Pfund gezahlt.

Ungepresster Most wird wie Wein besteuert, doch werden 200 Pfund davon für einen Eimer gerechnet.

Der Daz für den Ausschank (dazio dell' educilio) betrug für Wein, welcher im Kleinen, d. i. in Mengen unter $\frac{1}{2}$ Eimer verkauft wurde, $22\frac{1}{2}\%$, für geistige Flüssigkeiten 45% vom Verkaufswerthe. Für Bier wird kein eigener Ausschankdaz festgesetzt, sondern es begreift die obenerwähnte Abgabe schon jene für den Ausschank in sich.

Dem dritten Daze, jenem für die Abmessung (dazio della misura), welcher 3 kr. vom Eimer beträgt, unterliegt nebst den schon genannten Flüssigkeiten auch der Essig.

Das Reglement befreit von diesen Abgaben den Verbrauch des k. k. Hofgestütes in Lippiza, und jenen der Nonnen des Klosters zu St. Cyprian.

Als Ueberbleibsel der einst der Besatzung gewährten Dazfreiheit erscheint die Anordnung, dass die vom Marketender ausschliesslich an die Soldaten zu verkaufenden Getränke bloss einem Daze von 40 kr. für den Eimer unterliegen.

Die nachfolgenden Verordnungen über die städtische Tranksteuer, wie z. B. jene vom 15. Februar 1844 behielten die gleiche

Eintheilung derselben bei, erhöhten jedoch den Tarif. Jene vom 4. October 1853 normirt den Einfuhrdaz für Wein des Territoriums auf 2 fl., für den dortigen *Vino piccolo* auf 40 kr. vom Eimer, wenn diese Getränke zum Gebrauche Privater bestimmt sind. Sollten sie aber zum Ausschank gelangen, so zahlt man vom Eimer bloß einen Gulden.

Aus den andern österreichischen Provinzen eingeführter Wein und *Vino piccolo* zahlt 3 fl. 20 kr., respective 1 fl. 30 kr. vom Eimer, wenn der Wein aber zum Ausschank bestimmt ist, nur 2 fl.

Derlei Getränke, welche aus dem Auslande anlangen, sind mit 5 fl., Luxusweine mit 8 fl. vom Eimer besteuert.

Bier, welches aus den anderen österreichischen Provinzen eingeführt, oder in Triest erzeugt wird, zahlt 3, ausländisches Bier 4 fl. für den Eimer; unter dieser Abgabe ist schon der Daz vom Ausschank inbegriffen. *)

Bezüglich der Trauben und des Mostes, dann hinsichtlich der Begünstigung des Weinschanks an die Truppe bleiben die Bestimmungen des vorigen Tarifes aufrecht, doch wird auch jener Wein vom Einfuhrdaz befreit, welcher auf einigen näher bezeichneten, den Bewohnern des Territoriums gehörigen, in den benachbarten Gemeinden Duino und Dollina gelegenen Grundstücken gewonnen wird.

Der Daz vom Ausschank wurde im Reglement vom 4. October 1853 für Wein mit $22\frac{1}{2}$, für gebrannte Flüssigkeiten mit 50% vom Verkaufspreise festgesetzt, der *dazio di misura* im vorigen Ausmaasse beibehalten.

Durch eine kaiserliche Verordnung vom 17. Mai 1859 wurde ein Zuschlag von 20% zu den städtischen Steuern von der Einfuhr und dem Ausschank der Getränke bewilligt.

Gegenwärtig gilt das Reglement vom 15. November 1866, welches mit dem zuletzt erwähnten in administrativer Hinsicht im Wesentlichen übereinstimmt, und auch noch den Ausschank von Wein und geistigen Getränken an das Militär durch die Marketen der begünstigt, indem hiefür bloß 70 kr. vom Eimer zu entrichten sind.

Der *dazio della misura* ist verschwunden und wird durch eine Controllgebühr ersetzt.

Die Sätze des jetzigen Tarifs sind mit Inbegriff der Zuschläge und der Controlsabgabe folgende:

*) In ganz Oesterreich, ausser Triest, wird die Biererzeugung nach Menge und Gradhaltigkeit des Fabrikates besteuert.

A. Einfuhrdaz

für den im Territorium erbauten Wein :

Im Falle des Ausschankes im Territorium . fl. 1. 36

Im Falle der Einfuhr in die Stadt zum Behufe
des Ausschankes „ 1. 36

Im Falle der Einfuhr in die Stadt zum Privat-
consum „ 3. 37

Vino piccolo in der Stadt zum Privatconsum „ —. 94

für den aus anderen österreichischen Provinzen anlangenden
Wein :

wenn er zum Privatverbrauche bestimmt ist fl. 5. 05

wenn er zum Ausschank bestimmt ist . . . „ 2. 62

für Vino piccolo zum Privatgebrauch . . . „ 2. 02

für ausländischen Wein :

gemeiner ausländischer Wein zum Privatver-
brauche „ 7. 15

gemeiner ausländischer Wein zum Ausschank „ 6. 40

Luxuswein zum Privatverbrauche . . . „ 10. 93

„ „ Ausschank „ 10. 18

für Bier

inländisches „ 4. 63

ausländisches „ 5. 89

für Trauben :

In Mengen über 20 Pfund, vom Pfund 3 kr., wenn sie
aber aus dem Territorium stammen, blos 2 kr.

Wenn sie zur Kelterung vorbereitet sind, zahlen 200 Pfd.
dieses Artikels den Einfuhrdaz wie 1 Eimer Wein.

B. Ausschankdaz

für Wein 27% vom Verkaufswerthe;

für gebrannte geistige Flüssigkeiten 70% vom Verkaufswerthe.

C. Controlgebühr.

Dieselbe wird ausser den oben erwähnten Fällen auch vom
Essig, dem hier erzeugten und ausgeführten Bier, dann
von den zu industriellen Zwecken verwendeten, von den
obigen Dazen freien Spriten im Betrage von 10 kr. für
jeden Eimer eingehoben.

Cap. VI.

Die städtische Schlachtviehsteuer.

Diese Abgabe kommt schon in den ältesten erhaltenen Statuten vor und wird dort *datium becchariae* genannt. Ihre Höhe wird daselbst nicht angegeben, sondern blos die Art ihrer Einhebung, welche durch zwei Einnehmer und einen Notar erfolgte. Offenbar bestand damals diese Steuer schon seit so lange, dass ihr Satz bei Erlassung der Statuten als allgemein bekannt vorausgesetzt wurde.

Die nächstfolgende Gesetzsammlung aus dem J. 1350 bestimmt, dass der Fleischdaz verpachtet werden soll. Nach ihr erhebt der Pächter von jedem Pfunde frischen Fleisches, welches in der Stadt verkauft wird, einen *parvus*, von jedem Stück Rind oder Borstenvieh 2 *frixacenses*, von jedem Stück Ziege, Schaf oder Hammel 1 *frixacensis*, von jedem Ziegenkitz oder Lamm 1 *soldo*.

Steuerfrei sind nach diesem Codex die Schlachtungen von Schweinen, Lämmern und Ziegenkitzen, welche die Bürger zum eigenen Gebrauche, ohne etwas davon zu verkaufen, vornehmen.

Nach den Statuten des J. 1365 beträgt diese Steuer von Rindern oder Borstenvieh 2 *frixacenses* — Hammeln, Ziegen, Schafen 1 *frix.* — Ziegenkitzen und Lämmern 1 *soldo* per Stück.

Wenn Private Schlachtungen ausser der Schlachtbank zum Zwecke des Verkaufes vornehmen, zahlen sie 1 *parv.* für die *Libbra* Gewicht.

Steuerfrei sind die *Masarii* (Feldwirthschaftsbesitzer) der Gemeinde, welche Schweine, Ziegenkitze und Lämmer zu eigenem Gebrauche, ohne zu verkaufen, schlachten.

Als theilweises Entgelt für die Entrichtung des Dazes muss der Pächter das ganze geschlachtete Vieh abwägen.

Nachtragsgesetze, welche dem Codex 1365 beigeheftet sind und zwischen 1366 und 1420 erlassen wurden, bestimmen, dass der Fleischdaz an einen Auswärtigen, nie aber an einen Bürger oder Einwohner von Triest verpachtet werden soll; auch darf kein Bürger Gesellschafter des Pächters sein.

Der Ersteher des Dazes erhält gegen Sicherstellung von der Gemeinde einen Vorschuss von 100 Mark auf die Dauer des Pachtjahres. Dafür muss er stets 3 Fleischbänke mit dem besten Fleisch bevorräthiget erhalten.

Die Angestellten der Gemeinde müssen täglich Nachschau halten, ob der Pächter dieser Pflicht nachkommt; thut er es nicht, so ist die Anzeige an den Procurator der Gemeinde zu richten, der bei der zweiten Anzeige den oben erwähnten Vorschuss einfordern muss.

Ausserdem wird dann Jedermann das steuerfreie Schlachten erlaubt.

Trotzdem muss der Pächter die gesammte Pachtsumme der Gemeinde zahlen. Kommt er aber seinen Verpflichtungen nach, so darf nur mit seiner Zustimmung geschlachtet werden. Der Gewinn des Pächters bestand darin, dass er die Libbra Fleisch vom Rind, Schafvieh, Ziegen und vom weiblichen Schwein um höchstens 1 soldo, aber auch um weniger, je nach Abschätzung der Obrigkeit, die Libbra Fleisch vom Schwein oder Hammel um 16 parvos per libbra, die libbra Lammfleisch um 14 parvos verkaufte.

Ohne Zustimmung des Dazpächters durfte kein Fleisch, mit Ausnahme von Lämmern, Ferkeln, Hasen und Geflügel verkauft werden.

Dass auch das Stadtgebiet dem Fleischdaz unterliege, wurde im J. 1420 wiederholt erklärt.

Der Inhalt des auf den Fleischdaz bezüglichen Capitels der verloren gegangenen Statuten vom J. 1421 wird in einer Urkunde vom J. 1515 *) angegeben.

Der Pächter dieses Dazes musste damals ausser dem Pachtschilling auch 20 Lire für Hafenzoll (muta portus) zahlen, wofür er Vieh, Fleisch und Häute zur See zollfrei ausführen durfte, dann war er auch verpflichtet Oel und Kerzen für die nächtliche Bewachung der Stadt zu liefern. **)

Später habe der Kaiser nach der erwähnten Urkunde diesen Daz aufgehoben, wodurch das Fleisch billiger wurde, aber oft auch Mangel an Fleisch eintrat, weil Niemand gezwungen war (wie es vorher der Dazpächter war) sich mit Schlachtvieh zu bevorräthigen.

*) Cod. dipl. istr.

**) Wahrscheinlich soll die Summe des Hafenzolls richtiger 200 Lire lauten; in den im Arch. dipl. triest. aufbewahrten handschriftlichen Vormerken der städtischen Procuratoren über den Ertrag der einzelnen Gemeindesteuern heisst es u. A. vom J. 1526: Der Pächter des Fleischdazes zahlt an Pachtschilling 550 Lire, muss „segondo l'usanza“ dem herzoglichen Zöllner am Hafenthor 200 Lire zahlen, gutes Fleisch in zwei wohlversehenen Fleischbänken um 14 parvi das Pfund feil halten, Kerzen und Oel nach Brauch für die Stadtwache liefern, Unschlittkerzen nicht theurer als 4 soldi per Pfund verkaufen, und schliesslich an Miethe für den städtischen Stall 24 Lire entrichten.

Im J. 1496 bewilligte Friedrich IV. zu Augsburg am Erchtag nach Pauli Bekehrung, dass jährlich für den Gebrauch von Triest 500 Ochsen, 1000 Hammeln und 300 Schweine abgabefrei geschlachtet werden dürfen.

Die vollständige Aufhebung der städtischen Schlachtviehsteuer erfolgte im J. 1519 *).

Wenn auch 1679 eine verschwindend kleine Summe (23 Lire) als *dazio dell' utilità delle beccherie* vorkommt, so ist dies sicher ein Miethzins für die städtische Fleischbank, nicht eine Schlachtsteuer.

Unter letzterem Titel erscheint überhaupt erst seit Einführung des dem Staate gebührenden Fleischkreuzers (s. Cap. 24) wieder eine städtische Einnahme. Im Arch. dipl. triest. erliegt ein Decret der k. k. General-Commercial-Intendenz vom 10. Februar 1753, worin der Stadt jener Antheil am Fleischkreuzer zugewiesen wurde, um welchen der Ertrag dieses Gefälles die schon früher für den Staat bedungene Aversualsumme von 1260 fl. überstieg.

Es scheint nach den im Cap. 24 dargestellten, auf die Einführung und Verwaltung des Fleischkreuzers Bezug habenden Patenten, dass schon vor 1753 der Stadt ein Antheil an dem Ertragnisse dieser Schlachtsteuer überlassen wurde. Obgleich noch die Stadtrechnung v. J. 1736 (s. Cap. 26) keine aus diesem Titel stammende Einnahme erwähnt, erhellt doch die Richtigkeit dieser Ansicht aus einer abschriftlich im Arch. dipl. triest. befindlichen Eingabe des Triester Stadtrathes an den Kaiser vom 9. Jänner 1735. Die Stadt beschwert sich hierin, dass der Arsenal-Inspector Kälber ohne Dazentrachtung einführe. Hätte die Stadt kein Interesse daran gehabt, so würde sie die Beschwerde unterlassen haben.

Man ersieht ferner aus dem Patente Maria Theresia's vom 7. December 1752, dass bis dahin, wo diese Uebung abgeschafft wurde, die Metzger für je zwei geschlachtete Ochsen 7 Pfund Unschlitt an die Stadt abliefern mussten. Diese Leistung scheint noch aus dem Systeme des alten städtischen Fleischdazes herzustammen.

Das Aversum jährlicher 1260 fl. wurde an die Staatscasse entrichtet, bis am 1. August 1811 die französische Regierung als theilweise Entschädigung für den von ihr incamerirten Weindaz der Stadt den ganzen Ertrag des Fleischkreuzers überliess, der noch immer nach dem alten österreichischen Tarife eingehoben wurde.

*) Beide Urkunden abschriftlich im Arch. dipl. triest.

Als Triest mit Oesterreich wieder vereinigt wurde, beliess die Organisirungs-Hofcommission der Stadt den ganzen Ertrag dieses Gefälles.

Das Erträgniss, welches die Gemeinde aus demselben zog, war nicht unbedeutend; z. B. 1826, 21800 fl.

Die Verhandlungen, welche aus Anlass der Einführung der allgemeinen Staatsverzehrungssteuer im Jahre 1829 gepflogen wurden, wollen im Cap. 5 nachgelesen werden.

Ihr Resultat war, dass die Stadt gegen Entrichtung eines General-Aversums die alten städtischen Daze, sowie die neuerlich eingeführten Accise, worunter auch die Schlachtsteuer, in eigener Regie einhob, und diese beiden Arten von Abgaben alsbald in der Art verschmolz, dass mit Ausnahme der Getränke und des Schlachtviehes alle andern Artikel steuerfrei belassen wurden.

Es erübrigt nun die seit Einführung dieses, jetzt noch in Geltung befindlichen, Systems erlassenen Tarife der städtischen Schlachtsteuer darzustellen.

Jener vom 13. October 1829 besteuert

ein Stück Rindvieh über ein Jahr mit	7 fl. — kr.
„ „ unter „ „	1 „ 20 „
„ Schaf- oder Ziegenvieh „	— „ 24 „
„ Lamm, Kitz oder Spanferkel mit	— „ 15 „
„ Borstenvieh von 9—35 Pfund mit	— „ 45 „
„ „ über 35 Pfund mit	1 „ 30 „

Das nächste Fleischdaz-Reglement vom 15. Juni 1840 setzt folgende Abgaben fest:

für jedes mehr als einjährige Rind	7 fl. — kr.
„ weniger „ „	1 „ 20 „
„ Stück Schaf- oder Ziegenvieh	— „ 24 „
„ „ Lamm oder Ziegenkitz unter 25 Pfund, dann Spanferkel unter 9 Pfund	— „ 15 „
„ „ Borstenvieh zwischen 9 u. 35 Pfd.	— „ 45 „
„ „ Borstenvieh über 35 Pfund	1 „ 30 „

Die Steuer ist zu entrichten, wenn das Thier lebend zur Schlachtung nach Triest gebracht wird, oder in geschlachtetem und unzerlegtem Zustande anlangt. Zertheilte Thiere dürfen aus veterinär-polizeilichen Rücksichten überhaupt nicht eingeführt werden.

Zug- und Ackerbauvieh, alles gesalzene oder geräucherte Fleisch, Speck und Unschlitt sind steuerfrei; ebenso die innerhalb der Gemeinde Triest zur Welt gekommenen und aufgezogenen Thiere.

Das Reglement vom 4 October 1853 enthält die gleichen Bestimmungen auch hinsichtlich des Tarifs, nur besteuert es die Kälber mit 2 fl. statt mit 1 fl. 20 kr.

Die oben erwähnten Anordnungen sind mit Ausnahme der Befreiung der im Territorium geworfenen Kälber auch gegenwärtig noch in Kraft, doch besteht jetzt der folgende, den 20%igen Kriegszuschlag in sich begreifende Tarif:

für jedes Rind bis zu 400 Wr. Pfd.	öst. W.	8 fl. 40 kr.
„ „ über 400 „	12 „	— „
„ Kalb bis zu einem Jahre	2 „	52 „
„ „ „ „ welches im Territorium geworfen wurde	1 „	50 „
„ Stück Schaf- oder Ziegenvieh	— „	50 ¹ / ₂ „
„ „ Lamm bis zu 25 Pfund und Spanferkel bis zu 9 Pfund	— „	36 „
„ „ Borstenvieh zwischen 9 u. 35 Pfd.	— „	96 „
„ „ „ über 35 Pfund	1 „	92 „
für Kühe, welche im Territorium zum Gebrauche der Bewohner desselben geschlachtet werden, von jedem Stück	4 „	20 „

Ausserdem wurde im Reglement vom 27. April 1859 eine Beschaugebühr von 1 fl. für jedes zur Schlachtung bestimmte Stück Rindvieh festgesetzt.

Cap. VH.

Die Gebühren für Abmessung und Abwägung von Waaren.

Anfänglich fand die Abwägung und Abmessung der Güter durch Bestellte der Gemeinde kostenfrei zu dem Zwecke statt, dass die Autorität dieser Beamten für die Einhaltung der dem Verkehre so unumgänglich nöthigen Richtigkeit in Mass und Gewicht bürge.

Die ältesten Statuten bestimmen, ohne Feststellung eines Waggeldes, dass derjenige, der Getreide mahlen lässt, es vorher durch die dazu bestimmten Gemeindebeamten abwägen lassen müsse.

In einer Randanmerkung aus dem Jahre 1330 zu dieser Rubrik

ist ausdrücklich festgesetzt, dass für die Abwägung keine Gebühr zu entrichten ist. Doch hat der Beamte die abgewogenen Mengen zu notiren, „ut sciatur, si dictum bladum ad Civitatem Tergesti reducatur“, wohl zu dem Zwecke, dass die Gemeindeverwaltung einen Ueberblick über die Menge der in der Stadt vorrätigen Körnerfrüchte erlange.

Im J. 1340 entdeckte man, dass diese Amtshandlung zur Quelle eines neuen Zweiges der Gemeindecinkünfte dienen könne, und setzte eine Abgabe, *dacium staratici* *) genannt, fest, welche für die Abwägung von Getreide, Mehl, Hülsenfrüchten, Nüssen und Kastanien zu entrichten war, per Star 2 parvi, für geringere Menge 1 parvus betrug und durch drei Bestellte in eigener Regie der Gemeinde eingehoben wurde.

Im J. 1350 wurde der *dacium staratici* auf das Doppelte des obigen Satzes erhöht.

Bald fühlte sich der Handel durch diese Vorschriften beengt und schon 1357 ward angeordnet, dass Jedermann ohne Mitwirken des Pächters des Waggeldes und ohne Entrichtung einer Abgabe Waaren unter 25 Libbrae Gewicht wägen dürfe. Ebenso können Tuche, dann die Stoffe, welche *pignolatum*, dann *cortelatum* heissen, in Mengen unter 25 Ellen steuerfrei abgemessen werden.

Aus diesem Nachtragsgesetze geht hervor, dass dieser Daz damals verpachtet wurde, und ferner, dass auch für die Messung von Stoffen in grösseren Stücken ein Einschreiten des Steuerpächters und eine Abgabe festgesetzt war. Doch kann nicht mehr nachgewiesen werden, wann diese letztere Leistung, die auch später nicht mehr vorkommt, zum erstenmale erscheint.

Schon 1350 lässt sich eine Verquickung des zu Gunsten der Gemeinde eingehobenen Zolles, oder richtiger, jener Abgabe, welche bei der Ein- oder Ausfuhr, dann beim Verkaufe in der Stadt zu entrichten war, und des Waggeldes erkennen.

So wird durch die Statuten jenes Jahres eine Abgabe von Hirse und andern Getreidearten, welche in der Stadt verkauft, oder aus derselben ausgeführt werden (mit 1 soldo vom Star) eingeführt, *dacium pesatorum* genannt, und angeordnet, dass der Pächter bei Entrichtung dieses Zolles die Waare auch abwägen muss.

Letztere Bestimmung beweist deutlich, dass wenigstens ein Theil

*) Im J. 1233 erscheint der Ausdruck „*Staraticum*“ für einen Ausfuhrzoll gebraucht, wie aus dem im folgenden Capitel erwähnten Vertrage zwischen den Triestern und Venedigern zu entnehmen ist.

dieser Abgabe dafür entrichtet wurde, dass der Private durch die ämtliche Bestätigung des Gemeindebestellten einen Ausweis über das richtige Gewicht seiner Waare erhielt; zum Zwecke des finanziellen Erfolges wäre diese Schlussbestimmung überflüssig, und es hätte wie in anderen Fällen, dem Pächter überlassen bleiben können, mit der Partei, ohne wirkliche Abwägung, ein Uebereinkommen hinsichtlich der zu entrichtenden Summe zu treffen.

Es genüge, dass hier auf die Verschmelzung des Waggeldes mit dem Gemeindezolle hingewiesen wird: die Entwicklung dieses letzteren wird im Cap. 8 dargestellt.

1365 beträgt der *dacium staratici* 4 parvos für jeden abgemessenen Star; eine Randanmerkung hiezu aus dem J. 1395 ordnet an: 3 parvi für jede quarta.

Auch 1365 erscheint ein „*dacium peçatorum*“ auf Getreide, welches in Triest gekauft, oder aus der Stadt versendet wird; die Abgabe beträgt 6 parvi für jeden Star und es wird ausdrücklich beigelegt, dass der Pächter 4 parvi für das Abwägen, 2 für das Abmessen erhalten solle. Es musste also beides geschehen.

Im J. 1420 wird angeordnet, dass kein Pächter dieser Abgabe einen Antheil an der Pachtung der Backöfen und umgekehrt, haben dürfe.

In den Statuten Kaiser Ferdinand I. v. J. 1550 sind drei Gattungen der in der Ueberschrift dieses Capitels erwähnten Abgabe deutlich getrennt:

- das Waggeld vom Getreide (*datium ponderis et misuræ frumenti*);
- das Waggeld für andere Kaufmannsgüter (*datium justitiæ*);
- die Gebühr für Abmessung von Wein und Oel.

In Mengen, deren Werth 2 soldi überstieg, durfte das Getreide nur im fontico (Verkaufshalle) der Gemeinde veräussert werden.

Die Abgabe betrug für jeden Sack Getreide, welcher eine quarta überstieg, 3 soldi, wovon 2 der Käufer, 1 der Verkäufer erlegen musste; für geringere Mengen die Hälfte dieses Satzes. Derselbe wurde später als zu hoch erkannt und mit Erlass des Erzherzogs Carl vom 13. Mai 1567*) auf 2 seitens des Käufers und 1 vom Verkäufer zu zahlenden soldi für jeden Star des nach Triest zum Verkaufe gebrachten Getreides herabgesetzt, „ut ingordigiae Datiariorum occurratur.“

Der Ertrag dieser Gemeindeabgabe wurde jährlich verpachtet und es durfte der Ersteher während dieses Jahres keinerlei Handelschaft treiben.

*) Arch. dipl. triest.

Das Waggeld zweiter Art betrug für je 100 Pfund Waare einen soldo, der zur Hälfte vom Käufer, zur andern vom Verkäufer eingehoben wurde.

Der Pächter dieses Gefälles war allein berechtigt, zu verkauften Waaren abzuwägen; wenn Unberechtigte dies thaten, verfielen sie in eine Strafe von 10 Lire und entrichteten das Waggeld doppelt.

Letzteres wurde von allen Waaren eingehoben, welche in der Stadt und im Umkreis einer Miglie gewogen wurden. Befreit waren Mengen unter 100 Pfund; Gegenstände, deren Erwerb auf einem lucrativen Titel beruhte; Waaren, deren Besitz nicht in Triest selbst übertragen wurde; Producte der Stadt oder des Territoriums; Fleisch, welches von städtischen Fleischhauern ausgeschrotet wurde; frische Fische; endlich jene Waaren, die in der Regel nicht nach dem Gewichte verkauft wurden.

Der Pächter des Waggeldes zweiter Art übte auch gegen festgesetzte Entlohnung das Amt des städtischen Zimentirers aus.

Die Gebühr für Abmessung von Waaren und Oel bildete ein Seitenstück zu dem Waggelde, dem feste Gegenstände unterliegen und betrug 1550 für jede orna Wein, Essig oder Zonta (ein durch Aufguss von Wasser auf die gepressten Treber gewonnenes Getränk) 6 piccoli, für jede orna Oel 2 soldi, seit dem Ende des 17. Jahrhunderts aber 3 kr. vom Eimer der abgemessenen Flüssigkeit.

Ausserdem bezog der Pächter dieses Gefälles noch bestimmte Gebühren für den Transport der Geschirre und für das Einfüllen und Aufladen der Flüssigkeiten, wenn sich die Partei seiner hiezu bediente, wozu sie übrigens nicht verpflichtet war.

Diese Abgabe musste von allen oben erwähnten Flüssigkeiten entrichtet werden, deren Besitz in der Stadt oder im Hafen durch onerosen Titel übertragen wurde.

Eine 1350 eingeführte Gebühr für die Abmessung des im Grossen verkauften Oeles oder Honiges, welche 4 parvi für jeden meduus, 2 parvi für einen halben meduus betrug, wird später nicht mehr erwähnt.

Im Patente vom 11. November 1730 befahl Kaiser Karl VI., dass alle zu Lande nach Triest gebrachten Waaren auf der noch heute bestehenden öffentlichen Wage abgewogen werden sollen, gegen Entrichtung einer mässigen Gebühr, die offenbar mehr den Charakter einer Vergütung für die Leistung des Wagmeisters als jenen einer Steuer hatte, auch im Patente „mercede“ genannt wird.

Für andere Waaren war die Abwägung bei der öffentlichen Wage facultativ.

Kaiserin Maria Theresia bestätigte diese Verfügungen, ordnete im J. 1769 die Errichtung einer zweiten öffentlichen Wage an und setzte das Waggeld mit 2 kr. vom Centner fest; durch diese Einrichtungen verschwand die städtische Wage und das der Stadt aus dem datium justitiae zugeflossene Einkommen.

Mit kais. Entschliessung vom 28. Mai 1779 wurde das Waggeld vom Getreide als Gemeindesteuer ganz aufgehoben, um den Handel eine freiere Bewegung zu gestatten; und damit die Stadt für den Verlust dieser Einnahme entschädigt werde, bewilligte ihr die Kaiserin die Einhebung eines neuen Dazes auf den Ausschank von Bier und geistigen Getränken. *)

Am längsten erhielt sich die Gebühr für die Abmessung von Flüssigkeiten, welche zugleich vor dem J. 1769 die einzige Abgabe von der Einfuhr auswärtiger Spirituosen war.

Noch das Dazreglement von J. 1853 führt den Dazio di misura als selbstständigen Daz an; erst der neueste Tarif der städtischen Verzehrungssteuer vom 12. Dec. 1869 nennt diese kleine Abgabe, und zwar mit Recht. eine Controllsgebühr. In dieser Form besteht sie heute noch.

Cap. VIII.

Gemeindezölle.

Die Abgaben, welche der Gemeinde für solche Waaren zufließen, welche ein- oder ausgeführt, oder in der Stadt verkauft wurden, haben einen verschiedenen Charakter und werden auch mit verschiedenen Namen bezeichnet.

Seit sehr alten Zeiten hat die Gemeinde an den Stadtthoren von jenen Waaren, welche durch Fremde ein- oder ausgeführt

*) Das Patent in der Raccolta delle leggi speciali per Trieste, Art. „Annona“, S. 15.

wurden, einen Zoll erhoben. Die älteste Erwähnung eines solchen geschieht in einer Urkunde vom J. 1233,*) worin diejenigen Handelsvorrechte festgesetzt wurden, welche den Venedigern in Triest zustehen sollten; es wird darin angeordnet, dass die letzteren für jeden modius Getreide duos venetos parvos pro staratico zahlen sollen.

Unter Staraticum ist hier ganz offenbar ein reiner Ausfuhrzoll verstanden, wenn auch dieser Ausdruck später zur Bezeichnung des Waggeldes gebraucht wird.

In der erwähnten Urkunde findet sich ferner der alleinstehende nicht ganz klare Satz: Debet habere comunitas Tergesti duos Frisacenses pro urnis ad rationem pro centenario, also wahrscheinlich 2 frix. für jeden ausgeführten Eimer Flüssigkeit oder Centner Waare. In dem S. 10 dargestellten Vertrage vom 21. Februar 1236 überliess die Gemeinde dem Bischof Johannes als Ersatz für abgetretene Hoheitsrechte den Ein- und Ausfuhrzoll, welche an der janua Riburgi eingehoben wurden, und die Bischöfe besaßen auch diesen Zoll fortan bis zu seiner im Jahre 1523 erfolgten Einziehung durch den Landesfürsten.

In der erwähnten Urkunde vom J. 1236 ist festgesetzt, dass der Bischof den Zoll „secundum modum et formam consuetos per Commune hucusque“ einheben soll; die Abgabe bestand also jedenfalls schon so lange, dass sich bezüglich ihrer Höhe und Entrichtungsart ein Gewohnheitsrecht ausgebildet hatte.

Bei anderen Stadtthoren dürfte jedoch der Zoll auch fernerhin zu Gunsten der Gemeinde eingehoben worden sein; die angeblich aus dem J. 1150 herrührenden, aber erst 1318 zusammengestellten Statuten nennen in der Eidesformel des General-Procurators der Commune auch Collectores mutuae (gleichbedeutend mit muta), ohne jedoch den Satz dieser Abgabe zu erwähnen.

Ein diesem Codex beigelegtes Gesetz aus dem J. 1332 bestimmt:

„Statutum est de novo,“ dass wer zur See folgende Waaren ausführen will: Honig, Wachs, Oel, Käse, Eisen, drapos grisseos, suchignam, matarellum, luçardum, Leinenstoffe, Felle, Getreide, Holz und Lebensmittel, so wie alle andern, wie immer benannten Waaren mit Ausnahme von Wein, der Gemeinde Triest „quarantessimum,“ also $\frac{1}{40}$ des Werthes dieser Waaren geben muss. Die Ausfuhr von Victualien ist nebstbei noch an die Bewilligung aller 3 Richter gebunden.

**) Cod. dipl. istr.

Die Statuten des J. 1350 legen auf den in der Stadt erfolgenden Verkauf von getrocknetem und gesalzenem Fleisch, Käse, Oel, Honig und Wachs eine Steuer von 1 parvus per Pfund (Libbra). Der Handel im Grossen mit Mengen, deren Gewicht 25 Libbrae überstieg, war steuerfrei. Ferner war angeordnet, dass wer über 5 Pfund Wachs aus der Stadt trägt, für jedes Pfund 2 parvi zahlen muss.

Die Ausfuhr von 10 Libbre übersteigenden Mengen von Oel, gesalzenem oder getrocknetem Fleisch war mit 1 parvus per Libbra besteuert.

Die Ein- und Ausfuhr von Käse, dann die Einfuhr von Rauch- oder Salzfleisch (1358 auch von Oel) ist steuerfrei.

Von dieser Abgabe ist das im Stadtgebiete gewachsene Oel befreit.

Unter dem Namen „datum pesatorum“ bestand 1350 eine Abgabe auf den Verkauf oder die Ausfuhr von Getreide in der Höhe von 1 soldo per Star.

Die Einfuhr von Körnerfrüchten nach Triest wurde durch eine vom J. 1350 datirte Nachtragsverordnung ausdrücklich für steuerfrei erklärt.

Im J. 1358 wird angeordnet, dass slavische, deutsche und ungarische Kaufleute, welche Oel aus Triest wegführen, keinen Ausfuhrzoll entrichten sollen, dann dass beim Verkauf von Oel und Honig im Grossen 4 parvi vom medius an Steuer gezahlt werden müssen; dass der Verkauf in Triest oder die Ausfuhr von Häuten, Leder und Unschlitt mit 2 soldi parv. von jeder libbra parv. des Werthes der Waare, von Eisen aber mit 2 soldi für je 100 Pfund Gewicht besteuert wird; endlich wird im gleichen Jahre angeordnet, dass wer in Triest getrocknetes oder gesalzenes Fleisch, Käse, Oel, Honig oder Wachs verkauft, sei es im Grossen oder Kleinen, an Daz für je 100 Libbre Gewicht 4 soldi parv. zahlen soll. Die acht Jahre früher verfügte, den Handelsinteressen förderliche Befreiung des Verkehres im Grossen mit den genannten Gegenständen wurde also, wahrscheinlich wegen Geldnoth der Gemeinde, wieder aufgehoben.

Die Statuten des J. 1365 nennen diese Abgabe *dacium ternariae*.

Sie trifft getrocknetes und gesalzenes Fleisch, Oel, Wachs, Honig, Käse; wer solche Waaren im Grossen oder Kleinen verkauft, oder aus der Stadt sendet, zahlt 1 parvus für jede libbra Gewicht, wenn er ein Verkaufslocale hat. Der Private zahlt die Abgabe blos für Mengen unter 25 Pfund.

Der durch Private bewirkte Verkauf von grösseren Quantitäten ist steuerfrei.

Das im Stadtgebiete gewachsene oder gepresste Oel ist von dieser Steuer frei, unterliegt aber für die Abmessung der Gebühr von 4 parvos vom medius, welche auch für alles im Grossen verkaufte Oel und Honig fürs Abmessen zu zahlen ist.

Die Bestimmungen über die Ausfuhr von Wachs sind mit den in den Statuten v. J. 1365 Enthaltenen übereinstimmend; ferner wird festgesetzt, dass die Einwohner von Laibach Oel steuerfrei ausführen dürfen.

Die Abgaben für Verkauf und Ausfuhr von Getreide werden in den Statuten des J. 1365 *datium peçatorum* genannt und sind im Cap. 7 dargestellt.

Der Verkauf und die Ausfuhr von Fellen, Leder, Unschlitt und Eisen war 1365 ebenso besteuert, wie es die Verordnung vom Jahre 1358 angeordnet hatte.

Ein Nachtragsgesetz v. J. 1419 verfügt, dass der *datium ternariae* sofort zu verpachten sei, und dass derjenige, welcher die im bezüglichen Tarife aufgeführten Waaren durch das Hafenthor, also zur See ausführt, diese Abgabe an den herzoglichen Einnehmer und nicht an den städtischen Dazpächter entrichten soll.

Für die Einfuhr zur See gebührt aber der *datium ternariae* dem städtischen Dazpächter und es ist die Einlagerung der Waaren in der Stadt, ehe der Zoll entrichtet oder ein Uebereinkommen mit dem Pächter getroffen wurde, bei Verlust derselben verboten.

Im J. 1523 wurde der *datium ternariae* mit einem im Cap. 20 dargestellten Rescripte des Erzherzogs, späteren Kaisers Ferdinand I. aufgehoben.

Da der Staat gleichzeitig auch den dem Bischofe gehörigen Zoll gegen Entschädigung an sich zog, gab es fortan in Triest nur mehr einen Zoll, den dem Staate zustehenden.

Kaiser Carl VI. gestattete mit Patent*) vom 15. Juli 1733 der Stadt zur Deckung eines in ihren Einkünften entstandenen Ausfalls und zur besseren Erhaltung der Strassen und Ufermauern, das transitirende Oel mit einem Gemeindezoll von $\frac{1}{2}\%$ des Werthes zu belegen. Doch schon Maria Theresia liess am 29. Nov. 1749 diese Abgabe, deren Ertrag damals auf 1600 fl. geschätzt wurde, dem Staate als theilweises Entgelt für Ueberlassung der Jurisdiction über die Neustadt abtreten, und es kamen seit jener Zeit keine Gemeindezölle mehr vor.

*) Arch. dipl. triest.

Cap. IX.

Die beiden städtischen Abgaben vom Salze.

Die erstere derselben traf die Gewinnung des Salzes aus den innerhalb des Stadtgebietes gelegenen Salzgärten, betrug unabänderlich den sechsten Theil der Salzernte und hiess darum auch stets *datium sexterii*.

Ausdrücklich wird diese Abgabe in den ältesten erhaltenen Statuten nicht erwähnt; doch mag sie zur Zeit der Verfassung derselben und auch früher schon bestanden haben, da diesen Statuten gar manche höchst wichtige Anordnung über die damals sicher bestandenen Steuern fehlt, so z. B. die Angabe der Höhe des Dazes von Wein und Fleisch. Ferner wird diese Vermuthung durch das hohe Alter der Salzsteuer*) überhaupt, sowie durch den Umstand begründet, dass in einer der erwähnten Gesetzsammlung beigefügten Nachtragsanmerkung vom J. 1333 angeordnet wird, dass der Daz vom Salz nicht mehr verpachtet, sondern in eigener Regie eingehoben werden soll.

*) Livius II. 9 erzählt zum J. 245 u. c. (507 v. Chr.): „*Salis quoque vendendi arbitrium, quia impenso pretio venibat, in publicum omni sumptu ademptum privatis.*“ Ausdrücklich erwähnt dieser Schriftsteller XXIX, 37, dass die Censoren des J. 548 u. c. (204 v. Chr.) eine neue Steuer auf das Salz legten: „*Vectigal etiam novum ex salaria annona statuerunt. sextante sal et Romae et per totam Italiam erat. Romae pretio eodem, pluris in foris et conciliabulis et alio alibi pretio praebendum locaverunt. id vectigal comentum alterum ex censoribus satis credebant, populo iratum, quod iniquo iudicio quondam damnatus esset, et in pretio salis maxime oneratas tribus, quarum opera damnatus esse credebant. inde Salinator Livio inditum cognomen.*“ Die Censoren werden also von da an die Gewinnung und den Verkauf des Salzes an publicani verpachtet haben, und zwar so, dass sie durch die *lex censoria* bei Abschluss des Pachtcontractes festsetzten, wie theuer in den einzelnen Gegenden das Salz verkauft werden durfte.

Diese Form des Monopols ist sehr lange beibehalten worden. Denn unter den Bedingungen, welche Aemilius Paulus bei der Einverleibung Macedoniens als römische Provinz im J. 585 u. c. (167 v. Chr.) im Auftrage des Senates den zu Amphipolis versammelten Repräsentanten der Städte mittheilte, heisst es (Liv. XLV, 29): *et sale invecto uti vetuit.*

Auch der Codex Theodos. (XI, 20, 3) erwähnt *mancipes salinarum*, Salinenpächter.

Im Maximaltarife des Kaisers Diocletian wird der Preis eines *modius* Salz mit 100 Kupferdenaren festgesetzt

Er bestand also sicher im Jahre 1333. Die Nachtragsverordnungen zu dem Codex 1318, welche bis zum Jahre 1350 reichen, sind so zahlreich und ausführlich, dass zu vermuthen ist, dass von keinem in dieser Periode gefassten wichtigeren Beschlusse, wie es die Einführung der so eingreifenden Salzsteuer wäre, die Eintragung unterlassen wurde.

Im Jahre 1340 wurde ferner verordnet, dass auch derjenige den (hier zum erstenmal so benannten) *Sexterium salis* zahlen soll, welcher der Gemeinde gehörige Salzgärten zur Bearbeitung in Pacht hat.

Betrachtet man nebst dem eben Gesagten die Jahrhunderte lang dauernde Unabänderlichkeit des Satzes dieser Steuer, sowie den Umstand, dass in den Statuten v. J. 1318 eben blos jene Gesetze aufgenommen wurden, hinsichtlich deren eine Aenderung oder Erneuerung für nothwendig erachtet wurde, während neben diesen Statuten ein, sehr oft in ihnen erwähntes, Gewohnheitsrecht galt, so befestigt sich die Ueberzeugung, dass diese Abgabe von der Salzgewinnung älter als die älteste uns erhaltene Sammlung der Triester Gesetze ist.

Der Codex v. J. 1350 ordnet an, dass der sechste Theil alles Salzes, welches in den städtischen Salzgärten in Zaulis und Garizulis gewonnen wird, als Steuer abzuliefern sei; bevor dies nicht geschehen war, durfte kein Salz aus der Saline enttragen werden. Es wird ferner festgesetzt, dass alles in der Sommerzeit erzeugte Salz bis zum St. Just-Tage (dem 2. November) in die Stadt gebracht werden müsse. Wenn die Eigenthümer es ausser der Stadt einlagern wollten, so mussten sie dies innerhalb eines genau bestimmten Bezirkes thun, und eine Nebengebühr von 6 soldi vom Modius zahlen.

Gleiche Bestimmungen über die genannte Abgabe enthalten die Gesetzsammlungen aus den J. 1365 und 1550.

Die zweite Steuer erscheint zum erstenmale in den Statuten des J. 1350 und betrug 4 soldi von jedem modius einheimischen Salzes, welches in der Stadt und Territorium verkauft, oder fremden

In späterer Zeit musste alle gewonnene Salz an die Pächter dieses Monopols abgeliefert werden, wie sich aus dem Gesetze des Arcadius und Honorius (Codex IV, 61, 11) ergibt: „si quis sine persona mancipis i. e. salinarum conductoris sales emerit vendereve tentaverit, sales ipsi una cum eorum pretio mancipibus addicantur.“

Die Continuität dieser alten Salzsteuer bis zum 13. Jahrhundert lässt sich allerdings nicht nachweisen; doch dient das eben Gesagte als Begründung der Vermuthung über das hohe Alter auch der Gemeindesteuer auf Salz.

Salzes, das in dieses Gebiet eingebracht wurde, und weder aus dem bischöflichen Zehente herstammte, noch durch auswärtige Händler (1350 und 1365) zur Ausfuhr zu Land angekauft wurde.

Damals war das Salz im Verkaufe für den Star ($\frac{1}{4}$ Modius) mit 1 soldo besteuert, 1550 aber konnte jeder Bürger oder Einwohner der Stadt für seinen Gebrauch bis zu 4 Star Salz steuerfrei einkaufen; diese Abgabe erscheint überhaupt stets unter dem Namen: *datium quatuor solidorum ex quoquo modio*.

Es darf nicht unterlassen werden, hier auch jene Massregeln zu erwähnen, durch welche die Gemeinde die Salzgewinnung zu schützen und zu fördern beabsichtigte.

Die ältesten Statuten setzen Geldstrafen für denjenigen fest, der sich erkühnen sollte, von den im Triester Stadtbezirke gelegenen Salzgärten einen Zehent abzuverlangen. Diese Verfügung war gegen den Bischof gerichtet, mit welchem die Gemeinde damals gerade auf gespanntem Fusse lebte.

Erst vier Jahre vor Abfassung der ältesten Statuten war der Aufstand der Ramphi niedergeschlagen worden, welcher bezweckt hatte, die von den Bischöfen der Gemeinde um Geld wiederholt abgetretenen Hoheitsrechte mit Gewalt wieder in die Hände der ersteren zurückzuführen. Dadurch lässt sich die feindliche Stimmung erklären, welche dieses Gesetz beseelt.

Später aber zogen die Bischöfe den Salzzehent doch an sich; in einer Urkunde vom J. 1459 *) wird dessen Erwähnung gethan, und von da an bis zur Auflassung der Triester Salzgärten bezog der Bischof den Salzzehent, welcher auch im Statute vom J. 1550 als von den beiden städtischen Salzabgaben befreit erklärt wurde.

Schon 1329 ward zur Ermunterung der Errichtung neuer Salzgärten von der Gemeinde eine Prämie von 10 soldi grossorum für jeden „laborante“ **) der neuen Saline verheissen. Nachträglich wurde hiezu 1340 verordnet, dass der Besitzer des neuen Salzgartens Bürgschaft leisten müsse, dass er ihn auch in Zukunft in Bearbeitung erhalte; wird für die neue Saline die Zahlung des *Dacium sexterii* unterlassen, so geht der Eigenthümer derselben der Prämie von 10 soldi gross. verlustig.

In den Statuten des J. 1350 und 1365 wird die gleiche Belohnung für Errichtung neuer Salinen festgesetzt.

*) Cod. dipl. istr.

**) Ein Flächenmass, welches einen Ertrag von 20 Star Salz lieferte, wie aus Civilprocessen des 14. Jahrhunderts erhellt.

Zuerst kommt 1365 die Bestimmung vor, dass derjenige, welcher neue Salzgärten errichtet, durch die ersten zwei Jahre vom *Datium sexterii* frei sein soll. Im J. 1550 wird diese Begünstigung auch denjenigen ertheilt, die solche Salinen wieder in Betrieb setzen, welche durch länger als 10 Jahre unbenützt geblieben waren.

Der Codex vom J. 1550 befreit die Salinenarbeiter während der Salzgewinnung vom städtischen Wachdienste.

Die der Gemeinde gehörigen Salzgärten wurden gegen Ablieferung der Hälfte des Ertrages verpachtet, und es musste der Pächter ausserdem von seinem Antheile den *datium sexterii* entrichten.

Im Jahre 1350 war es Gesetz, dass das im Stadtbezirke gewonnene Salz in Triest verkauft werden musste.

Die Salinen selbst durften nach diesen, dann den Statuten vom J. 1365 an keinen Fremden verkauft werden, bei Ungiltigkeit des Geschäftes und Strafe des doppelten Kaufpreises. Im J. 1550 erscheint diese Einschränkung nicht mehr.

Triester Bürger, die Salzgärten im Gebiete von Muggia (welches Triest nicht unterworfen war) besaßen, durften bei Strafe ihr Salz nicht dorthin, sondern mussten es nach Triest bringen, an welches auch der *datium sexterii* zu zahlen war.

Im J. 1358 wurde bei hoher Geldstrafe und Verlust des Schiffes und der Ladung verboten Salz zur See auszuführen.

Der Doge Nicolò Marcello beanspruchte 1474 *) das Recht, den Sestiere aus den städtischen im Thale von Mocho (Moccò) gelegenen Salzbeeten zu erheben. Ob diesem Verlangen Folge geleistet wurde, erhellt nicht.

Ferdinand III. befreite mit Erlass vom 28. Mai 1624 **) einen neu errichteten Salzgarten von *dazio del sestiere*.

Eine Verfügung, welche auf den Ertrag der Sestier-Abgabe von grossem Einflusse war, wurde am 28. Juli 1635 **) von der innerösterreichischen Hofkammer erlassen. Indem gestattet wurde, dass diese Steuer verpachtet und nicht wie bisher „im Raittungsstandt“ geführt werde, ward der Stadt die Verpflichtung auferlegt, aus dem Ertrage dieses Gefälles jährlich 1000 fl. zum Ausbau der Triester Befestigungen zu verwenden.

Im Laufe des nächsten Jahrhunderts wurde die aus dem Sestiere fliessende Einnahme öfters von den kaiserlichen Behörden mit

*) Cod. dipl. istr.

**) Arch. dipl. triest.

Beschlag belegt, wahrscheinlich weil die Stadt den oben erwähnten Beitrag zum Festungsbau nicht leistete.

In der im Cap. 26 abgedruckten Stadtrechnung aus dem Jahre 1679 fehlt in der That der Ertrag dieses Gefälles, welches laut der im Arch. dipl. triest. erliegenden Original-Quittung des kais. Oberamtes vom J. 1674 bis 1681 sequestrirt war.

Als die Einhebung des mit Beschlag belegten Gefälles nicht gut von Statten ging, sequestrirte der Staat das Erträgniss der der Stadt gehörigen Salzbeete. *)

Gleiche Beschlagnahmen erfolgten 1701, weil die Stadt damals ihrer Verpflichtung zum Bau neuer Salzmagazine nicht nachgekommen war, und 1735.

Ein Decret der Hofkammer vom 1. August 1675 **) befahl den Triestern, dass sie die dahin kommenden fremden Salzverkäufer ihren Handel ungestört ausüben lassen sollen. Weitere Verordnungen über die Triester Salzgärten und den Verkehr mit diesem Artikel sind im Cap. 21 bei Besprechung der Staatsabgabe vom Salz erwähnt.

Hier sei nur noch bemerkt, dass die Stadt im J. 1699 den Ertrag des Sestiere um 6950 Lire auf 3 Jahre verpachtete, ein Curiosum in der Geschichte der Triester Daze, welche sonst ausnahmslos nur auf ein Jahr verpachtet wurden.

Im 18. Jahrhundert entrichtete auch die kais. Verwaltung für das von ihr importirte fremde Salz den dazio del moggio an die Stadtcasse, welche die beiden städtischen Salzsteuern bis zur Zeit der französischen Herrschaft, unter der beide Abgaben abgeschafft wurden, fortbezog.

*) Archeografo triestino, Bd. II., S. 314.

**) Arch. dipl. triest.

Cap. X.

Die Abgabe vom Brotbacken.

Das Recht des Brodbackens war ein Gefäll, dessen Ertrag verpachtet und welches *datium furni* genannt wurde. Bei Strafe von 25 Lire durfte nur in den städtischen Backöfen und nirgends anderswo Brod gebacken werden.

Nach den Statuten vom Jahre 1350, welche dieses Zweiges der städtischen Einnahmen zuerst Erwähnung thun, erhob der Pächter von den Backenden seine Gebühren (*fornaticas*), welche nicht nach einem bestimmten Satze, sondern mit der Bezeichnung „wie sie üblich sind“ angeführt werden. Als Gegenleistung musste der Pächter die Auslagen der Brodbereitung und die Erhaltung der Backöfen besorgen.

Die Statuten vom J. 1365 nennen das bezügliche Capitel „*de locatione furnorum comunis*.“

Der Pächter bekam „*fornaticas secundum usum tergestinum*“; nachträglich wurde verordnet, dass er an der Pachtung des *Datium staratici* (s. Cap. 7) nicht theilnehmen dürfe.

Ein weiteres Gesetz, welches dem Codex 1365 beigeheftet ist, bestimmt die Abgabe für das Brodbacken mit $1\frac{1}{2}$ grossus für jede quarta Brod. Der Private, welcher Brod backen will, kann das Mehl an einem beliebigen Orte kaufen (während er es früher an der Einhebungsstätte des *dacium staratici* kaufen musste), muss aber dann dem Pächter des städtischen Backofens 4 soldi für jede quarta Mehl entrichten.

Im J. 1420 wurde verordnet (*Additum est, et provisum, quod*), dass überall Brod gebacken werden dürfe.

Der Daz braucht nur dann entrichtet zu werden, wenn im städtischen Backhause gebacken wird, und es ist somit die Steuer als solche aufgehoben.

Doch erwähnt Scussa, dass man im J. 1423 beschlossen habe, den abgeschafften Daz aufs Brodbacken, welcher in früheren Jahren 1900 lire di piccoli ertragen habe, wieder einzuführen; es scheint jedoch, dass dieser Beschluss nicht in Ausführung gebracht worden sei.

Cap. XI.

Der Fischdaz.

Zuerst in den Statuten v. J. 1350 erwähnt, betrug diese Abgabe 2 parvos von jedem aus dem Fischverkaufe gelösten soldo, wurde jedoch noch im gleichen Jahre auf 1 parvus vom soldo herabgesetzt.

Im letzteren Betrage wurde sie auch von den Statuten des J. 1365 angeordnet, und auf gesalzene und getrocknete Fische ausgedehnt. Auch musste jeder Bürger oder Einwohner von Triest, welcher Fische ausser dem Stadtgebiete verkaufte, diese Steuer entrichten; eine Bestimmung, welche wegen ihrer Uncontrollirbarkeit oft umgangen worden sein dürfte.

Der Codex vom J. 1550 enthält die nämlichen Anordnungen wie jener des J. 1365, und setzt den Daz in der Höhe des 12. Theiles des aus dem Fischverkaufe erzielten Erlöses fest; die Fische durften nur am Triester Fischplatz verkauft werden.

Im J. 1749 überliess die Stadt diese Steuer dem Staate als theilweises Entgelt dafür, dass Kaiserin Maria Theresia der Triester Gemeinde die Jurisdiction über die Triester Neustadt abgetreten hatte.

Die Kaiserin ordnete im Patente vom 29. November 1749 an, dass der damals auf 603 fl. 30 kr. veranschlagte Ertrag dieses Gefälles dazu verwendet werden soll, um die Alt- und Neustadt mit frischem Trinkwasser zu versehen.

1758 wurde ein Reglement über den Fischdaz als Staatssteuer erlassen; 1777 wurde derselbe ganz aufgehoben.

Cap. XII.

Die Abgabe für Holz, Heu und Stroh.

Sie entstand im J. 1350, und wurde mit 7 parvi pro quolibet (es fehlt die Angabe des Maasses, wahrscheinlich hat der Schreiber das Wort „curu“ ausgelassen) festgesetzt.

Die Statuten des J. 1365 enthalten über diese Steuer folgende ausführliche Bestimmungen:

Wer zu Lande oder zur See Brennholz, Heu oder Stroh einführt, zahlt als *dacium lignaminis, feni et palee* 6 parvi für jedes *plaustrum* (Wagenladung), 3 parvi für die Ladung eines Pferdes oder Esels, 7 parvi für jeden *curus* (grösserer Karren).

Wer Werk- oder Bauholz, oder leere Fässer aus Triest ausführt, zahlt davon 2 soldi für jede Libbra des Werthes; für Fässer ist diese Abgabe dann nicht zu entrichten, wenn sie Oel, Wein oder Fische enthalten.

Vom 1. Juli bis 15. September war die Ausfuhr von Werkholz ganz verboten, offenbar damit Gefässe für den neuen Wein nicht mangeln.

Es geht aus einer im Cap. 4 wiedergegebenen Urkunde hervor, dass der Ertrag dieser Steuer ursprünglich zur Erhaltung der Brücken und Wege bestimmt war.

Ein Beschluss aus der Periode zwischen 1366 und 1400 setzt diese Abgabe auf 1 soldo parv. für jede Wagenladung (*currus*) fest, ordnet an, dass der Fuhrmann sie entrichte, und befreit von ihr jene Sendungen, welche zur See ausgeführt werden sollen.

Nachträglich ward noch Folgendes angeordnet:

1401: Brennholz, ob zu Land oder zu Wasser eingeführt, zahlt p. *currus* 1 soldo; zu Wasser eingeführtes Heu und anderes Holz ist zollfrei.

1416: Wer Holz wiederverkauft zum Zwecke des Wegtransports aus Triest, zahlt dem Dazpächter 2 soldi für jede erlöste Libbra, „*ultra datium mutae portae quod est domini*“, also ausser dem herzoglichen Zolle.

1417: Wer Kohlen zum Verkauf nach Triest führt, zahlt 1 soldo vom *currus*. Früher, noch 1401, waren Kohlen frei, daher ist

diess ein neuer Daz. Das Statut sagt hierüber: Additum est, quod

.

Der Datium lignaminis, foeni et paleae wurde 1459 dem Bischof und Capitel von Triest als Entgelt für den von diesen aufgehobenen Kirchenzehnten abgetreten.

Der Ertrag dieses Zolles wurde damals auf 300 Libbrae angegeben (s. Cap. 4).

In den Statuten des J. 1550 erscheint eine neue Abgabe auf Bau- und Werkholz (datium lignorum laboratorum), welche jedoch schon in der verloren gegangenen Gesetzsammlung des J. 1421 oder in den nächsten drei Jahrzehnten angeordnet worden sein muss, da (s. Cap. 26) im J. 1454 der Ertrag des datium lignorum laboratorum in der Stadtrechnung erscheint; hiernach zahlte jeder, der derlei Hölzer zum Zwecke des Wiederverkaufes in der Stadt oder dem Gebiete kaufte, für jede ausgegebene lira di piccoli 1 soldo.

Befreit hievon waren Triester Bürger und Einwohner, wenn sie solche Hölzer ankauften, um sie innerhalb der Stadt oder des Gebietes wieder zu verkaufen.

Leopold I. verordnete am 24. April 1693, dass die Bürger Triests, nicht aber andere Einwohner noch Fremde von dieser Abgabe frei sein sollen.

Als Kaiserin Maria Theresia mit dem Patente vom 27. April 1769 die Ausfuhrzölle von dem über Triest auszuführenden Brenn- und Werkholze aufhob, erklärte sie ausdrücklich, dass die hier besprochene Abgabe aufrecht bleiben soll.

Ein von der französischen Regierung der Stadt bewilligter Daz auf Brennholz und Kohlen wurde mit Beschluss der k. k. Organisations-Hofcommission vom 11. Februar 1815 abgeschafft, dagegen der alte Holzdaz einstweilen wieder eingeführt. Letzterer wurde bei der Regelung des Systems der städtischen Verzehrungssteuer (s. Cap. 5) im J. 1830 abgeschafft; die bezügliche Verordnung konnte aber vom Verfasser nicht aufgefunden werden.

Cap. XIII.

Die städtische Schifffahrtsabgabe.

Sie wurde durch die Statuten des J. 1550 eingeführt und betrug für jede Saumlast (400 lire sottili veneziane) Waare die in einem Hafen der Stadt oder des Gebietes behufs der Ausfuhr zu Schiff gebracht wurde, oder die in Triest zum gleichen Zwecke auf Saumthiere verladen wurde, 1 soldo, daher sie auch in den Stadtrechnungen als dazio di un soldo per soma vorkommt. Sonst wird sie datium nautarum, dazio de' nocchieri genannt.

Später erscheint sie unter den Namen dazio oder diritto di alboraggio.

Holz, Leder von in der Stadt geschlachteten Thieren, dann alle Erzeugnisse Triest's und seines Gebietes, endlich alle Triester Bürgern eigenthümlich gehörenden zu Schiff verladenen Güter waren hievon befreit.

Der Ertrag dieses Gefälls war zur Ausbaggerung und Reinhaltung des Triester Hafens ausdrücklich bestimmt; blos der nach Bestreitung dieser Auslagen sich ergebende Ueberschuss konnte zu anderen Gemeindezwecken verwendet werden.

Das Statut vom J. 1550 enthält den ausdrücklichen Zusatz: Da es wegen des Ertrags der Ein- und Ausfuhrzölle sehr im Interesse des landesfürstlichen Fiscus liegt, dass der Hafen in Ordnung erhalten werde, hat der landesfürstliche Einnehmer, wenn die Stadtrichter in Ausführung dieser Arbeit sich nachlässig zeigen, die Baggerung des Hafens vornehmen zu lassen, und hiezu den Durchschnittsertrag dieses städtischen Gefälles auszugeben. Die Stadt muss dann binnen 8 Tagen nach Einhebung des bezüglichen Pachtschillings, bei Geldstrafe für ihre Beamten, denselben an die landesfürstliche Casse abführen.

Auch Kaiser Leopold I. befahl am 23. Februar 1679,*) dass der Stadt der Dazio del nocchiere weggenommen werden solle, wenn sie auch fernerhin unterlassen würde, den Ertrag desselben zur Baggerung des Hafens zu verwenden.

*) Arch. dipl. triest.

Als im J. 1749 die Jurisdiction über die Neustadt dem Stadtrathe abgetreten wurde, überliess derselbe nebst anderen Einkünften auch diese Steuer, deren Reinertrag damals auf 348 fl. 30 kr. bewerthet wurde, dem Staate, welcher sie neben dem mit Patent vom 29. November 1749 eingeführten Ankergelde (*diritto d'ancoraggio*) fortan erhob, dafür aber die Erhaltung des Hafens aus dem Commercialfonde bestritt.

Die endgiltige Regelung der nunmehr vom Staate eingehobenen, verschieden benannten Schifffahrtstaxen erfolgte durch die Kundmachung des kündenländischen Guberniums vom 8. November 1845, welche statt derselben die noch heute bestehende Tonnengebühr einführt, deren Höhe zuletzt mit dem Erlasse der k. k. Central-Seebehörde vom 26. Februar 1865 festgesetzt wurde.

Cap. XIV.

Gemeindezuschläge zu den directen Staatsabgaben.

Ausser den im Cap. 17 erwähnten Einhebungspercenten der Grundsteuer bestehen noch einige Gemeindezuschläge zu den directen Steuern.

Vom 1. November 1853 an wurde ein solcher von 10% zur Gebäudesteuer der Stadt und des Territoriums und zur Einkommensteuer bewilligt, um damit die Zinsen einer städtischen Anleihe zu bestreiten.

Dieser Zuschlag wurde für die Einkommensteuer und Hauszinssteuer vom Jahre 1860 an auf 12½%, seit dem Anfang des Jahres 1867 aber auf 25% erhöht.

Der Gemeindezuschlag zur Hausclassensteuer verblieb in der Höhe von 10% der einfachen Steuer mehr der Hälfte des Staatszuschlages.

Cap. XV.

Verschiedene kleinere Gemeindesteuern.

In den ältesten erhaltenen Statuten findet sich die Bestimmung vor, dass, falls zur Bezahlung des Podestà kein Geld in der städtischen Casse vorhanden, und deshalb eine Sammlung (vedaticum) nöthig wäre, jeder Triester Grundbesitzer (masarius) nach Verhältniss seines Vermögens zur Aufbringung des Fehlenden beisteuern soll.

Eine ähnliche Art der Geldbeschaffung scheint in den älteren Zeiten zur Bedeckung ausserordentlicher Gemeindeerfordernisse zuweilen angewendet worden zu sein.

Scussa erwähnt z. B., dass im J. 1323 unter dem Stadtcapitän Giovanni Valaresso eine Ausgabe von 400 Lire zur Ausrüstung von 40 Bürgern mit Pferden beschlossen wurde. Um die Summe aufzubringen, sei eine Vermögenssteuer von 1% ausgesprochen und eingehoben worden, und zwar in der Art, dass zunächst der hundertste Theil der Weinvorräthe für die Gemeindecasse mit Beschlag belegt worden sei.

Sollte diese Einnahme nicht genügen, so wäre nach dem erwähnten Beschlusse auch die andere bewegliche Habe der Bürger einer gleichen Schatzung zu unterziehen.

Man ersieht hieraus, wie sehr um jene Zeit der Wein den Hauptreichthum Triest's bildete.

Eine höchst eigenthümliche Bestimmung enthalten die Ferdinandeischen Statuten.

Es ist darin festgesetzt, dass, wenn der Gesamtmiethzins der Magazine, welche im Communalpalaste sich befinden, in einem Jahre nicht 96 Lire erreicht, die städtischen Lebensmittelverkäufer das Fehlende aufbringen und an die Gemeindecasse zahlen sollen.

Jeder Einzelne von ihnen trägt hiezu nach dem Umfange seines Geschäftes bei.

Es wird noch erwähnt, dass diese Leistung schon früher und bis zu jener Zeit gesetzlich angeordnet gewesen sei.

Wie aus der Stadtrechnung v. J. 1526 hervorgeht, bestand schon damals eine Abgabe für das zur Dichtmachung von Fässern verwendete Wasser (Datium aquae et picaturae, Dazio dell'acqua

de impir e inrasar), welche auch im Statute des J. 1550 mit folgenden Anordnungen erwähnt wird:

Wenn fremde Kaufleute oder Frächter in die zum Ankaufe von Flüssigkeiten mitgebrachten Fässer Wasser füllen liessen, damit die Fugen derselben zuquellen, mussten sie dem Pächter dieses Gefälls für jedes den Inhalt von 4 orne übersteigende Fass 4 soldi, für ein paar Saumthierfässchen 1 soldo zahlen; dafür hatte der Pächter auch mit von ihm gelieferten Harze die Fugen der Fässer zu verstopfen.

Ein Zwang für die Fremden, diese Operation durch den Pächter ausüben zu lassen, bestand nicht; doch durfte, wenn der Fremde sie nicht selbst besorgte, Niemand als der Pächter sie vornehmen.

Der, obgleich geringe, Ertrag dieses Gefälls erscheint fortan in jeder Stadtrechnung; es wurde mit Erlass der k. k. Organisirungs-Hofcommission vom 11. Februar 1815 aufgehoben.

Nach dem Gesetze v. J. 1550 mussten die messeti (Sensale für Oel und Wein) die Hälfte der erhaltenen Sensarie an den Gemeindesäckel abgeben; dies war eine Einkommensteuer von 50%!

Scussa erwähnt, dass im J. 1421 zwei Bevollmächtigte derjenigen Einwohner der Grafschaft Görz in Triest erschienen, welche Weingärten im Gebiete der letzteren Stadt besaßen. Dieselben erneuerten auf 20 Jahre die vorherigen Bedingungen für den ungestörten Genuss dieser Weingärten, nämlich, den Besitz einschreiben zu lassen, und dass jeder fremde Eigenthümer jährlich 10 soldi zu entrichten habe.

Diese Abgabe scheint sich mehr dem Lehenszinse (livello) zu nähern, als der Grundsteuer, für welche man sie im ersten Augenblicke halten könnte; denn die eigentliche directe Steuer für den unbeweglichen Besitz bestand im 15. Jahrhunderte in der colletta (vedaticum) und war bestimmt, die jährlichen Weinlieferungen an den Hof des österreichischen Erzherzogs, und so lange noch die Abgabe von Wein an den Dogen bestand, auch diese zu bestreiten.

Am Anfange des 18. Jahrhunderts wurden städtische Strassenmauthen zu Opcina und Basovizza eingeführt. Eine Pflastermauth für die einlangenden, und eine Pflastertaxe für die einheimischen Zugthiere wurde der Stadt 1819 bewilligt, um die Strassenpflasterung vornehmen zu können. Gegenwärtig beträgt die letztere Abgabe jährlich

für jedes Luxuspferd	fl. 12
„ Miethpferd	„ 9

für jeden Zugochsen, mit Ausnahme der blos zum
Betriebe der Landwirthschaft verwendeten,
welche steuerfrei sind fl. 5

Schliesslich sei noch erwähnt, dass im J. 1868 eine Hunde-
steuer eingeführt wurde, welche in der Stadt 4 fl., im Gebiete 2 fl.
für jeden Hund, dann für Wachthunde 50 kr. jährlich beträgt.

Cap. XVI.

Die Einhebung und Verwaltung der Gemeindeabgaben.

Die Entwicklung der landesfürstlichen Finanzverwaltung Triest's zu schildern, erschien dem Verfasser aus dem Grunde nicht nothwendig, weil die Organe derselben zwar oft Namen und Befugnisse wechselten, im übrigen aber stets im Auftrage und Namen des Herrschers ihres Amtes walteten. Anders stellt sich die Geschichte der städtischen Steuerverwaltung dar; das grössere oder geringere, auf das Hoheitsrecht des Fürsten gegründete Eingreifen der Staatsorgane in dieselbe war nicht ohne Einfluss auf die Fortbildung einzelner Abgaben, und es dürfte daher angezeigt sein, hier in Kurzem die Ausbildung der Administration der städtischen Einnahmen, deren Verhältniss zu den landesfürstlichen Organen, endlich die Art der Einhebung der Gemeindeabgaben darzustellen.

In der älteren Zeit schwankte die Stadt zwischen dem System der Steuereinsammlung durch Gemeindebeamte, und jenem der Verpachtung. Nach den ältesten erhaltenen Statuten wählte der grosse Rath zur Einhebung der Daze zwei Einnehmer und einen Notar. Der letztere musste das vierzigste Lebensjahr überschritten haben und schreiben können.

Bei Annahme von Zahlungen mussten alle drei Beamten gegenwärtig sein; doch konnten die Daze auch verpachtet werden.

Im J. 1333 ordnete man an, dass keine Verpachtung mehr stattfinden soll und bestellte zur Einhebung wieder 2 Collectores mit einem Notar.

Die Statuten der Jahre 1350 und 1365 enthalten hierüber im Wesentlichen jene Bestimmungen, welche der Codex vom J. 1550 wiederholt und welche hier nach letzterem ausführlich dargestellt werden.

Alle der Gemeinde gehörigen Daze sind jährlich drei Wochen vor Ablauf des früheren Pachtvertrages unter Beobachtung gewisser Förmlichkeiten an den Meistbietenden zu verpachten.

Der Ersteher muss binnen 2 Tagen nach erfolgtem Zuschlag den Stadtrichtern und dem Procurator der Gemeinde Sicherheit für richtige Ablieferung des Pachtschillings leisten.

Wenn diese Beamten sich dabei ein Verschulden zur Last kommen lassen, sind sie der Gemeinde für den entstandenen Schaden solidarisch verantwortlich.

In diesem Falle geniessen sie bei der gegen den Dazpächter zu führenden Execution die Privilegien der Gemeinde, und auch dem Pächter stehen letztere bei Einhebung des Dazes stets zu.

Wegen Gefällsübertretungen sind die Parteien vom Pächter vor den Stadtrichtern anzuklagen.

Der Richter lässt die Beschuldigten hierüber zum Eide zu, nöthiget sie auch mit Geldstrafen zur Ablegung desselben, wenn sie sich weigern. Geständige Parteien ersetzen bloss den unterschlagenen Daz, werden sie aber durch zwei Zeugen der Uebertretung überwiesen, so zahlen sie die Abgabe doppelt, und ausserdem an die Gemeinde eine Geldstrafe von 10 Lire.

Den in den Geschäftsbüchern des Dazpächters enthaltenen Angaben ist, wenn sie von ihm beschworen werden, voller Glaube zu schenken, u. z. während des Pachtjahres und der nächsten 4 Monate*), wenn nicht ein gesetzlicher Gegenbeweis erbracht wird, und es ist den Pächtern rasch zu ihrem Rechte zu verhelfen. Nach Ablauf dieses Zeitraumes galten diese Bücher aber nur wie andere einfache Aufschreibungen Privater.

Jeder Mitbieter bei der Dazversteigerung ist an sein Anbot gebunden, bis nicht ein besseres gemacht wird.

Niemand darf sich für einen Andern bei der Versteigerung theiligen, noch das Meistbot abkaufen, bei Strafe von 100 Lire für jeden Fall, Ungiltigkeit des Kaufes und Ersatzpflicht gegen die Ge-

*) Diese Bestimmung war schon im J. 1324 eingeführt worden, jedoch mit dem Unterschiede, dass damals der Pächter nach Verlauf von 4 Monaten, nachdem das Pachtjahr verflossen war, wegen ausständigen Dazes gar kein Klagrecht mehr hatte.

meinde für den entstandenen Schaden. Will der Ersteher Gesellschafter aufnehmen, so muss er diese binnen drei Tagen den Stadtrichtern namhaft machen und die Antheile der Gesellschafter müssen gleiche sein. Anderenfalls ist der Gesellschaftsvertrag nichtig und der Pächter mit seinen Gesellschaftern der Gemeinde solidarisch zum Schadenersatz verpflichtet.

Wenn Jemand durch ein Geschenk oder Versprechen einen Andern von einem grösseren Anbot abhält, soll jeder von Beiden eine Strafe von 100 Lire an die Gemeinde zahlen, welcher auch das, was geschenkt oder versprochen wurde, anheimfällt.

Jedermann kann hierüber eine Anzeige erstatten. Sie wird ihm geglaubt, wenn er einen tauglichen Zeugen für dieselbe vorbringt, und es erhält der Anzeiger die Hälfte der Geldstrafe.

Die Pachtsummen sind in verschiedenen Fälligkeitsterminen, von 1 bis zu 4 Monaten, an den Generalprocurator der Gemeinde abzuführen.

Niemand, der irgend einen Dazpachtschilling der Gemeinde schuldet, kann eine neue Pachtung erstehen. Bietet er doch mit, so zahlt er 50 Lire Strafe, von welcher die Hälfte dem Angeber zufällt, dem geglaubt wird, wenn er noch einen Zeugen mitbringt.

Unterlässt der Pächter die Einzahlung des Pachtschillings am Fälligkeitstermin, so verfällt er in eine Conventionalstrafe von 5 soldi für jede rückständige Lira.

In diesem Falle fordert der Vicar mit einem Stadtrichter den Pächter, seine Gesellschafter und Bürgen unter Androhung von Arrest auf, sich in den Communalpalast zu begeben, wo diese Schuldner so lange zu verweilen haben, bis sie dem Procurator der Gemeinde die Schuld und Conventionalstrafe erlegt haben. Während ihrer Anhaltung im Communalgebäude sequestriren die Organe der Gemeinde alle vorfindlichen beweglichen Güter der erwähnten Schuldner und Haftenden.

Die mit Beschlag belegten Fahrnisse werden sodann während dreier Tage ohne Vornahme einer Schätzung öffentlich ausboten und dem Meistbietenden zugeschlagen, bis zur Hereinbringung der Schuld und der Geldstrafe. Genügen die Mobilien hiezu nicht, so bezeichnet der Generalprocurator den Kanzlern des Palastes ein beliebiges, einer der haftenden Personen gehöriges unbewegliches Gut, u. z. jenes, welches ihm am leichtesten verkäuflich erscheint. Dasselbe wird geschätzt, sodann dem Meistbietenden versteigert und der Vorgang bis zur vollständigen Befriedigung der Forderung der Gemeinde wiederholt.

Beamte, die sich hierin etwas zu Schulden kommen lassen, verfallen in eine Geldstrafe von 50 Lire.

Von diesen Strafbestimmungen wurde nachsichtslos Gebrauch gemacht. So erwähnt Scussa, dass im J. 1425 die Dazpächter mit der Einzahlung des Pachtschillings im Rückstande blieben, und dass deshalb ihre Güter executiv verkauft wurden, ebenso jene des damaligen städtischen Procurators, welcher die Rechnungslegung verzögert hatte.

Wenn sich die Stadt in Geldnoth befand, verpfändete sie zuweilen schon im Vorhinein das Erträgniss einzelner Daze; so 1427, 1428 (Scussa) und andere Male.

Seit alten Zeiten verwaltete der Generalprocurator der Gemeinde die städtischen Einkünfte, für die er dem Stadtrathe Rechnung legen musste.

Schon die ältesten erhaltenen Statuten bestimmen eine sehr lange und ausführliche Eidesformel für diesen Beamten und erwähnen auch zweier Camararii, welche ihm zur Seite standen.

Nach der Gesetzsammlung vom J. 1350 waren für die Verrechnung der städtischen Gelder zwei Rasonnati bestellt.

Eine Einflussnahme der landesfürstlichen Behörden auf die Verwaltung der städtischen Abgaben wurde vom Erzherzog Carl im J. 1564*) angeordnet.

Der städtische Procurator und der landesfürstliche Steuereinnnehmer hatten hienach die Gemeindecinnahmen gemeinschaftlich einzuheben, das Geld unter Gegensperre aufzubewahren, die Gehalte und laufenden Auslagen auszuzahlen und gemeinschaftlich Rechnung zu legen. Andere Zahlungen sollen sie über schriftlichen Befehl leisten, der vom landesfürstlichen Capitän oder dessen Stellvertreter, dann den Stadtrichtern unterfertigt sein muss.

Diese Neuerung wurde vom Erzherzog Carl am 3. Jänner 1578*) wieder aufgehoben. Der Generalprocurator hatte fortan wie früher allein die städtischen Gelder zu verwalten. Die Mitsperre seiner Casse stand dem ältesten Stadtrichter und dem landesfürstlichen Einnehmer zu, letzterer übte aber keinen weiteren Einfluss auf die Gebahrung der Gemeindegelder aus.

Erzherzog Ferdinand tadelte mit Urkunde vom 14. April 1612*) die leichtsinnige Verwaltung der städtischen Einkünfte, verwarnte die Gemeindevertretung und drohte ihr mit strengeren Massregeln,

*) Arch. dipl. triest.

falls diese Gelder auch in Zukunft, wie oft schon bisher, zu andern als ihren eigentlichen Bestimmungen, verwendet werden.

Einen ähnlichen Vorwurf macht Leopold I. im Rescripte vom 16. August 1677; *) er droht der Stadt, dass er im Falle des Ungehorsams einen „Vicedomb“ dahin setzen werde, d. h., dass er ihr die Verwaltung ihrer Einkünfte entziehen werde.

Derselbe Kaiser ordnete am 22. April 1679 *) an, dass sein Capitän die oberste Aufsicht über die städtische Casse haben und alle Zahlungsaufträge über Gemeindeauslagen mitunterfertigen soll.

Doch hatte sich der Capitän hiebei so zu benehmen, dass der städtische Dienst möglichst unbeengt bleibe, in Anbetracht, „dass diese Steuern aus der eigenen freiwilligen Selbstbesteuerung der Triester Bürger herrühren“.

Im gleichen Rescripte schlichtet der Kaiser die zwischen seinem Capitän und der Gemeindevertretung entstandenen Misshelligkeiten über die von der letzteren geführte Beschwerde dahin, dass kein Theil sich in die Angelegenheiten des andern mischen soll, sondern dass beide sich gegenseitig achten und an den Statuten festhalten sollen.

In einem späteren Erlasse vom 8. August 1682 *) bestimmt Leopold I., seine frühere Entschliessung erläuternd, dass der Capitän alle Gemeindeauslagen mit Bezug auf ihre zweckmässige Verordnung prüfen, sich aber dabei nicht zu hart noch unbillig zeigen soll.

Andererseits liess es Leopold I. an Fürsorge nicht fehlen, dass die Gemeinde ungeschädigt das beziehe, was ihr gebührt. Im Jahre 1682 *) bewilligte er, dass zur Eintreibung rückständiger Gemeindesteuern Militärassistenten geleistet werde. Vier Jahre früher *) tadelte er seinen Hauptmann in Triest, dass derselbe nicht, wie es pflichtgemäss gewesen wäre, dem Stadtrath bei Eintreibung einer Forderung von 16050 Lire vom Pächter des Weindazes behilflich gewesen sei.

Ein an die k. k. Commercialintendenz ergangenes Rescript vom 31. Dec. 1732 *) setzte fest, dass der Generalprocurator der Gemeinde die städtischen Einnahmen auch in Zukunft zu besorgen habe, aber der Intendenz auf ihr Begehren seine Bücher vorlegen müsse, auch keine Zahlung leisten dürfe, wenn nicht die bezügliche Quittung von dem kaiserlichen Richter vidirt war.

Die wesentlichste Umwandlung erfuhr die Verwaltung der Gemeindesteuern im J. 1749 durch die Errichtung der obersten Commercial-Intendenz. Der letzteren wurde nebst allen andern früher

*) Arch. dipl. triest.

vom Stadtrath ausgeübten Amtsfunktionen auch die Administration der städtischen Einnahmen übertragen, und von ihr in der Art geführt, dass sie in Commissionssitzungen, zu welchen der städtische Schatzmeister und Procurator nebst zwei anderen Mitgliedern des Stadtrathes beigezogen wurden, hierüber entschied. Kein Widerspruch der Gemeindevertretung, welche hiemit förmlich abdicirte, ward gegen diese Massregel erhoben.

Die Staatsregierung bestritt nun allerdings auch für die städtischen Functionäre wenigstens zum Theile die Gehalte; denn als Maria Theresia mit Rescript vom 18. Mai 1767*) die Bezüge der städtischen Beamten vermehrte, befahl sie, dass die Mehrauslagen, wenn die Gemeindecasse nicht ausreichen sollte, aus der k. k. Commercialcasse zu bestreiten seien.

Dieses System dauerte durch fast 30 Jahre. Erst 1777 wurde es abgeändert, indem eine neu errichtete, von der Gemeinde ernannte und bezahlte Behörde, welche den Titel „k. k. politisch-ökonomischer Magistrat“ **) führte, die Verwaltung der Stadtgelder, jedoch unter Controle des k. k. Landesguberniums übernahm.

Die Aenderungen, welche diese Behörde im Laufe der Zeit in dem Umfange ihrer Amtswirksamkeit erfuhr, die Einflussnahme des k. k. Guberniums auf ihre Amtshandlungen, die mit Decret Napoleons I. v. 26. März 1812 erfolgte Einführung des französischen Municipalsystems, die Wiederherstellung der früheren Zustände nach der Vertreibung der Franzosen, endlich die Organisirung der Gemeindevertretung und des heutigen Stadtmagistrates (Magistrato civico) nach dem Triester Statut v. J. 1850 wollen von denjenigen Lesern, die sich hiefür interessiren, in Kandler's gründlichen Artikeln „Il Consiglio“, „La Delegazione“, „La Magistratura“ nachgesehen werden, welche in der „Raccolta delle leggi, ordinanze e regolamenti speciali per Trieste“ enthalten sind.

Schliesslich sei bemerkt, dass die Stadt seit Anfang des Jahres 1870 das so lange festgehaltene System der Verpachtung der städtischen Daze aufgegeben hat, und nunmehr dieselben mit sehr gutem Erfolge durch ihre eigenen Bestellten einheben lässt.

*) Arch. dipl. triest.

**) Ursprünglich Cesareo Regio Magistrato pubblico, politico ed economico. Bei der Reorganisation im J. 1814 wurde das Wort pubblico gestrichen.

IV. Abtheilung.

Staatssteuern.

Cap. XVII.

Die Grundsteuer.

Grund- und Lehenzinse, welche in älteren Urkunden hin und wieder erwähnt werden, und welche von Bauern des Territoriums oder Auswärtigen für die Benützung der im Gemeindebezirke gelegenen Grundstücke (s. auch Cap. 15) entrichtet wurden, gehören nicht zur eigentlichen Grundsteuer, und es genüge deshalb, dass ihr Bestehen hier erwähnt wird.

Robotleistungen kommen nur zur Bekämpfung ausserordentlicher Naturereignisse, wie z. B. der Ueberschwemmungen des Flusses Rosanda vor.

Zum Zwecke der Erbauung der Neustadt Triest's verkaufte der Staat die Baugründe parzellenweise an Private.

Das kaiserliche Patent vom 6. Juni 1736 setzte fest, dass für jede Quadratklafter derselben ein Grundzins von etwa einem Kreuzer entrichtet, das von Privaten erlangte Eigenthumsrecht aber in ein Grundbuch eingetragen werden soll.

Auch diese Leistung war ersichtlich ein Grundzins und keine Grundsteuer. Sie wurde dem Aerar von der Stadt abgelöst, ertrug um 1828 etwa 1100 fl. und ward im J. 1848 durch das Grundentlastungsgesetz aufgehoben.

Um den Realcredit zu heben, nicht zu Steuerzwecken, befahl Maria Theresia mit Erlass vom 18. November 1772 *) die Errichtung eines Grundbuches, welches alle in der Stadt und dem Territorium gelegenen Gebäude und Grundstücke umfasste. Diese Einrichtung ist von den zum Zwecke der Einhebung der directen Abgaben bestehenden Besitzstandshauptbüchern unabhängig.

*) Raccolta delle leggi speciali per Trieste, Art. „Le Tavole“.

Sie dauert, durch spätere Gesetze, neuestens durch das allgemeine Grundbuchsgesetz vom 21. Juli 1871 modificirt, bis jetzt fort, und war bloß während der französischen Herrschaft auf kurze Zeit unterbrochen. Damals wurde das Grundbuch abgeschafft, und statt desselben das Hypotheken-Register eingeführt, welches bloß ein der Zeit ihrer Anmeldung nach geordnetes Verzeichniß der intabulirten Schulden war.

Zur Evidenzhaltung der bestehenden Grundzinse (nicht Grundsteuern) führte ein Decret Maria Theresia's vom 12. Jänner 1757 ein Cameral-Urbar ein.

Die französische Regierung führte die eigentliche Grundsteuer ein, und die österreichische Regierung behielt diese Abgabe nach der Wiedererwerbung Triest's bei.

Ein Hofdecret vom 13. April 1815 ordnete an, daß die Grundsteuer, welche nach dem, hierin aufrecht erhaltenen, französischen Systeme auch die Gebäudesteuer in sich begriff, von der Gemeinde mit einem jährlichen Aversum von 87,636 fl. 21 kr. C. M. an den Staat entrichtet werden solle. Der Stadtcassa wurden aber von dieser Summe 13⁰/₀ für ihre eigenen Bedürfnisse und als Einhebungskosten und nebstdem der volle Ertrag der Schlachtviehsteuer überlassen. Deshalb bezog der Staat aus jenem Titel nur 76,243 fl. 38 kr., später, nachdem durch eine Gubernialverordnung vom 25. April 1829 der Antheil der Gemeinde auf 8⁰/₀ herabgesetzt worden war, 80,625 fl. 27 kr. C. M.

Die Gemeinde hob die Grundsteuer von den Contribuenten nach Massgabe der von der französischen Regierung festgesetzten individuellen Repartition ein.

Objectsänderungen wurden berücksichtigt, für Elementarunfälle Steuernachlässe bewilliget.

Die Regierung hatte im Grundsatze beschlossen, auch das Triester Gebiet in den stabilen Kataster einzubeziehen; 1826 begannen die Operationen desselben, und als sie beendet waren, wurde seit 1. Nov. 1845, an welchem Tage die Häusersteuern in Wirksamkeit traten, die reine Grundsteuer nach dem stabilen Kataster von den Gemeindeorganen für Rechnung des Staates eingehoben.

Die letzte eben jetzt in der Durchführung begriffene Neugestaltung des Systemes der Grundsteuer wurde durch das Gesetz vom 24. Mai 1869 angeordnet.

Cap. XVIII.

Die Gebäuesteuer.

In Oesterreich bestehen zwei Gebäuesteuern; die Hausclassensteuer, welche am flachen Lande und in den nicht eigens der Hauszinssteuer zugewiesenen Orten nach der Zahl der Wohnbestandtheile entrichtet wird, und die in letzteren, dann vom Ertragnisse der überhaupt vermietheten Wohnräume bemessene Hauszinssteuer.

Die erstere wurde ursprünglich als Bestandtheil der Grundsteuer eingehoben, und als sie im Patente vom 6. September 1821 als selbständige Abgabe eingeführt wurde, ist ausdrücklich angeordnet worden, dass es für Triest bei der früheren Besteuerung zu verbleiben habe.

Die Geschichte der Gebäuesteuer Triest's, solange sie einen Theil der Grundsteuer bildete, ist im Cap. 17 entwickelt.

Die Allerhöchste Entschliessung vom 1. October 1842 unterwarf auch Triest vom Verwaltungsjahre 1846 an den in den übrigen Provinzen geltenden Anordnungen über die Gebäuesteuer.

Die Grundsteuer ward vom 1. November 1845 an abgesondert von ersterer eingehoben (s. Cap. 17).

Die Hausclassensteuer wurde mit dem gleichen Tage eingeführt und wird für das Aerar nach dem allgemein giltigen Tarif bis heute eingehoben.

Nicht so die Hauszinssteuer.

Nach längerer Verhandlung genehmigte eine kaiserliche Entschliessung vom 8. September 1844, dass die Stadt für ihre Hauszinssteuer durch 10 Jahre, vom 1. November 1845 an, ein Aversum jährlicher 160,000 fl. C. M. entrichten dürfe, und dass somit die Einhebung durch kaiserliche Behörden nach den Zinsertragsfassionen zu unterbleiben habe.

Die Gemeinde vertheilte dieses Aversum auf den Ertrag der zinssteuerpflichtigen Häuser der Stadt, mit Ausschluss anderer Steuerobjecte.

Es bezog sich nicht auf das Territorium, sondern die Hausclassensteuer von letzterem wurde abgesondert eingehoben. Als mit 1. November 1849 die Besteuerung der Gebäude nach dem Zinsertrage auch auf die nicht in den früher bezeichneten Städten gelege-

nen vermietheten Häuser ausgedehnt wurde, ist diese Massregel auch für das Triester Territorium angeordnet worden.

Laut kaiserlicher Entschliessung vom 7. Juni 1855 ist das von der Stadt Triest für die Zinssteuer zu entrichtende Jahres-Aversum vom Verw. J. 1856 an auf 300,000 fl. C. M. festgesetzt, und am 20 April 1857 bewilligt worden, dass auch die ausgedehnte Hauszinssteuer des Territoriums dem Staate mit einer Jahressumme von 16,000 fl. C. M. abgelöst werde.

Da der am 17. Mai 1859 eingeführte Kriegszuschlag von 25% auch die Aversualien der Stadt Triest für die Zinssteuer betraf, so entrichtet dieselbe jetzt unter diesem Titel jährlich 414,750 fl. öst. W. an den Staatsschatz (s. Cap. 27).

Ausserdem wird die Hausclassensteuer des Territoriums für Rechnung des Staates eingehoben.

Die Gemeinde befreite laut eines Beschlusses vom 16. August 1868 die neu erbauten Häuser auf 12, die umgebauten und erweiterten auf 8 Jahre von der Beitragsleistung zur Aufbringung des Aversuales.

Cap. XIX.

Die Kopf- Patent- und Einkommensteuer.

In früherer Zeit dürften die in Triest ansässig gewesenen Israeliten die Leibsteuer, wie in den andern österreichischen Provinzen, entrichtet haben. Ein Patent vom 19. April 1772 befreite die Börsenkaufleute und Ausfuhrhandel Treibenden von derselben.

Die französische Regierung legte den Gewerb- und Handeltreibenden eine Patentsteuer für die Ausübung ihres Betriebes auf; ferner führte sie eine Kopfsteuer ein, welche von jedem nicht minderjährigen und nicht dem Dienerstande angehörigen Individuum mit 4 bis 15 Francs jährlich entrichtet werden musste.

Die wieder hergestellte österreichische Regierung befreite laut kaiserlicher Entschliessung ddo. Paris 20. September 1815 die Einzelnen

von dieser Steuer, und führte auch die in den andern österreichischen Provinzen 1812 und 1815 ausgeschriebene Erwerbsteuer nicht ein, cedirte ferner der Stadt den vollen Ertrag des Fleischdazes, liess sich aber statt der erwähnten Abgaben ein Aversum jährlicher 60,000 fl. aus der Gemeindecasse zahlen.

Dasselbe wurde bis 1849 eingehoben.

Am 29. October dieses Jahres erschien das Einkommensteuer-Patent, dessen Inhalt als bekannt vorausgesetzt werden kann, und welches hinsichtlich der 2. Classe des Einkommens (stehende Bezüge) sogleich in Wirksamkeit trat.

Als Abfindung, damit die beiden andern Classen nicht in Vollzug gesetzt werden, bot die Gemeindevertretung für das J. 1850 statt des früheren Aversums von 60,000 fl. nunmehr 90,000 fl., später 180,000 fl. an, welche nicht mehr aus der Stadtcasse, sondern durch Selbstbesteuerung der Verpflichteten aufgebracht werden sollten.

Der Anbot ward indess nicht angenommen, sondern vom Verwaltungsjahre 1851 an die Einkommensteuer auch in Triest nach den allgemeinen Grundsätzen eingehoben.

Cap. XX.

Staatszölle.

Zu denjenigen Abgaben, welche schon in der Ergebungsurkunde vom J. 1382 (s.S. 14ff.) als Eigenthum des Landesfürsten erklärt wurden, gehören die Ein- und Ausfuhrzölle, mit der Beschränkung, dass der Ribollawein, das Hauptproduct der städtischen Grundstücke, zollfrei ausgeführt, dagegen was zum eigenen Verbrauche der Bürger — ad esum et usum civium — dient, zollfrei eingeführt werden soll. Die letzteren Verbrauchsgegenstände waren mit den städtischen Dazen belegt. Wenn auch die Kirche und Gemeinde fortführen an gewissen Stellen Zölle zu erheben, so lässt sich doch im Grossen und Ganzen bis zur theresianischen Zeit die Unterscheidung machen, dass dem Landesfürsten die Abgabe vom Handelsverkehr, der Zoll, der Gemeinde für ihre Bedürfnisse aber die Abgabe von den in ihrem Gebiete consumirten Verbrauchsgegenständen zustand.

Aus der urkundlichen Benennung allein liesse sich diese Sonderung nicht darstellen; Datium, Muta, Gabella, Theolonium werden in den Triester Urkunden als gleichbedeutend gebraucht. *)

Der herzogliche Einnehmer erhob bis 1523, wahrscheinlich ausschliesslich am Hafenthore der Stadt, von den aus- und eingehenden Waaren (mit Ausnahme der Lebensmittel) den Zoll im Betrage von $2\frac{1}{2}\%$ des Werthes. Die Abgabe wird daher auch quarantesimo genannt.

Dem Landesfürsten gebührte ferner, wie aus einem im Cap. 8 erwähnten Gesetze vom J. 1419 erhellt, jener Theil des datium ternariae (eine Abgabe, die theils den Verkehr, theils die Ausfuhr von gesalzenem getrocknetem Fleisch, Oel, Wachs, Honig und Käse traf) welcher bei dem Hafenthore eingehoben wurde.

Aus den Versteigerungsprotokollen der städtischen Gefälle aus dem Anfange des 16. Jahrhunderts geht hervor, dass der Pächter des städtischen Fleischdazes dem landesfürstlichen Zolleinnehmer jährlich 200 Lire als Abfindung für den zollpflichtigen Verkehr mit den den Gegenstand seiner Pachtung bildenden Artikeln zahlte.

Einen grossen Ertrag scheint der österreichische Monarch um diese Zeit aus dem Zolle und anderen Staatsabgaben der Stadt Triest nicht bezogen zu haben, denn Kaiser Friedrich III. verpachtete am 26. Februar 1461 der Gemeinde Triest seine Schlösser Moccò und Prosecco, den Zoll in Triest, seinen Antheil an den Geldstrafen, enthob sie von der Pflicht, den Gehalt seines Stadtcapitäns und den an den Wiener Hof zu liefernden Wein zu entrichten, und zwar dies alles um jährliche 700 Gulden.

*) Vgl. Glossarium ad scriptores mediae et infimae Latinitatis von Dufresne-Du Cange, Ausgabe von Venedig 1739. Er führt als gleichbedeutend an: muta, vectigal, theloneum, census, laudemium, veda (in den Triester Urkunden als „vedaticum“ vorkommend), dann wieder collectio, contributio, datium, steura.

Es ist begreiflich, dass auch im Deutschen die Begriffe von Mauth und Zoll durch Jahrhunderte mit einander verwechselt wurden; es war ja in früheren Zeiten der Zoll eine Abgabe für sicheres Geleit und Ermöglichung des Transportes durch Beseitigung von Hemmnissen, somit auch für Erhaltung der Verkehrswege, er umfasste also auch den heute streng geschiedenen Begriff der Mauth.

Vielfach werden die indirecten Steuern in der älteren österreichischen Gesetzgebung auch „Aufschlag“ genannt.

Eine Verordnung Maria Theresia's vom 30. März 1763 über den Einfuhrzoll von Cacao, Thee und Chocolate nennt diese Abgabe gleichzeitig Aufschlag, Consumomauth und Zoll.

Kandler erwähnt bei dieser im Cod. dipl. istr. gedruckten, aus dem Arch. dipl. triest. entnommenen Urkunde, dass am 12. Juni desselben Jahres der Kaiser dieselben Rechte um jährl. 1200 ungarische Ducaten auf 5 Jahre den Triestern verpachtet habe; die Abschrift einer Urkunde, welche letzteres besagt, fand ich zur Drucklegung im Cod. dipl. istr. vorbereitet, allein ohne dass angegeben wäre, wo die Originalurkunde erliegt.

Für die aus Italien kommenden Waaren wurde von Maximilian I. 1516 *) ein neuer Zoll, Geleitgeld genannt, eingeführt, dessen Einhebung und Verrechnung in den Händen des kaiserlichen Zolleinnehmers zu Tarvis in Kärnten lag. Es gelang mir nicht zu erheben, ob diese Abgabe auch bei der Triester Zollstätte abgefordert wurde.

Seit alten Zeiten strebten die Triester dahin, dass der Durchzug der Waaren aus Istrien nach Innerösterreich, und umgekehrt, durch ihr Gebiet erfolgen solle.

Vielfache Anordnungen des Regenten erfüllten diesen Anspruch, so z. B. ein Erlass Kaiser Maximilians I. v. J. 1517. **)

Eine wesentliche Aenderung in den Zollverhältnissen Triest's ward 1523 durch Ferdinand I. verfügt.

Ueber eine Beschwerde der Stadt schaffte der Regent den zu seinen Gunsten eingehobenen Antheil am Datium ternariae, welcher damals jährlich etwa 200 Zecchinen trug, ab. Gleichzeitig, oder bald darauf dürfte aber auch der Antheil, welchen die Stadt an diesem Gefälle hatte, eingegangen sein, denn weder im J. 1526 noch später erscheint ein Erträgniss dieser Abgabe in der Stadtrechnung ausgewiesen.

Ferner incamerirte der Landesfürst den bischöflichen Zoll mit folgender Motivirung: ***)

Wegen der Türkengefahr verliessen die Kaufleute die Strasse nach Fiume; deshalb werden sie nach Triest gewiesen. Das dem Fürsten früher in Fiume gehörig gewesene Recht der Zolleinhebung wird nunmehr in Triest ausgeübt.

Damit die Kaufleute dort durch die mehren Zollstätten nicht behindert werden, macht der Fürst nun von seinem Monarchenrechte über die Güter der Kirche Gebrauch, indem er befiehlt, dass der früher bischöfliche Zoll künftig für ihn eingehoben werden soll. Dagegen wird dem Bischof eine Jahresentschädigung von 250 rheinischen Gulden bewilliget.

*) Cod. dipl. istr.

**) Arch. dipl. triest.

***) Die Urkunde im Cod. dipl. triest.

Es scheint, dass der Landesfürst sofort von seinem Rechte, den bischöflichen Zoll neben dem früheren eigenen einzuheben, Gebrauch machte, jedoch eine Ermässigung des Zollsatzes eintreten liess, weil er der Bitte der Triester willfahrte, dass der Zoll in ihrer Stadt in Zukunft nur im gleichen Satze wie in Fiume eingehoben werden solle.

Die Stadt bat ferner, dass die für den Verbrauch in Triest bestimmten Waaren vom quarantesimo befreit sein sollen. Dies ward abgeschlagen.

Aus diesem Begehren erhellt, dass im Laufe der Zeit auch diese, nach der Ergebungsurkunde zollfreien Artikel mit der Abgabe belegt wurden; wann dies geschah, konnte der Verfasser nicht erheben.

In den nächsten zwei Jahrhunderten sind wenige wesentliche Neuerungen hinsichtlich des landesfürstlichen Zolles verfügt worden. Erzherzog Carl erneuerte am 28. März 1590 *) das Verbot, ausländische Weine auf Nebenstrassen einzuführen. Sie mussten über Triest eintreten und daselbst dem Landesfürsten den quarantesimo zahlen.

Ferdinand II. bewilligte am 14. Jänner 1604 *), dass jene Güter, welche bei dem am 1. u. 2. November abzuhaltenden Jahrmarkte verkauft werden, und deren Werth 20 Lire nicht übersteigt, vom Einfuhrzolle frei sein sollen; er belegte ferner jede Saumlast Waaren, die nicht zum Verbräuche der Triester bestimmt war, mit einem Zuschlagszoll von 6 kr. (3. November 1612) *) und erliess auch zahlreiche von seinen Nachfolgern wiederholt eingeschärfte Verordnungen gegen den Salzschnuggel.

Leopold I. erneuerte am 23. Dec. 1663 *) das Privilegium zur Abhaltung eines Jahrmarktes, bei welchem Waaren bis zum Werthe von 20 Lire zoll- und dazfrei eingeführt werden konnten. Diese Begünstigung gab in der Folge zu Missbräuchen Anlass, welche von demselben Kaiser gerügt wurden, und sein Rescript vom 18. April 1667 *) veranlassten, nach welchem die zur Zeit des Jahrmarktes bewilligte zollfreie Einbringung von Waaren bis zum Werthe von 20 Lire blos auf die Triester Inwohner, mit Ausschluss der Fremden, beschränkt und Holz ganz von der Befreiung ausgenommen wurde.

Josef I. verlieh 1705 **) das Monopol der Einfuhr des Olivenöles in die Erblände an eine Handelsgesellschaft, welche hiefür einen Separatzoll von 30 kr. (1708: 1 fl.) für den Centner zahlte. Später wird dieses Monopols nicht mehr Erwähnung gethan.

*) Arch. dipl. triest.

**) Die bezügliche Urkunde im Arch. dipl. triest.

Eine unleidliche Belästigung des Handels waren jene Zölle, welche die Venetianer vom 15 bis zum Anfang des 18. Jahrhunderts in Capodistria einhoben.

Sie betrachteten sich als die Herren der Adria und übten das Durchsuchungsrecht der Schiffe, welche den Triester Seeverkehr vermittelten, aus. Ihre bewaffneten Schiffe kreuzten im Golfe, und zwangen alle Kauffahrer zur Entrichtung dieser sehr hoch, oft auch nach Willkür bemessenen Gebühren für den Transit durch das nach ihrer Auslegung ihnen gehörige Meer.

Allerdings besorgte Venedig dafür die Reinhaltung des Meeres von Piraten, allein die Abgabe überstieg bei Weitem den Werth der Gegenleistung; daher fortgesetzte Klagen der Triester am kaiserlichen Hof, denen Verwendungen der kaiserlichen Gesandten bei der Regierung Venedigs folgten, welche aber fast stets fruchtlos blieben.

Endlich machte Kaiser Karl VI. Ernst. In einem Patente vom 2. Juni 1717*) erklärte er zu Gunsten der Handelsschiffahrt, diese Belästigung nicht mehr dulden zu wollen, und die damals schon altersschwach gewordene Republik Venedig fügte sich ohne Widerrede.

Es genüge hier eine Andeutung dieser Lasten des Seeverkehrs, da eine vollständige geschichtliche Entwicklung derselben den Rahmen dieses Werkes überschreiten würde.

Der Handel zu Lande litt unter den vielen Provinzialzöllen, Staatsmauthen (Mittelding genannt) und Privatmauthen; es wird unten angedeutet, wann diese Hemmnisse des Verkehrs eingeschränkt oder ganz beseitigt wurden.

Kaiser Karl VI. that ferner jenen bedeutsamen Schritt, dem Triest seinen ausserordentlichen Aufschwung verdankt, er schuf hier den Freihafen.

Zuerst erscheint dieses Wort im Patente vom 18. März 1719.

Vorher bestand für die im Hafen einlaufenden Schiffe ein Ein- und ein Ausfuhrzoll, so dass jener Schiffer, welcher seine Waaren unverkauft wieder mitnahm, hiefür doppelten Zoll entrichtete.

Es wurde nunmehr Zollfreiheit für die im Hafen einlangenden, für die zur See wieder ausgeführten, dann für die von Schiff zu Schiff verkauften Waaren zugestanden. Das Ausschiffen und Landen der Güter war aber dem Zoll unterworfen.

*) Raccolta delle leggi speciali per Trieste, Art. "Città e Porto franco di Trieste" S. 87. Die folgenden Patente sind derselben gleichfalls entnommen; diese werthvolle Abhandlung gibt auch über alle oben erwähnte Seezölle genauen Aufschluss und citirt die wichtigeren Documente.

Es gab jedoch auch ärarische Magazine, in welchen Waaren bis zu 9 Monaten zollfrei gegen Entrichtung eines Lagerzinses lagern durften; waren diese überfüllt, so konnten auch Privatmagazine, die dann einer doppelten Sperre unterlagen, als Entrepots benützt werden.

Die Hafengebühren für die Schiffe bestanden fort.

Der neugegründeten orientalischen Compagnie, einer Lieblings-schöpfung des Kaisers, wurden am 27. Mai 1719 für den Handel mit der Levante Begünstigungszölle zugestanden; diese Bewilligung wurde mit der wenige Jahre später erfolgten Auflösung dieser Handelsgesellschaft gegenstandslos.

Im J. 1729 versuchte Carl VI. durch Einführung einer vierzehntägigen privilegierten Messe, während welcher die feilgebotenen Waaren Zollfreiheit genossen, den Handel zu heben. Die Messe fand nur einige Jahre lang statt, und verfiel. Auch die Anordnung, dass alljährlich zwei Messen stattfinden sollen, konnte diese Einrichtung nicht am Leben erhalten. Die kaiserlichen Patente über die Messe sind aber deshalb wichtig, weil in ihnen auch Bestimmungen über das Verhalten in der Aussermesszeit vorkommen.

So bestimmt jenes vom 30. Mai 1731, dass alle Waaren, mit Ausnahme von Eisen, Stahl, Kupfer, Quecksilber, Salz, Schiesspulver und Glaswaaren, welche zu was immer für einer Zeit in den Hafen oder die neuen Stadttheile von Triest eingeführt werden, von allen Zöllen frei sein sollen.

Dies war eine örtliche Ausdehnung des Freihafengebietes, welches sich früher blos auf den Hafen erstreckte. Andere Erleichterungen der Durchfuhrgebühren, Zollfreiheit für das aus den Seehäfen nach Böhmen gebrachte Oel und für Görzer und Istrianer Oel wurden gleichzeitig zur Förderung des Handels angeordnet, doch würde ihre Aufzählung den Rahmen dieses Werkes überschreiten.

Das Patent vom 7. Juni 1730 verfügte, dass alle Erzeugnisse der Erbländer in Triest zollfrei eingeführt werden können, jedoch müssen die verschiedenen Strassenmauthen entrichtet werden.

Die Durchfuhrzölle wurden um ein Drittel vermindert.

Die Verfügungen Kaiser Carl VI. wurden erst durch die Ausführungsmaassregeln Maria Theresias, welche als die wahre Schöpferin des Emporiums betrachtet werden muss, vervollständigt und erfolgreich.

Bei Gelegenheit der Aufhebung des sogleich zu erwähnenden Separatzolles wird im Decrete vom 29. November 1749 gesagt, dass früher die Griechen und Türken für die Waaren, mit welchen sie in Triest handelten, trotz des Freihafens eine Abgabe von 5 und

6% des Werthes entrichten mussten; andere Spuren dieser Extrasteuer fand der Verfasser nicht auf.

Am 15. Mai 1765 ward eine Güterbestätterordnung zur Erleichterung und Evidenzhaltung des Frachtenverkehrs eingeführt. Die Güterbestätter erhielten Taxen bis zu 1 fl. 30 kr. für jeden Wagen. Als Maria Theresia am 15. October 1766 das Zollpatent erliess, begriff der Freihafen die See innerhalb des Hafens, die kaiserlichen Entrepôt-Magazine, die unter Gegensperre gehaltenen Privatmagazine und die Neustadt. Es wurde abermals verboten, dass fremder Stahl, Eisen, Kupfer, Quecksilber, Salz, Schiesspulver und Glaswaaren nach Triest eingeführt werden *).

Andere Waaren, deren Einfuhr ins Inland verboten war, durften nach Triest zum Zwecke der Durchfuhr oder des Wiederaustrittes gebracht werden.

Somit war ganz Triest Freihafen (Zollausschluss) geworden.

Dass auch das Territorium für die zu seinem Gebrauche nöthigen Waaren die Zollfreiheit geniessen solle, wird unter namentlicher Benennung der zu demselben gehörigen Dörfer in dem Patente der Kaiserin Maria Theresia vom 27. April 1769 erklärt.

Victualien, die aus dem Inland nach Triest gebracht werden, sind von dem Ausfuhrzoll frei.

Schlachtvieh, das aus dem Inlande nach Triest geht, hat keinen Ausfuhrzoll, sondern nur das Mittelding (eine Wegmauth) und den vor dem J. 1764 bestandenen Fleischkreuzer zu entrichten.

Für die in Triest sammt Gebiet bestehenden Fabriken und Industrien wurden am 27. April 1769 Erleichterungen hinsichtlich des Bezuges der Rohstoffe aus dem Inlande, dann wegen Einfuhr ihrer Fabrikate in die übrigen Länder der Monarchie gewährt; gleichzeitig wurde das zollämtliche Verfahren geordnet.

Auch hinsichtlich der im Triester Gebiete erbauten Weine wurde am 1. October 1777 verfügt, dass sie bei der Einfuhr ins Inland nicht mehr dem früheren Zolle von 2 fl. für den Eimer, sondern gegen Beibringung von Ursprungszeugnissen bloß dem erbländischen Consumtionsaufschlag unterliegen sollen.

Ein Hofdecret Kaiser Josef II vom 8. October 1787 verordnete, dass die Handelsfreiheit in Triest zwar Jedermann, die Handelsvorzüge aber bloß den beim Mercantilgerichte angemeldeten Firmen zustehen sollen.

*) Das Verbot der Einfuhr dieser Waaren nach Triest wurde noch vom Kaiser Josef II. am 2. Jänner 1788 wiederholt.

Der von der Gemeinde an das Aerar abgetretene Oelzoll wurde seit 1749 durch das k. k. Cameralzahlamt von allem nach Triest gelangenden Oele eingehoben. Eine Gubernial-Verordnung vom 14. März 1795 übertrug aber dem k. k. Hauptzollamte die Einhebung dieses Gefälls, welches nunmehr nur von jenem Oel zu entrichten war, welches zu Lande versendet wurde, und daher von nun an mit den übrigen Zollsätzen zusammenfiel.

Die Darstellung der Entwicklung der österreichischen Zollgesetzgebung, insoferne sie das allgemeine Zollgebiet und nicht den Freihafen von Triest betrifft, gehört nicht hieher. Es sei nur erwähnt, dass durch die allgemeine Zollordnung vom 2. Jänner 1788 der erste Schritt zu einem geregelten Zollsysteme geschah.

Die französische Regierung hob mit Decret vom 15. April 1811 den Triester Freihafen auf und liess nur fictive Entrepôts bestehen; insbesondere bezweckten die Massregeln dieser Regierung, dass der Handel mit Levantiner Baumwolle nach Frankreich und Italien den Weg über Triest nehme.

Durch Bekanntmachung des prov. k. k. General-Guberniums für Istrien vom 13. März 1814 wurde sofort das vor der Abtretung an Frankreich bestandene Freihafenprivilegium Triest's wieder hergestellt.

Die Begünstigung, dass die im Triester Gebiete erzeugten Fabrikate bei der Einfuhr als inländische zu betrachten seien, wurde 1818 aufgehoben, doch ist schon 1815 angeordnet worden, dass die Rohstoffe, welche die Triester Fabriken benöthigen, gegen ermässigten Zoll aus dem Inlande bezogen werden können.

Die im Triester Stadtgebiete erzeugten Weine erhielten durch ein Hofdecret vom 19. Jänner 1821 bei der Einfuhr ins Inland eine Zollbegünstigung.

Vom 1. Februar 1834 an trat eine neue Ordnung für den zollfreien Bezug der eigenen Verbrauchsgegenstände der Bewohner des Triester Gebietes ins Leben.

Ein die früheren Bestimmungen erneuert zusammenfassender Zollltarif erschien am 27. December 1838; nach demselben geniesst die in Triest erzeugte gemeine Oelseife bei der Einfuhr ins Inland einen Begünstigungszoll, und dürfen die gleichfalls begünstigten Istrianer und Dalmatiner Oele in Triest in Privatmagazinen unter amtlicher Mitsperre behufs Wahrung ihrer Identität eingelagert werden; die Grenzen des Freihafens im Gebiete wurden vom 1. November 1853 an behufs besserer Ueberwachung der Zolllinie etwas gegen die See zurückgeschoben und am 6. December 1858 jener Zollltarif eingeführt,

der noch jetzt mit Ausnahme der durch spätere, mit einzelnen Staaten abgeschlossene Zoll- und Handelsverträge bedingten Abänderungen in Kraft ist.

Mit der kaiserlichen Entschliessung vom 10. September 1858 erfolgte die Aufhebung des Commercialwaarenstempels. Dieser war eine im J. 1792 eingeführte amtliche Bezeichnung der Webewaaren zur Constatirung des inländischen Ursprunges oder der erfolgten Verzollung derselben, und wurde gegen Entrichtung einer Gebühr von 1 bis 12 kr. vom Stück angebracht.

Bei Gelegenheit der Annahme des Finanzgesetzes für das Jahr 1872 forderte das Abgeordnetenhaus des Reichsrathes die Regierung auf, die Frage der Aufhebung der Freihäfen in ernste Erwägung zu ziehen, sowie die entsprechenden Vorlagen vorzubereiten, und hiebei die in das Jahr 1873 fallende gänzliche Vollendung des Triester Hafenbaues als den für diese Massregel geeigneten Zeitpunkt in Aussicht zu nehmen.

Cap. XXI.

Das Salzmonopol.

Die ältesten urkundlichen Spuren eines Nutzens, den der Kaiser aus den Triester Salzgärten zog, reichen bis in die Mitte des 15. Jahrhunderts zurück. Es scheint für Rechnung der Regierung Salz eingekauft und ins Inland geschafft worden zu sein; denn ein Diplom Kaiser Friedrich III. vom J. 1478 *) nennt einen Nicolaus Scalabrin als Vorsteher des kaiserlichen Kastens und der Salzkammer in Triest.

Kandler**) erwähnt, dass schon Kaiser Ferdinand I. 1536 den Versuch gemacht habe, den Ankauf des Salzes aus den Salzgärten und den weiteren Verschleiss desselben zu monopolisiren; er habe

*) Eine zur Drucklegung im Cod. dipl. istr. bestimmte Abschrift dieser Urkunde erliegt im Arch. dipl. triest.

** Raccolta delle leggi speciali per Trieste, Art. „Emporio e Porto franco di Trieste“ S. 60.

eine Camera Salaria, die ihren Sitz in Fiume, in den bedeutenderen Orten aber Salzniederlagen hatte, geschaffen, doch sei diese Neuerung in Folge der Klagen der Provinzen bald wieder zurückgenommen worden;*) er erwähnt ferner a. a. O. dass im J. 1636 in Triest ein Daz vom Salze als Staatsgefäll eingeführt worden sei. Das letztgenannte Gefäll dürfte, wenn es überhaupt bestand, nicht von langer Dauer gewesen sein, denn ein Dekret der Innerösterr. Hofkammer vom 29. März 1688**) besagt ausdrücklich, dass der Staat vom Salze die Muda erhebe; diese bestand aber aus dem Zoll von $2\frac{1}{2}\%$ des Werthes, und dem im J. 1612 eingeführten Zuschlage von 6 kr. für das Gewicht einer Saumlast.

Keiner der so häufigen Erlässe aus dem 17. Jahrhundert gegen den Salzschnuggel erwähnt einer andern Abgabe als der obigen Muda.

Der Versuch, das Salz mit einer höheren Verbrauchssteuer zu belegen, wurde übrigens wiederholt von der Regierung gemacht. Ein an die Stände der Grafschaft Görz gerichtetes Edict der innerösterr. Hofkammer vom 9. April 1638***) belegte das fremde Salz in der Einfuhr mit einer Abgabe von 1 fl. für den Star, das einheimische mit der Hälfte dieses Satzes. In Folge der erhobenen Beschwerden wurde diese Verfügung bald zurückgenommen.

Eine andere nicht unwichtige Abgabe erhob der Landesfürst von den neuen Salinen. Mehre abschriftlich im Arch. dipl. triest. aufbewahrte Urkunden, von denen angegeben ist, dass die Originale in Verlust gerathen seien, enthalten kaiserliche Bewilligungen zur Errichtung neuer Salinen, oder zum Fortbetriebe derselben durch den Erben des Errichters und zwar theils im Gnadenwege, steuerfrei, theils gegen Bezahlung einer Abgabe.

Friedrich III. erlaubt 1465 dem Domenico Burlo einen neuen Salzgarten im Triester Gebiet ohne Entrichtung einer Gebühr an den Kaiser zu erbauen.

Maximilian I. gestattet sodann 1497 dem Antonio Burlo, gegen Erlag einer Jahressumme von 24 Ducaten die Salinen seines Vaters fortzubetreiben.

*) Der kaiserliche Erlass, welcher die Aufhebung der Salzkammer anordnet, trägt das Datum vom 3. December 1537 und erliegt im Arch. diplom. triestino.

**) Arch. dipl. triest.

***) *Istoria della Contea di Gorizia* di Carlo Morelli di Schönfeld, Görz, 1855 Bd. II. S. 224.

Am 10. Juni 1524 zählt Ferdinand I. den Domenico Burlo von der Entrichtung anderweitiger Abgaben von seinen Salzgärten los, gegen eine Jahressteuer von 480 Ducaten. *)

Diese zweite Abgabe scheint sich nur auf neu angelegte Salinen bezogen und den Charakter eines Grundzinses gehabt zu haben, welcher für die aus dem landesfürstlichen Hoheitsrechte stammende Bewilligung zur Anlage neuer Salinen geleistet wurde.

Wie schon erwähnt, veranlasste der immer fortwuchernde Salzschnuggel zahlreiche und scharfe kaiserliche Edicte. Zur Hintanhaltung desselben wurde der Verkehr mit diesem Artikel auch in der Stadt selbst unter Aufsicht gestellt und angeordnet, dass Salz nur beim Hafen- und Riborgo-Thor aus- und eingeführt werden dürfe. **)

Die Absicht der Regierung zielte um diese Zeit dahin, den Triester Salzgärten dadurch aufzuhelfen, dass auf das ausländische Salz ein höherer Zoll gelegt wurde.

So setzt ein Hofkammer-Decret vom 20. Juli 1690 ***) über Bitten der Triester für das Venediger Salz den Einfuhrzoll mit 24 kr., für das Barletta-Salz mit 10 kr. vom Star fest. Dieser Schutzzoll war ausgiebig, denn ein Star Salz war um jene Zeit nur 28—30 kr. werth, mag aber gerade durch seine Höhe den Schmuggel veranlasst haben.

Um dem kleinen Grundbesitzer die Möglichkeit zum Ankaufe eines billigen Salzes zu geben, bewilligte Kaiser Leopold I. am 19. Mai 1690 ***), dass bei den Wochenmärkten jeder Unterthan bis 1½ Star Salz zollfrei ins Inland einführen dürfe, aber nur auf dem „Puggl“, nicht mittelst Wagen oder Lastthieren.

Schon seit Jahrhunderten bestand in den benachbarten, der Republik Venedig gehörigen istrischen Salzgärten das Monopol. Auch die kaiserliche Regierung that nun Schritte, um sich aus dem Meer-salze eine ergiebigere Einnahmsquelle als bisher zu schaffen.

Sie wählte hiezu den Vertragsweg. Triest erwartete sich nebst dem nunmehr gesicherten Absatze seiner Salzernte auch Vortheile aus der Concentrirung des Salzhandels in dieser Stadt, die zur Hauptlegstätte ausersehen war, als bessere Verwerthung der Magazine, Unterbringung der Bürgersöhne bei dem Salzamte, Ablenkung

*) Diese Ziffer muss gefehlt sein. 480 Ducaten jährlich waren im Anfange des 16. Jahrhunderts eine ausserordentliche Summe; noch 1461 hatte der Kaiser laut einer vollkommen authentischen, im Cap. 20 angeführten Urkunde alle seine Einnahmen aus Triest um jährliche 700 Goldgulden verpachtet.

**) Erlass Kaiser Leopold I. vom 26. April 1688 im Arch. dipl. triest.

***) Arch. dipl. triest.

des Salzhandels von S. Giovanni di Duino, welches für den Verkehr mit diesem Artikel lange Zeit hindurch ein Rival Triest's war. Mit dem Decrete der innerösterr. Hofkammer vom 11. Juni 1695 *) wurde der zwischen den Regierungsorganen und den Eigenthümern der Triester Salzbeete geschlossene erste Salzcontract genehmigt und festgesetzt, dass von nun an der Salzverschleiss für eigene Rechnung des Kaisers geführt werden solle. — Der Vertrag war für fünf Jahre abgeschlossen, wurde nach Ablauf dieser Zeit und der nächsten Quinquennien erneuert und enthielt, sowie die folgenden Verträge die Bedingung, dass die Besitzer der Salzgärten ihr Erzeugniss zum eigenen Gebrauche steuerfrei verwenden dürfen. Die andern Triester Bürger und die Bewohner des Territoriums mussten das Salz von dem k. k. Salzamte erkaufen, erhielten es aber um den eigenen Kostenpreis des Aerars.

Nach Ablauf des ersten Vertrages wurde er erneuert, jedoch der Einlöspreis des Salzes am 6. Juni 1701 auf 3 Lire 15 soldi für den Star herabgesetzt und man kam überein, dass von nun an keiner der vertragschliessenden Theile eine Abänderung des Einlöspreises verlangen solle.

Am 3. Juni 1700 verbot Leopold I. *) neuerlich, dass fremdes Salz in andern Häfen des Küstenlandes als in Triest ausgeschifft werde; die Hofkammer verordnete am 10. November 1708, *) dass 6 unparteiische Salzmesser zur Uebernahme des Erzeugnisses der Salzbeete angestellt werden sollen, und dass der Kleinverkauf dieses Artikels in Triest selbst nur durch dortige Bürger geschehen dürfe.

Der Vertrag zwischen dem Aerar und der Stadt wegen Uebernahme des erzeugten Meersalzes scheint der letzteren nicht den gewünschten Vortheil gebracht zu haben, denn 1712 scheint der Stadtrath, aber erfolglos, um Aufhebung des Salzcontractes **) gebeten zu haben; es verblieb von nun an bei dem in Uebung befindlichen Systeme. Doch nach und nach verschwand der Widerstand der Bürger gegen den Salzcontract. Ein Recurs der Stadt vom Juli 1769 ***) richtet sich nicht gegen das Bestehen des Monopols, sondern blos gegen einige Uebelstände in der Verwaltung desselben.

Das Salzpatent vom 23. Jänner 1778 ****) verfügte, dass jeder Inländer zum eigenen Gebrauche Salz in den Legstätten des Küsten-

*) Arch. dipl. triest.

**) Eine unbeglaubigte Abschrift dieser Eingabe erliegt im Arch. dipl. triestino.

***) Eine unbeglaubigte Abschrift desselben erliegt im Arch. dipl. triest.

****) Theresianische Gesetzsammlung Bd VIII. S. 138.

landes erkaufen und wegführen dürfe; im Uebrigen aber behielt sich der Staat das Recht des Gross- und Kleinhandels mit diesem Artikel, sowie das ausschliessende Benützungsrecht des Meeres zur Salzgewinnung vor; auch wurde die Einfuhr von Salz durch Private verboten.

Der Staat selbst deckte einen Theil seines Salzbedarfes mit istrischer und sicilischer Waare, für die er dann beim Einlangen regelmässig der Stadt die Abgabe vom Salzhandel (s. Cap. 9) entrichtete.

Die französische Regierung behielt das Salzmonopol bei.

Nachdem Oesterreich vom Küstenlande neuerdings Besitz genommen hatte, wurde das oben erwähnte Salzpatent am 4. Juli 1814 republicirt.

Mit der kaiserlichen Entschliessung vom 4. September 1818 wurde der Kleinhandel mit Salz im Küstenlande ganz freigegeben und dem Aerar bloss der Grosshandel aus den k. k. Magazinen vorbehalten.

Eine weitere Verordnung vom 6. März 1821 bestimmt, dass die den Gemeinden gehörigen Salinen, falls sie sich im Betriebe des Aerars befänden, denselben zur eigenen Verwaltung zurückzustellen seien, ausser wenn die Berechtigten wünschen, dass der Betrieb derselben auch in Zukunft durch die k. k. Salinendirection erfolgen solle.

Die Einfuhr ausländischen weissen Salzes wurde am 6. Mai 1822 ganz verboten.

Um die Einbringung des in den croatischen und istrischen Salzbeeten gewonnenen Salzes in das Küstenland zu hindern, wurde die Einfuhr des Erzeugnisses der Salinen von Carlobago und Zengg mit dem Hofkammerdecrete vom 4. Juli 1822 als Schleichhandel erklärt. Später wurde diese Massregel zurückgenommen, aber ein Aufschlag auf die Einfuhr von Salz aus jenen Provinzen nach Triest gelegt, welcher für das schwarze Seesalz (Vdg. v. 1. Dec. 1825) 34 kr., für das weisse aber, wenn es aus Croatien stammte, 1 fl. 10 kr., wenn es aus Istrien kam, 1 fl. 20 kr. vom Centner betrug.

Im J. 1832 wurde über Anordnung der Regierung der Betrieb der im Triester Stadtbezirke noch vorhandenen Salzbeete eingestellt; das Aerar entschädigte die Besitzer.

Es ist nicht die Aufgabe dieser Arbeit, die wechselnden Tarifpreise des vom Staate verkauften Salzes zu verfolgen, sondern es genüge hier die Andeutung, dass die jetzigen, gegen früher im Durchschnitte um 2 fl. 48 kr. für den Centner herabgesetzten Salzpreise durch das Gesetz vom 7. Juni 1868 normirt wurden.

Viehsalz wird nicht mehr erzeugt, wohl aber ein billiges Dungsalz. Zu ermässigten Preisen verkauft die Regierung das Salz an Fabrikanten zu chemisch-technischen Zwecken, dann an jene Personen, die sich mit der Einsalzung von Fischen beschäftigen.

Dank dieser Begünstigung blühen mehre Unternehmungen der letzterwähnten Art im Gebiete von Triest.

Bei der Berathung des Staatsvoranschlages für das J. 1872 forderte das Abgeordnetenhaus des Reichsrathes die Regierung auf, in Erwägung zu ziehen, ob das Monopol vom Salze ganz aufgehoben werden könne; die Erhebungen und Studien zur Lösung dieser Frage sind nunmehr im Zuge.

Cap. XXII.

Das Tabakmonopol.

Das in den deutschen Erblanden schon 1670 eingeführte Tabakmonopol ward 1714 *) auch in Triest eingeführt, indem die Anpflanzung, Einfuhr und der Verkauf des Tabaks als in der ausschliessenden Berechtigung des Staates gelegen erklärt wurden. Es war verpachtet, und ertrug im Anfange für Triest, Krain, Fiume nebst der Grafschaft Görz und Gradisca zusammen 28,000 fl.**)

Kaiser Karl VI. hob aber mit Rescript vom 7. April 1717***) dieses Monopol wegen zahlreichen gegen dasselbe vorgekommenen Beschwerden auf und verfügte, dass so wie vormals auch jetzt Jedermann in Innerösterreich, gegen vorherige Anmeldung bei der Behörde, Tabak bauen dürfe, sowie dass die Einfuhr und der Handel mit diesem Artikel gestattet sein solle.

Hiefür war ein je nach der Qualität des Tabaks festgesetzter Aufschlag von 4½ kr. bis 24 kr. vom Pfunde zu entrichten.

*) Scussa a. a. O. S. 149. Das Einführungsprivilegium kam dem Verfasser nicht zu Gesicht.

**) Note ed aggiunte di G. D. Dellabona alla storia della contea di Gorizia di Carlo Morelli di Schönfeld, Görz 1855, S. 211.

***) Die Urkunde im Arch. dipl. istr.

Der Erfolg dieser Massregel scheint aber den gehegten Erwartungen nicht entsprochen zu haben, denn schon am 11. März 1723 *) wurde die Zubereitung im Inlande und die Einfuhr des Tabaks ganz verboten, mit der Motivirung, das sehr viel fremder, zum Theil verfälschter und schädlicher Tabak eingeführt worden, hingegen das Geld der Unterthanen ausser Land gegangen sei. Es wurde eine k. k. Tabakmanufactur errichtet, welche an Unternehmer verpachtet wurde. Der Anbau im Inlande war nur gegen Anmeldung bei der k. k. Tabak-Consumptions-Administration und Bewilligung derselben gestattet, und es musste aller erbaute Tabak der k. k. Regie zur Einlösung abgeliefert werden.

Um dem Handel eine Erleichterung zu gewähren, gestattete Kaiser Karl VI. am 11. November 1730 **), dass der zur See anlangende Tabak zum Zwecke der Wiederausfuhr in dieser Stadt eingelagert werden dürfe. Die Tabak-Administration musste von jeder ankommenden Partie in Kenntniss gesetzt werden, und hatte die Mitsperre der bezüglichen Lagerräume.

Das Gefäll war bis Ende 1783 verpachtet, wurde dann mit den Hofdecreten vom 20. November 1783 und 8. Mai 1784 in die eigene Verwaltung des Staates übernommen, und erhielt damit eine Einrichtung, welche mit der noch heute bestehenden und als bekannt vorauszusetzenden im Wesentlichen übereinstimmt.

Auch die Einfuhr zum eigenen Gebrauche wurde durch das Hofdecret vom 28. Juni 1784 gegen Erlag einer Abgabe von 1 bis 3 fl. per Pfund, je nach der Qualität des Tabakes, gestattet. Der jetzt geltende Tarif für die bei der Einfuhr des Tabaks zu entrichtenden Abgaben unterscheidet nur Rohtabak und Tabakfabrikate.

Zum Bezuge von ausländischem Tabak muss aber nebst der Entrichtung der Abgabe auch die Bewilligung der competenten Finanzbehörde erlangt werden.

*) Die Urkunde im Arch. dipl. triest.

**) Raccolta delle leggi ed ordinanze speciali per Trieste, Art. „Emporio e Porto franco di Trieste“. S. 131.

Cap. XXIII.

Stempel, Gebühren von Rechtsgeschäften, Taxen und Gerichtssporteln.

Schon frühzeitig bestanden Sporteln für richterliche Amtshandlungen. Sie wurden im Statut Ferdinand I. nach dem folgenden Ausmasse geregelt, und angeordnet, dass sie zu Gunsten der Richter eingehoben werden sollen.

Bei einem Streitgegenstand unter 10 Ducaten betrug die Sportel 3 Lire,

von	10 bis	25	„	7 Lire.
„	25	„	50	„ 12 „
„	50	„	100	„ 4 Ducaten
„	100	„	200	„ 7 „
„	über 200	„		„ 10 „

Obige Beträge waren von beiden Parteien zusammen zu zahlen, u. z. die erste Hälfte bei Beginn, die andere am Ende des Processes.

Diese Gerichtssporteln wurden, als den Parteien zu lästig, durch die Statutenreform des Erzherzogs Carl vom 1. September 1564 aufgehoben und dafür dem Richter ein Gehalt von 200 Ducaten aus dem Gemeindesäckel angewiesen.

Ueber Vorstellung der Triester wurde jedoch mit erzherzoglichem Erlass vom 10. November 1565*) diese Neuerung aufgehoben und die alte Sportelordnung wieder eingeführt; auch Leopold I. bestätigt diese letztere am 21. April 1679. *)

Der genannte Kaiser führte auch den Papierstempel ein.

In einem Erlasse vom 27. Mai 1687*) befiehlt er den Triestern auf das strengste, dem im J. 1686 erlassenen früheren kaiserlichen Auftrage nachzukommen und für Gerichtseingaben das sigillirte Papier (3 kr. für jeden Bogen) zu verwenden.

Der Erlass selbst ist auf einem Stempelbogen geschrieben und wirft dem Stadtrathe von Triest vor, dass er die erwähnte frühere Regierungskundmachung wegen Einführung des Stempels nicht einmal publicirt habe.

*) Arch. dipl. triest.

Dieser Stempel zu 3 kr. war in der Folge, und bis zur französischen Occupation, die einzige in Triest eingehobene Stempelabgabe, mit Ausnahme des Spielkartenstempels, der mit Patent vom 6. Februar 1762, des Stempels der Haarpuderpäckchen, welcher im Erlasse Maria Theresia's vom 13. März 1764*) neuerdings eingeschärft wurde, und des gleichzeitig eingeführten Kalenderstempels.

Das Arch. dipl. triest. bewahrt einen Erlass der Generalintendanz vom 30. October 1762, worin ausdrücklich gesagt wird, dass Triest von dem neuen Stempelpatent, welches die Regierung daselbst einzuführen gedachte, verschont bleiben und dass der Papierstempel zu 3 kr. allein fortbestehen soll.

Das System der Gerichtstaxen wurde von Maria Theresia geordnet, indem sie dem Richter einen Gehalt aus dem Stadtsäckel anwies, in welchen letzteren dafür die statt der gleichzeitig aufgehobenen alten Sporteln neu normirten Gerichtstaxen einfließen sollten.

Die vollständige Wiedergabe des hierüber erlassenen Tarifs wäre hier kaum von Interesse; es sei bemerkt, dass darin für die im Civilgerichtsverfahren vorkommenden Bescheide, Urtheile, Berichte und sonstige Amtshandlungen Gerichtstaxen von 6 kr. bis 6 fl. festgesetzt wurden; für Uebertragungen von Todeswegen soll vom reinen Nachlasse $\frac{1}{2}$ % im Maximum aber eine Summe von 100 fl. als Taxe gezahlt werden. Ein der Hälfte dieser Abhandlungstaxe gleicher Betrag ist ausserdem den Sperr- und Inventurs-Commissären vom Erben zu bezahlen.

Gerichtliche Depositen, mit Ausnahme der Pupillardepositen, entrichten $\frac{1}{2}$ % als Taxe, ohne Beschränkung durch einen Maximumsatz.

Der Tarif enthält ferner die Bestimmung, dass in den darin nicht vorgesehenen Fällen die Taxe nach dem Gutdünken des Gerichtes festzusetzen sei, und regelt auch die Gebühren der Gerichtsboten.

Diese Taxordnung trägt das Datum vom 18. Mai 1767 und bestimmt ausdrücklich, dass Jedermann, Bürger und Fremde, derselben von nun an unterliegen solle, während früher die Sporteln blos von Auswärtigen, nicht aber von Bürgern oder Inwohnern Triest's gezahlt worden seien.

Ganz arme Personen waren von der Entrichtung dieser Abgabe befreit.

*) Raccolta delle leggi speciali di Trieste, Art. „Il bollo della carta „

Nach einer Erläuterung der Commercialintendanz vom 7. April 1764 unterlagen dem Papierstempel von 3 kr. alle Bittschriften und deren Beilagen, ebenso die hierüber erfolgenden amtlichen Expeditionen und Berichte.

Am 13. September 1787 wurde die Josefinische Taxordnung für richterliche Amtshandlungen erlassen. Es werden darin Taxen bis zu 12 fl., dann für Aufnahme und Gutheissung von Rechnungen bei Gericht, eine „Raittaxe“ von 3% festgesetzt.

Nachdem Oesterreich die illirischen Provinzen wieder erobert hatte, wurden die von der französischen Regierung eingeführten Einregistrirungsgebühren, *) dann das französisch-illirische Stempelpatent vom 24. Juli 1811 mit Beschluss der Organisirungs-Hofcommission vom 14. Juni 1814 aufgehoben, und dafür die niederösterreichischen Landtafel- und Grundbuchtaxen eingeführt, ebenso für das Gerichtsverfahren die josefinische Taxordnung reactivirt.

Ein weiterer Beschluss derselben Commission vom 9. Juli 1814 ordnete an, dass Triest von der Erbsteuer frei sein solle, und diese Steuer hat auch thatsächlich bis zu ihrer im J. 1840 erfolgten Aufhebung in dieser Stadt nie bestanden.

Das Stempelpatent vom 5. October 1802 und die Nachtragsverordnung vom 1. März 1811 wurde mit der Currende vom 5. Juni 1814 auch für Triest in Wirksamkeit gesetzt, doch wurde gleichzeitig über Ansuchen des Triester Handelsstandes eine höchst wesentliche Erleichterung des kaufmännischen Verkehrs bewilligt, nämlich, dass die in Handelsgeschäften der Kaufleute des freien Seehafens zu Triest vorkommenden Wechsel, Proteste, Frachtbriefe, Versicherungs- und andere Handelsverträge, Rechnungen und Handelsbücher stempelfrei sein sollen, und nur im Falle der Verwendung bei Gericht mit einem Stempel von 3 kr. zu versehen seien. Alle Nichtkaufleute in Triest, ferner auch die Kaufleute in Geschäften, die keinen beweglichen Handelsgegenstand betreffen, unterlagen hingegen den allgemeinen Bestimmungen des Stempelgesetzes.

Es ist nicht die Aufgabe des Verfassers, hier den Inhalt dieses und der folgenden Stempelgesetze vom 27. Jänner 1840, dann des noch jetzt geltigen vom 9. Februar 1850 eingehend darzustellen, indem vorausgesetzt werden muss, dass diese Gesetze jedem Leser zugänglich sind.

*) Vgl. hierüber des Verfassers „Die Abgaben von den Uebertragungen unbeweglichen Eigenthumes“ Triest 1869, S. 10.

Doch sei bemerkt, dass das Gesetz vom J. 1840 auch die noch jetzt in Kraft befindlichen Anordnungen über Verleihungs- und Beförderungstaxen einführt; dass die oben erwähnte Befreiung der im Triester Handelsverkehre vorkommenden Urkunden mit kaiserlicher Entschliessung vom 21. Februar 1841 verlängert, am 25. Jänner 1853 aber nach den in andern österreichischen Handelsstädten gemachten Erfahrungen und um den Grundsatz der gleichmässigen Vertheilung der Staatslasten zur Geltung zu bringen, aufgehoben wurde; und dass die wichtigsten Nachtragsverordnungen zu dem jetzt geltenden Stempel- und Gebührengesetze das Datum des 13. December 1862 und vom 29. Februar 1864 tragen.

Cap. XXIV.

Die Staatsverzehrungssteuer.

In dem Diplome, welches Herzog Leopold am 30. September 1382 zu Graz ausstellte, und in welchem er die Unterwerfung Triest's unter seine Oberhoheit annahm, war festgesetzt, dass Alles, was zum eigenen Verbrauche der Bürger gehört, insbesondere Lebensmittel, mit einer Staatssteuer nicht belegt werden soll, und dabei blieb es durch mehr als drei Jahrhunderte.

Drückende Finanznoth suchte die Regierung der österreichischen Länder im Anfange des 18. Jahrhunderts heim. Der spanische Erbfolgekrieg, die Kosten der Bewachung und Vertheidigung der neugewonnenen Grenze gegen die Türken, sowie die Kosten einer durch die veränderten Zeitumstände im Verhältnisse zu früher weit aus verwickelter und kostspieliger gewordenen Verwaltung veranlassten die kaiserliche Regierung zur möglichsten Anspannung der Steuerkräfte der Unterthanen.

Diesen zwingenden Umständen verdankt auch die erste Form der in Triest eingehobenen Staatsverzehrungssteuer, der Fleischkreuzer, seinen Ursprung.

Kaiserliche Patente*) vom 9. October 1703, vom 5. October 1704 und vom 29. November 1705 führten diese Abgabe ein, welche zuerst dem Banco-Collegium zur Verwaltung übergeben, dann der Stadt gegen eine in vierteljährigen Raten zu entrichtende Pachtsumme von 1260 fl. überlassen wurde.

Triest sandte einen eigenen Bevollmächtigten an den Hof Josef I., um die Aufhebung dieser Neuerung zu erlangen, jedoch ohne Erfolg.

Der ursprüngliche Tarif setzte eine Steuer von 1 kr. für das Pfund des geschlachteten Viehes fest, welche vom Gesamtgewichte nach Abzug von 5% für Abfälle bemessen wurde. Das letzte der oben erwähnten Patente führte für jede Schlachtviehgattung einen eigenen Abgabensatz ein, z. B. für einen Ochsen 6 fl. 40 kr.

Sehr bald (das Jahr ist genau nicht zu bestimmen) ging die Einhebung dieses Gefälls in die Hände des k. k. Mauthoberamtes über, welches vom Ertrage die Aversualsumme zurückbehielt, den bei weitem grösseren Rest aber an die Stadtcasse abführt. Eine bestimmte Anordnung erliess diesfalls Maria Theresia am 7. December 1752, ebenso weist ein Decret der General-Commerzial-Intendenz vom 10. Februar 1753 der Stadt ausdrücklich den 1260 fl. übersteigenden Ertrag dieser Abgabe zu.

Die Stadt bezog durch diese Verfügung aus dem Fleischkreuzer fünf- bis sechsmal so viel als der Staat.

Der Tarif vom 1. Juli 1768 ermässigte diese Abgabe auf folgende Sätze:

Es war zu entrichten	an Mittel- ding	an Fleisch- kreuzer	Zusammen
für einen Mastochsen	50 kr.	1.16½	2.6½
„ mittleren Ochsen	40 „	1.8	1.48
„ kleineren „	30 „	— .57½	1.27½
„ dreijährigen „	20 „	.45½	1.5½
für eine Kuh , ...	20 „	— .34	— .54
u. s. w.			

*) Sämmtliche hier erwähnte Urkunden befinden sich im Original im Arch. dipl. triest.

Hofdecrete vom 17. Februar und 15. Juni 1783 befreiten die kleinen Viehgattungen, mit Inbegriff der Schweine und Kälber, von dem Fleischkreuzer, bis auf Widerruf, der aber nie erfolgte.

So war es bis 1. August 1811.

Von da an liess die französische Regierung den ganzen Ertrag dieses Gefälls in die Stadtcasse fliessen, welche es nach dem alten Fleischkreuzer-Tarif selbst einhob, und der Regierung nichts mehr zu entrichten hatte.

Auch die nachgefolgte österreichische Regierung belliess der Gemeinde den vollen Ertrag des Fleischdazes, welcher somit bis 1829 wieder rein städtisch war, erhob dagegen von der Stadt die Grundsteuer, sowie ein Aversuale für die so wie diese aus der Franzosenzeit herrührende Kopf- und Patentsteuer.

Von da an bis zum J. 1829 bestand keine Staatsverzehrungssteuer in Triest, denn der Beschluss der Organisirungs-Hofcommission vom 14. Juni 1814, und die Gubernial-Verordnung vom 14. October 1820, welche eine Staatsaccise auf Wein und geistige Flüssigkeiten legten, sowie der weitere Statthaltereierlass vom 9. Jänner 1820, welcher das Fleischkreuzer-Gefäll wieder einführte, galten nur für den übrigen Theil des Küstenlandes, und befreiten Triest ausdrücklich von diesen Abgaben.

Am 25. Mai 1829 erliess die kaiserliche Regierung ein für alle Provinzen, auch für Triest, giltiges Patent, wodurch eine allgemeine Staatsaccise festgesetzt wurde.

Wegen der Untrennbarkeit dieser Verhandlung von der Geschichte der städtischen Tranksteuer und wegen besserer Uebersicht wurde die Geschichte der Einführung dieser allgemeinen Staatsverzehrungssteuer im Cap. 5 dargestellt, und wolle dort nachgelesen werden.

Das von Triest zu entrichtende Aversuale wurde in mehrjährigen Zwischenräumen neu festgesetzt. Für den fünfjährigen Zeitraum vom 1. Jänner 1870 bis Ende 1874 beträgt es:

für das J. 1870	fl. 767,150.—
„ 1871 um 5% obiger Summe mehr	805,507 50
„ 1872 ebenso	805,507 50
„ 1873 um 7½% mehr	824 686.25
„ 1874 um 10% mehr	843,865.—

In dieser Summe ist der mit kaiserlicher Verordnung vom 17. Mai 1859 eingeführte Kriegszuschlag von 20% mit inbegriffen.

Es würde den Rahmen dieses Werkes überschreiten, wenn hier die zahlreichen neueren, auf die Zucker-, Branntwein- und Bier-

erzeugung und auf den Verbrauch von Fleisch und Wein bezüglichen Gesetze wiedergegeben werden sollten, denn theils haben sie wie die drei letztgenannten Abgaben für Triest derzeit keine Wirkung, theils kann sich jeder Leser den Wortlaut dieser jetzt noch in voller Gesetzeskraft befindlichen Anordnungen verschaffen.

Cap. XXV.

Die Regalien vom Berg- und Münzwesen, das Punzirungs-, Mauth- und Lottogefäll, das Salpeter- und Pulvermonopol.

Ueber das neuerlich mit dem allgemeinen österreichischen Berggesetze vom 23. Mai 1854 geregelte Bergregale des Staates braucht hier aus dem Grunde nichts gesagt zu werden, weil in dem beschränkten Stadtgebiete ein Bergbau nicht getrieben wird.

Bezüglich des Münzregals unterliegt Triest seit seiner Vereinigung mit den österreichischen Provinzen denselben Anordnungen wie diese.

Bis in die Mitte des 18. Jahrhunderts circulirten Venediger grobe und Scheidemünzen; vielfache landesfürstliche Verordnungen regelten deren Curswerth im Verhältnisse zur österreichischen Landesmünze (s. auch Cap. 3).

Hinsichtlich des Punzirungsgefälles mag es genügen, dass hier das Bestehen desselben erwähnt wird. Diese kleine, ursprünglich mit Patent vom 23. März 1788 eingeführte Abgabe wird für die amtliche Bezeichnung des Feingehaltes der Gold- und Silberwaaren entrichtet.

Regellos und ohne System ward in früheren Zeiten der Handelsverkehr mit Strassen- und Brückenmauthen belegt Private und Landstände errichteten Mauthschranken kraft kaiserlicher Specialbewilligungen und der Staat selbst erhob auf den durch ihn erhaltenen Strassen zahlreiche Mäuthe, welche am Ende des 17. Jahrhunderts auch unter der Benennung „Mittelding“ vorkommen.

Nachdem das Theresianische Passagemauthpatent vom 16. Mai 1760 Ordnung in diese Verhältnisse zu bringen gesucht hatte, hob Josef II. am 9. November 1782 alle Privatmäuthe mit Ausnahme derjenigen auf, welche unmittelbar an Brücken oder Ueberfahrten oder auf den chausseemässig erhaltenen Strassen bestanden.

Das jetzige System dieser Abgabe, welches die Einhebung von Privatmäuthen ganz ausschliesst, wurde durch das Patent vom 10. Februar 1853 geregelt.

Ausserdem bezog das Cameralärar seit der Mitte des vorigen Jahrhunderts bis zur Zeit der französischen Herrschaft eine sogenannte Schüttfuhrmauth. Dieselbe entstand daraus, dass zum Baue der Neustadt die Verschüttung der früher dort bestandenen Salzgärten nothwendig wurde und man deshalb jedes ankommende Fuhrwerk verpflichtete, zu diesem Zwecke eine Fuhr Erde mitzubringen.

Da dies den Verkehr zu sehr belästigte, wurde diese Verpflichtung durch eine Mauthgebühr ersetzt, welche das Aerar einhob, und dafür die Verschüttung besorgte.

Das Lottogefäll, eine auf die Spielsucht gelegte Steuer, mittelst welcher der Staat sein Regale zur Eingehung gewisser Arten von Glücksverträgen ausübt, wurde am 13. November 1751 eingeführt, zuerst verpachtet, dann mit dem noch heute giltigen Patente vom 13. März 1813 geregelt und vom Staate in eigene Regie übernommen.

Schon Ferdinand I. verordnete am 18. April 1538,*) dass das im Inlande erzeugte Pulver und der daselbst gewonnene Salpeter nicht ausgeführt werden dürfe, sondern an die kaiserlichen Zeughäuser abzuliefern sei.

Das förmliche Salpeter- und Pulvermonopol wurde mit dem Patente vom 21. December 1807 eingeführt, hinsichtlich des Salpeters aber am letzten März 1853 zu dem Zwecke aufgehoben, um der Industrie den Bezug dieses wichtigen Hilfsstoffes zu erleichtern.

*) Arch. dipl. triest.

Nachdem der Thronfolger Friedrich Wilhelm III. am 18. März 1760 Ordnung in diese Verhältnisse zu bringen gesucht hatte, hob Joseph II. am 29. November 1782 alle Privilegien mit Ausnahme derjenigen auf, welche unmittelbar an Fürsten oder Landesherren oder auf den chancensässigen erblichen Ständen bestanden.
Das jetzige System dieser Abgabe, welches die Befreiung von Privilegien ganz ausschliesst, wurde durch das Gesetz vom 10. Februar 1853 geregelt.

Ausserdem bezog das Gummistück seit der Mitte des vorigen Jahrhunderts bis zur Zeit der französischen Herrschaft eine sogenannte Schuttschranke. Dieser entstand daraus, dass zum Heile der Nation die Verschüttung der früher dort bestehenden Holzwerke notwendig wurde und man deshalb jedes Holzwerkende Holzwerk verpflichtet, zu diesem Zwecke eine hohe Fide mitzubringen.
Da die Holzwerke zu sehr belastet waren, wurde diese Verpflichtung durch eine Minderungssteuer ersetzt, welche das Holz mindert, und damit die Verschüttung beschränkt.

Das Lotteriegeld, eine auf die Fide mitzubringende Steuer, besteht, welcher der Staat sein Recht zur Eingehung gewisser Arten von Glücksspielen ausübt, wurde am 13. November 1751 eingeführt. Es ist verpachtet, dann mit dem noch heute gültigen Fide, was am 13. März 1818 geregelt und zum Heile in einem Gesetz bestimmt.
Schon Ferdinand I. verordnete am 15. April 1588, dass das in Fide erzeugte Fide und der damit erzeugte Gewinn nicht angeteilt werden sollte, sondern an die kaiserliche Kammer abzuliefern sei.

Das kaiserliche Lotteriegeld und Polsterungsgeld wurde am dem Patente vom 21. December 1807 eingeführt. Inzwischen hat das Lotteriegeld aber am 1. März 1853 zu dem Zwecke aufgehoben, um der Industrie den Bezug dieses wichtigen Artikels zu erleichtern.

Es kann bemerkt werden, dass die Lotteriegeldsteuer, die die kaiserliche Kammer ausübt, nicht mehr als ein Privilegium betrachtet werden kann, da sie auf dem Grunde der Fide beruht, und die kaiserliche Kammer die Fide zu dem Zwecke aufgehoben hat, um der Industrie den Bezug dieses wichtigen Artikels zu erleichtern.

Alle in Fide erzeugte Fide wird an die kaiserliche Kammer abzuliefern sein. Die kaiserliche Kammer hat die Fide zu dem Zwecke aufgehoben, um der Industrie den Bezug dieses wichtigen Artikels zu erleichtern. Die kaiserliche Kammer hat die Fide zu dem Zwecke aufgehoben, um der Industrie den Bezug dieses wichtigen Artikels zu erleichtern.

V. Abtheilung.

Erträgnisse der Triester Steuern.

Cap. XXVI.

Uebersicht des Ertrages der städtischen Abgaben.

Um das Bild der finanziellen Ergebnisse des Triester Steuersystems anschaulich zu machen, folgen hier einige aus den im diplomatischen Archive dieser Stadt aufbewahrten Stadtrechnungen entnommene Ausweise über das Erträgniss der Gemeindeabgaben in verschiedenen Jahrhunderten.

1454	Lire	Soldi
Grosser Weindaz	4300 *)	—
Daz vom Salzverkaufe	151	—
Abgabe von der Salzgewinnung	901	15
Zoll von Heu und Stroh	250	—
Dacium ternariae (von Rauchfleisch, Käse, Oel, etc.)	150	1
Fleischdaz	2000	1
Fischdaz	400	1
Weindaz im Territorium	1020	—
Abgabe von Bau- und Werkholz	40	—
Waggeld (dacium pese)	550	—
Dacium mensurae (für Abmessung von Wein u. Oel)	50	—
Summe des Erträgnisses der Gemeindeabgaben	9812	18

*) Diese Ziffer bezieht sich auf das J. 1453, und wurde statt jener des Jahres 1454, deren Höhe nicht erhoben werden konnte, hier eingestellt.

1526	Lire	Soldi
Grosser Weindaz	3650	—
Fischdaz	500	—
Zoll von Werk- und Bauholz.	60	1
Fleischdaz *)	550	—
Schiffahrtsgebühr (Dazio di un soldo per soma)	250	3
Waggeld vom Getreide (dazio della pesa)	1700	1
Waggeld für andere Waaren (dazio della justizia)	200	—
Weindaz vom Territorium	490	—
Gebühr für Abmessung von Wein und Oel	850	1
Gebühr für Dichtmachung der Fässer (dazio dell'acqua de impair e inrasar)	50	2
Steuer von der Salzgewinnung (dazio del sestier)	650	2
Steuer vom Salzverkaufe (di 4 soldi per moggio)	200	—
Summe	9150	10

1607	Lire	Soldi
Grosser Weindaz	16510	19
Weindaz des Territoriums	1043	2
Waggeld für Getreide	2870	11
Waggeld für Kaufmannsgüter	330	—
Schiffahrtsgebühren (Dazio di un soldo per soma)	371	—
Gebühr für Abmessung von Wein und Oel	1400	—
Fischdaz	2400	—
Dazio di un soldo per Lira (Zoll vom Werkholze)	566	13 1/2
Dazio de rasar ed empir (für Dichtmachung der Fässer)	19	7
Abgabe von der Salzgewinnung	2650	—
Abgabe vom Salzverkaufe	183	4
Summe	28344	16 1/2

*) Der Pächter musste ausserdem die im Cap. 6 angeführten Bedingungen eingehen.

1679 *)	Lire	Soldi
Grosser Weindaz.	26000	—
Weindaz vom Territorium.	1935	—
Fischdaz	2362	10
Steuer vom Werkholz (di un soldo per Lira).	405	—
Dazio dell'utilità delle beccherie L. 23, ist ein Miethzins für die städtische Fleischbank und keine Steuer	—	—
Waggeld für Getreide	2655	—
Waggeld für Kaufmannsgüter (dazio della giustizia)	787	10
Gebühr für Abmessung von Wein und Oel	1650	—
Gebühr für Dichtmachung der Fässer.	26	—
Schiffahrtsgebühren (Dazio dell'arborazo)	270	—
Steuer vom Salzverkaufe **) (dazio di 4 soldi per moggio)	202	10
Summo	36293	10

1725	Lire	Soldi
Grosser Weindaz	17500	—
Weindaz vom Territorium	3015	—
Fischdaz	3555	—
Schiffahrtsgebühren	585	—
Waggeld für Getreide	1125	—
Waggeld für andere Waaren	1060	—
Gebühr für Abmessung von Wein und Oel	3499	1
Holzdaz	2430	—
Gebühr für Dichtmachung der Fässer	30	—
Die beiden Abgaben vom Salze, jene von der Gewinnung und jene vom Verkaufe (del sestiero e del moggio) werden vereint ausgewiesen und ertrugen zusammen	6525	14 1/2
Summa , ...	36324	15 1/2

*) Aus dem Archeografo triestino, Bd. II. S. 314.

**) Hinsichtlich der Steuer von der Salzgewinnung (dazio del sestiero) wird gesagt: Der Ertrag dieser Steuer sei am 31. Dec. 1679 an Francesco Bajardo um 3487 Lire 10 soldi verpachtet worden. Diese Abgabe wird aber jetzt von der kaiserlichen Kammer in Graz eingehoben. Die Begründung dieses Umstandes wird im Cap. 9 geliefert.

1736	Lire	Soldi
Der Gemeindezoll vom Oel *)	6575	14
Strassenmauthen	769	19
Grosser Weindaz	47000	—
Territorialweindaz	2647	10
Fischdaz	5100	—
Schiffahrtsgebühren (dazio dell' alborazo).	2715	18
Waggeld vom Getreide (Dazio delle biade).	1177	10
Gebühr für Abmessung von Wein und Oel	5266	13
Abgaben vom Holze	1777	10
Gebühr für das Dichtmachen der Fässer	104	—
Dazio per la caricatura del Sale, welcher von den Salzmessern gezahlt wird, und ein Waggeld vom Salze **) gewesen zu sein scheint	240	—
Summe	73374	14

*) War nicht verpachtet, sondern wurde in eigener Regie eingehoben, und auch abgesondert von den Dazen verrechnet.

**) Die beiden andern üblichen Steuern vom Salze erscheinen in diesem Jahre nicht, und dürften für einen längeren als einjährigen Zeitraum verpachtet gewesen sein.

1778	Lire	Soldi
Grosser Weindaz	226,200	—
Territorial-Weindaz	4,566	—
Strassenmauthen	10,058	17
Waggeld vom Getreide *)	6,352	19
Gebühr für Abmessung von Oel und Wein	19,000	—
Holzdaz	11,100	—
Abgabe für Dichtmachung der Fässer	703	—
Gerichtssporteln	4,371	19
Antheil der Gemeinde am Fleischkreuzer	26,388	16
Die beiden Salzsteuern vom einheimischen Salze zu- sammen	8,126	16
Verkaufssteuer (Moggio) vom fremden Salze **)	589	13
Summe	317,458	—

*) Erscheint hier zum letzten Male.

**) Dieser Betrag wurde von dem k. k. Salzamte für eingeführtes fremdes Salz an die Gemeinde-Casse entrichtet.

1783	Lire	Soldi
Grosser Weindaz	280,250	—
Weindaz vom Territorium	4,347	—
Strassenmauthen	16,162	19
Vom k. k. Einhebungsamt werden abgeliefert als Ueberschuss des Erträgnisses des Fleischkreuzers (Schlachtviehsteuer)	31,130	19
Abgabe vom Holze	18.100	—
Sestiero (Steuer von der Salzgewinnung)	12,743	14
Moggio (Verkaufssteuer vom einheimischen Salze)	542	2
Moggio (Verkaufssteuer vom fremden Salze*)	356	10
Gebühr für Dichtmachung der Fässer	501	—
Gebühr für Abmessung von Wein und Oel	20,000	—
Sporteln, welche die Gerichtskanzlei einhob und an die städtische Casse abführte	2.875	2
Summe	387,009	6

*) Dieser Betrag wurde von dem k. k. Salzamte für eingeführtes fremdes Salz an die Gemeindecasse entrichtet.

Dem Verfasser gelang es nicht, eine vollständige Stadtrechnung aus der ersten Hälfte dieses Jahrhunderts zur Einsicht zu erhalten.

Es sei daher hier zur Ausfüllung der Lücke bemerkt, dass im letzten Jahre des alten Dazsystems (1828) folgende Pachtsummen eingingen.

1828	Conv. Münze	
	fl.	kr.
Von der Abgabe für Ausschank und Abmessung von Wein	288,015	39
Der dem Spitale gehörige Einfuhrdaz von Getränken ergab	156,984	21
Der städtische Fleischaufschlag	21,800	—
Pflastermauth 28.000 fl. Pflastergeld 2600 fl. zusammen	30,600	—
Summe	497,400	—

Das Erträgniss der städtischen Gefälle im J. 1831, dem ersten, in welchem das jetzige System in Anwendung kam, betrug :

1831	Conv. Münze	
	fl.	kr.
An Getränksteuer	600,200	—
Von der Schlachtviehsteuer	125,050	—
Summe	725,250	—
Dem Staate wurde damals ein Aversum von für die Verzehrungssteuer gezahlt	350,000	—
Daher verblieb der Stadt aus diesem Gefäll ein Erträgniss von welches aber nicht das Totale der Einnahmen der Stadt aus ihren Steuern bildet; das Erträgniss der Einhebungspercente der Grundsteuer und der Pflaster- und Wegmauthen wären hinzuzurechnen.	375,250	—

1870 *)	Oesterr. Währg.	
	fl.	kr.
Erträgniss der städtischen Trank- und Schlachtviehsteuer fl. 1,782,407.96		
Hievon ab das dem Staate entrichtete Aversum von „ 767,150.—		
verbleibt ein Ertrag von	1,015,257	96
Hauszinssteuer fl. 531,081.20		
Abzüglich des dem Staate entrichteten Aversums von „ 414,750.—		
ergibt sich ein Ueberschuss von	116,331	20
Gemeindezuschlag zur Hauszinssteuer	106,216	24
Gemeindezuschlag zur Hausclassensteuer	3,026	26
Gemeindezuschlag zur Einkommensteuer	97,739	13 1/2
Pflastertaxen und städtische Wegmauthen zusammen	36,074	47 1/2
Fleischbeschaugebühren	42,177	80
Hundesteuer	4,135	57 1/2
Summe	1,420,958	64 1/2

*) Ausserdem liefen noch Schulgelder, Bürgerrechts-, Begräbniss- und Friedhoftaxen, Markt- und Platzgelder u. a. m. ein. Die unter diesen Titeln eingehobenen Summen gehören nicht in die gegenwärtige Darstellung, sind auch meist unbedeutend. Das Schulgeld für den Besuch der Elementarschulen ist in Triest seit 1871 aufgehoben

**) 1871 wurden von der Gemeinde folgende Beträge an Verzehrungssteuer eingehoben:

für die Einfuhr von Wein, Bier und Trauben fl.	920,431.91
„ den Ausschank von Wein „	851,816.18
„ „ „ „ Spirituosen „	102,194.59
an Schlachtviehsteuer „	311,787.82

Summe . . fl. 2,186,230 50

Nach Abzug des Staatsaversums von „ 8 5,507.50

verbleibt der Gemeinde ein Ertrag von fl. 1,380,723.—

Cap. XXVII.

Das Erträgniss der Staatssteuern von Triest
im Jahre 1871. *)

a. directe Steuern						
	Eingehobene Rückstände aus den Vorjahren		Eingehobene Schuldigkeit des laufenden Dienstes		Zusammen	
	fl.	kr.	fl.	kr.	fl.	kr.
Grundsteuer . . .	6,184	27 1/2	8,649	17	14,833	44 1/2
Hauszinssteuer . . .	—	—	414,750	—	414,750	—
Hausclassensteuer . .	18,265	60 1/2	27,760	68 1/2	46,026	29
Einkommensteuer . .	277,454	44 1/2	589,925	74 1/2	867,380	19
Executionsgebühren .	109	10	81	35	190	45
Verzugszinsen . . .	—	—	3,771	22	3,771	22
Im Ganzen . . .	302,013	42 1/2	1,044,938	17	1,346,951	59 1/2
b. indirecte Abgaben.						
Zoll**)					1,211,376	65
Verzehrssteuer					802,348	42
Salzgefall***)					255,647	9
Tabakgefall ***)					1,444,633	1
Mauth.					62,501	91
Taxen und unmittelbare Gebühren ****)					641,343	57
Stempelgefall . . . , . . .					284,245	81
Im Ganzen . . .					4,402,096	46
Summe der directen Steuern . .					1 346.951	59 1/2
Summe der indirecten Steuern .					4,402,096	46
Gesamtsumme .					5,749,048	05 1/2

*) Hinsichtlich früherer Jahre waren die erforderlichen Angaben nicht zu erhalten; den Ertrag des Lotto- und Punzirungsgefälles und des Pulvermonopols vermochte der Verfasser nicht zu erheben.

**) Wird als Reichseinnahme der österreichisch-ungarischen Monarchie verrechnet.

***) Bruttoertrag, in welchem der Gestehungswerth der verkauften Monopolsgegenstände mit enthalten ist.

****) Einen hier nicht ausscheidbaren Theil dieses Betrages bilden jene Gebühren, welche sich auf Görz oder Istrien beziehen, für welche Provinzen und Triest nur ein gemeinschaftliches Gebührenbemessungsart besteht.

Inhalts-Verzeichniss.

VORWORT.

Seite
1

I. Abtheilung.

Allgemeines.

Cap. 1. Quellen der gegenwärtigen Arbeit	3
„ 2. Uebersicht der Geschichte der Triester Steuern	7
„ 3. Ueber die älteren Triester Münzen, Maasse und Gewichte	19

II. Abtheilung.

Kirchensteuern.

Cap. 4. Abgaben an die Kirche	23
-------------------------------	----

III. Abtheilung.

Gemeindesteuern.

Cap. 5. Die städtischen Getränkesteuern	29
„ 6. Die städtische Schlachtviehsteuer	40
„ 7. Gebühren für Abwägung und Abmessung von Waaren	44
„ 8. Gemeindezölle	48
„ 9. Die beiden städtischen Abgaben vom Salze	52
„ 10. Die Abgabe vom Brodbacken	57
„ 11. Der Fischdaz	58
„ 12. Die Abgabe für Holz, Heu und Stroh	59
„ 13. Die städtische Schifffahrtsabgabe	61
„ 14. Gemeindezuschläge zu den directen Staatsabgaben	62
„ 15. Verschiedene kleinere Gemeindesteuern	63
„ 16. Die Einhebung und Verwaltung der Gemeindeabgaben	65

IV. Abtheilung.

Staatssteuern.

Cap. 17. Die Grundsteuer	71
„ 18. Die Gebäudesteuer	73
„ 19. Die Kopf-, Patent- und Einkommensteuer	74
„ 20. Staatszölle	75
„ 21. Das Salzmonopol	83
„ 22. Das Tabakmonopol	88
„ 23. Stempel, Gebühren von Rechtsgeschäften, Taxen und Gerichtssporteln	90

	Seite
Cap. 24. Die Staatsverzehrungssteuer	93
„ 25. Die Regalien vom Berg- und Münzwesen, das Punzirungs-, Mauth- und Lottogefäll, das Salpeter und Pulvermonopol	96

V. Abtheilung.

Erträgnisse der Triester Steuern.

Cap. 26. Vergleichende Uebersicht des Ertrages der städtischen Steuern in den Jahren 1454, 1526, 1607, 1679, 1725, 1736, 1778, 1783, 1828, 1831 und 1870	96
„ 27. Das Erträgniss der Triester Staatssteuern im J 1871.	105

Der Verfasser behält sich das Recht der Uebersetzung in fremde
Sprachen vor.

Der Verfasser behält sich das Recht der Uebersetzung in fremde
Sprachen vor.



Letter

Czörnig, Karl <<von>>,

Geschichte der Triester Staats- Kirchen- und Gemeinde-Steuern eine
Darstellung des Ursprunges und der Entwicklung aller in dieser Stadt seit
den ältesten Zeiten nachweisbaren und der bis auf unsere Tage erhobenen
Abgaben

Triest 1872

J.austr. 10 n

urn:nbn:de:bvb:12-bsb11008644-7